



**5 Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/469

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/541.....984

Peter Biesenbach (CDU).....984  
991

Dr. Robert Orth (FDP) .....985  
993

Thomas Stotko (SPD) .....985

Monika Düker (GRÜNE).....988

Ministerin R. Müller-Piepenkötter .....990

Frank Sichau (SPD) .....992

*Ergebnis*.....994

**Entschuldigt waren:**

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers  
Minister Armin Laschet  
(bis 11:00 Uhr)  
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart  
Ministerin Christa Thoben  
Minister Dr. Ingo Wolf  
(11:00 bis 13:00 Uhr)

Winfried Schittges (CDU)  
Josef Wilp (CDU)

Carina Gödecke (SPD)  
(ab 11:00 Uhr)  
Reinhard Jung (SPD)  
Annegret Krauskopf (SPD)  
Peer Steinbrück (SPD)  
Marlies Stotz (SPD)

\*\*\*\*\*

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsidentin Regina van Dinther:** Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die elfte Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen und heiÙe Sie herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

**1 Strukturförderpolitik für NRW 2007 bis 2013 - Den Strukturwandel weiter erfolgreich gestalten**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/467

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Herrn Eumann von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Marc Jan Eumann (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem etwas trockenen, aber eindeutigen Zitat der Landesregierung vom 24. August diesen Jahres:

„Auf Grundlage verschiedener Indikatoren kann davon ausgegangen werden, dass die Ziel-2-Förderung seit dem Jahre 2000 den AnstoÙ für die Schaffung von etwa 54.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gegeben hat.“

Das ist die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage meines Kollegen Rainer Schmelzer. Das ist eine gute Zahl für Nordrhein-Westfalen und zeigt die erfolgreiche EU-Förderpolitik.

(Beifall von der SPD)

Wir alle wissen, dass die Projekte ihre volle arbeitsmarkt- und strukturpolitische Wirkung erst in den kommenden Jahren entfalten und entwickeln werden.

Meine Damen und Herren, es ist unumstritten, dass NRW-EU-Ziel-2-Programm hat den Strukturwandel nachhaltig begleitet und unterstützt. An diesen Erfolg müssen wir in Nordrhein-Westfalen

anknüpfen. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, sich erstens für unser Land im Wettbewerb um die europäischen Fördermittel für die neue Förderperiode ab 2007 einzusetzen, zweitens die nordrhein-westfälischen Interessen in Brüssel, StraÙburg und aktuell in London wirksam zu vertreten, drittens, dass 18 % der Gesamtmittel auf die Priorität „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ und viertens 4 % auf die Priorität „Europäischer territorialer Zusammenhalt“ entfallen und dass fünftens diese Bereiche nicht zusammengefasst und auf 10 % der Mittel reduziert werden, wie das einige in Brüssel vorhaben, und sechstens in der Ausgestaltung der Strukturprogramme für die NRW die Hauptpriorität weiterhin auf die Erhöhung der Wirtschaftsdynamik und des Beschäftigtenniveaus in dem vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen zu legen.

Das heißt für Nordrhein-Westfalen, der Schwerpunkt liegt ohne Wenn und Aber im Ruhrgebiet, und er muss auch in Zukunft im Ruhrgebiet liegen. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall von der SPD)

„Gegenwärtig werden die entscheidenden Weichen für die gesamte EU-Politik nach 2007 gestellt. Es geht um die finanzielle Gesamtplanung für den Zeitraum bis 2013, aber auch um die Neuausrichtung der Strukturpolitik, die Weiterentwicklung der Forschungspolitik, die Stärkung des Binnenmarktes und um entscheidende Fortschritte in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Jetzt kommt es darauf an, dass NRW als Kernland der EU seine Interessen selbstbewusst und wirkungsvoll in Brüssel vertritt und sich optimal auf die Chancen und Herausforderungen aus Brüssel einrichtet.“

Frau Keller, Sie werden sich erinnern, es sind Ihre Worte, die Sie gemeinsam mit Kollegen aus dem Europäischen Parlament im Februar dieses Jahres formuliert haben. Sie sollten jetzt das einlösen, was Sie im Landtag formuliert und versprochen haben. Diese Einlösung steht aus. Ich stimme im Namen meiner Fraktion dieser politischen Aussage ausdrücklich zu, Frau Keller, aber ich frage mich, was die Landesregierung macht. Nimmt sie die Herausforderungen wahr?

Hieran muss man berechnete Zweifel haben, wenn man beispielsweise die Vorlage von Wirtschaftsministerin Thoben vom 22. August dieses Jahres an den Wirtschaftsausschuss zur Hand nimmt. Ich sage ausdrücklich: Das ist kein Zitat aus einer Zeitung, es ist nicht aus dem Zusammenhang gerissen worden, sondern es ist eine

Vorlage der Landesregierung an den Landtag von Nordrhein-Westfalen. In dieser Vorlage steht wörtlich:

„Die Landesregierung wird mit der Vorbereitung der Grundlagen für ein neues Ziel-2-Programm beginnen, sobald konkretere Vorgaben aus Brüssel zu Umfang und Inhalt der neuen Förderprogramme vorliegen.“

Mit diesem Satz dokumentieren Sie Ihre Hilflosigkeit und Ihre Tatenlosigkeit, denn wenn Sie erst beginnen wollen, wenn die anderen die Vorgaben schon gemacht haben, dann ist es zu spät, denn dann ist der Zug abgefahren.

(Beifall von der SPD)

Das schreiben Sie in die Vorlagen für diesen Landtag hinein. Das ist fahrlässig.

Ich appelliere an Frau Ministerin Thoben: Mischen Sie sich jetzt ein. Jetzt werden die Weichen gestellt. Sie dürfen nicht warten, bis die konkreten Vorgaben aus Brüssel vorliegen, sondern Sie müssen jetzt auf die Vorgaben Einfluss nehmen, damit für Nordrhein-Westfalen und vor allem für das Ruhrgebiet weiterhin Fördergelder zur Verfügung stehen, um den Strukturwandel zu gestalten, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen: 54.000 ab 2000.

In der CDU-Erklärung, aus der ich gerade zitiert habe, heißt es weiter: „Besonders wichtig für NRW ist, dass die bisherige Ziel-2-Förderung dem Ruhrgebiet weiter zugute kommt.“ Aber genau das sagt Frau Thoben nicht. Sie spricht fahrlässig von einem Wettbewerb innerhalb der Regionen Nordrhein-Westfalens. Damit verspielt sie aber die Chancen dieser Region in Brüssel.

Wenn das Wirtschaftsministerium auf meine Intervention hin erklärt, dass der Abgeordnete Eumann über EU-Gelder redet, die wir noch nicht haben, ist auch das nur ein weiterer Ausdruck Ihrer Tatenlosigkeit, meine Damen und Herren. Wenn Sie so weitermachen, werden wir diese notwendigen Gelder wirklich nicht bekommen. Das ist auch zugleich ein Ausdruck Ihrer strukturpolitischen Ratlosigkeit.

Setzen Sie sich jetzt für Nordrhein-Westfalen ein. Machen Sie sich jetzt für die Interessen dieses Landes stark. Vergessen Sie nicht jedes Mal sofort das, was Sie hier vor dem 22. Mai immer wieder erklärt haben. Sie sollen nicht zuwarten, sondern handeln, eingreifen und proaktiv werden. Das ist die richtige Antwort auf das, was in Brüssel passiert.

Man bekommt fast den Eindruck, das Wirtschaftsministerium handle hier nach dem Motto, es sei egal, ob Frau Thoben in China ist oder in NRW ein Sack Reis umfällt.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist nicht egal. Wir wissen nämlich alle, dass der Förderungskuchen nicht größer, sondern kleiner wird. In der erweiterten EU sitzen mehr am Tisch, die auch mehr von diesem Kuchen bekommen wollen.

Das, was Sie mit Zuwarten und dem falsch gemeinten Wettbewerb zwischen den Regionen Nordrhein-Westfalens angekündigt haben, führt nur dazu, dass die Profile des Ruhrgebiets und seine besonderen Herausforderungen in Brüssel nicht mehr erkannt werden und wir damit am Ende weniger Geld bekommen. Das ist schlecht für dieses Land. Setzen Sie sich ein für die Interessen Nordrhein-Westfalens. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Eumann. - Für die CDU hat jetzt Frau Keller das Wort.

**Ilka Keller (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Eumann, diese Bemerkungen bezüglich der Frau Wirtschaftsministerin hätten Sie sich wirklich sparen können.

(Beifall von der CDU)

Es ist eine Unverschämtheit und völlig unnötig, die Wirtschaftsministerin am frühen Morgen so zu diskreditieren. Wir wundern uns sehr, warum Sie heute mit uns über diesen Antrag zur Ausgestaltung der Strukturmittel diskutieren wollen. Sie haben eben das zitiert, was ich hier gesagt habe. Das haben wir mit unseren Anträgen in den letzten Jahren schon mehrfach zum Ausdruck gebracht. Sie können ganz sicher sein, dass wir das Wort für Wort umsetzen werden. Wir halten das, was wir versprechen.

(Beifall von der CDU)

Wir wundern uns ausgesprochen, warum Sie mit uns heute Vormittag über die Strukturförderpolitik diskutieren wollen. Warum eigentlich? - Das sieht so aus, als wollten Sie so tun, dass wir hier nicht wüssten, um welche Zusammenhänge es geht, dass wir ahnungslos wären und dass sich die Fraktionen nicht um die Zusammenhänge kümmern. Ich kann Sie beruhigen: Wir alle wissen wirklich, wovon hier gesprochen wird. Wir kennen

die Bedeutung und wissen, worum es jetzt geht, nämlich um die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Zukunft.

Ich darf Sie daran erinnern, dass die Förderperiode von 2000 bis 2006 geht. Sie vor allem waren bislang maßgeblich daran beteiligt. Es sind ja bereits 73 % der zur Verfügung stehenden Mittel abgerufen worden. In Zahlen bedeutet das: 1,3 Milliarden € für circa 2.500 Einzelvorhaben, die bereits bewilligt wurden oder deren Bewilligung bevorsteht.

Wir wissen auch, wohin das Geld geflossen ist, nämlich zum Beispiel an die Zeche Zollverein in Essen, in den Umbau des Duisburger Innenhafens, in die Gründungsinitiative „Go!“ oder auch in das Ökologieprogramm Emscher-Lippe. Das wissen wir, Herr Eumann. Diese Belehrung am frühen Morgen brauchen wir nicht.

Es ist jetzt natürlich wichtig - darüber machen wir uns schon Gedanken -, dass wir die restlichen Mittel bis 2006 optimal ausschöpfen und ergänzen. Das muss sehr professionell, effektiv und auch mithilfe einer Erfolgskontrolle weiter vorangetrieben werden.

Man muss also aus dem Wissen über die europäischen Programme die richtigen Schlüsse ziehen und sich entscheiden, was man in Zukunft konkret erreichen möchte. An diesem Punkt - das habe ich bei Herrn Kuschke, dem früheren Minister, immer angemahnt - hatten wir den Eindruck, dass es bei Ihnen gewaltig hakte und dass Sie nicht genau wussten, wohin die Reise geht.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass die neue Landesregierung laut Ihres Berichts über die Europäischen Strukturfonds vom 22. August dieses Jahres die bevorstehende Änderung der Förderkriterien zum Anlass nehme, die Strukturförderung für alle Regionen zu öffnen. Wie kommen Sie dazu? Mit Verlaub: Lesen Sie doch genau, was hier bislang vorgegeben wurde.

Die Landesregierung hat in ihrem Bericht - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin - mitgeteilt:

In Nordrhein-Westfalen muss auch weiterhin ein regionaler Schwerpunkt beim Ruhrgebiet liegen. Die EU-Mittel sollen genutzt werden, um die strukturellen Defizite dieser Region zu beseitigen, die Mittelstandslücke, die hier besonders deutlich ausfällt, zu schließen und das Ruhrgebiet zu einer innovativen Modellregion zu machen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber nicht ein Schwerpunkt, sondern der Schwerpunkt!)

Meine Kolleginnen und Kollegen, worum geht es hier eigentlich heute Morgen? Da steht doch alles drin. Ich weiß gar nicht, was Sie haben.

Darüber hinaus sage ich Ihnen heute in aller Ruhe und Sachlichkeit: Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt selbstverständlich und ausdrücklich, dass die Landesregierung im Hinblick auf die neue Förderperiode beabsichtigt, die zur Verfügung stehenden Fördermittel in ihrer Struktur regional und thematisch stärker zu streuen. Die europäischen Fördermittel für 2007 bis 2013 müssen nach unserer Ansicht landesweit im Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte eingesetzt werden. Hier müssen auch benachteiligte ländliche Regionen eine stärkere Berücksichtigung finden.

(Beifall von der CDU - Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Dieser Ansatz unterscheidet uns in der Tat.

(Zuruf von der SPD: Völlig richtig!)

Wir machen keine Klientelpolitik. Wir machen Politik für die Menschen in allen Regionen Nordrhein-Westfalens.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aha!)

Im Übrigen muss ich Ihnen ehrlich sagen: Es steht ja noch gar nicht fest, wie die Strukturmittel von 2007 bis 2013 aussehen werden. Die britische Ratspräsidentschaft hat signalisiert, dass sie bis zum Ende des Jahres zu einem Ergebnis kommen will. Man konnte auch lesen, dass die Strukturmittel gekürzt werden sollen, dass sie zukünftig vor allen Dingen in Forschung, Innovationsprojekte und Mittelstandsförderung gegeben werden sollen und dass man die Mittel für den Landwirtschaftsbereich kürzen will. Das konnten wir alles lesen. Aber wie das nun in Zukunft ganz genau aussehen wird, das wissen wir alle noch nicht.

Sie können ganz sicher sein, dass sich der zuständige Minister Michael Breuer in Brüssel jetzt schon ganz engagiert mit den zuständigen Kommissaren dafür einsetzt, dass für Nordrhein-Westfalen auch wieder die uns zustehenden Mittel fließen werden. Er wird Ihnen das gleich auch in aller Deutlichkeit sagen.

Weil Sie mich eben so freundlich zitiert haben, erinnere ich an meine Kleine Anfrage vom 23. September 2003 an die damalige Landesregierung. Darauf haben Sie mir wie folgt geantwortet:

Die Landesregierung stimmt zu, dass die Strukturpolitik stärker wachstumsorientiert ausgestal-

tet werden sollte und dass hierzu eine regionale Kompetenzentwicklung notwendig ist

- Herr Eumann, hören Sie zu -,

verbunden mit einem Qualitätswettbewerb der Regionen.

Ich weiß also jetzt wirklich nicht, worum es geht, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von der SPD: Das merkt man!)

Sie müssen sich langsam einmal entscheiden, was Sie wollen. Sonst wird das nichts.

Für die CDU-Fraktion ist hingegen ganz klar: Die europäischen Strukturfördermittel für Nordrhein-Westfalen müssen angesichts knapper Kassen effizient neu ausgerichtet werden.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Was heißt das denn?)

Ich empfehle Ihnen die Lektüre - Sie haben sie ja teilweise eben schon mit genannt - unserer Anträge aus der alten Legislaturperiode.

Ich sage Ihnen noch einmal: Wir springen nicht auf einen fahrenden Zug auf, sondern wir werden das, was wir seinerzeit gefordert haben, Zug um Zug umsetzen. Ich kann Ihnen nur raten: Bitte arbeiten Sie konstruktiv mit - zum Wohle unseres Landes. Dann wird alles gut. - Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Keller. - Als Nächste hat Frau Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Grünen das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei aller Differenz im Detail und auch bei aller Notwendigkeit, sich auseinander zu setzen, meine ich, dass die zukünftige Mittelzuweisung der EU-Strukturfonds keine Frage ist, bei der wir uns parteipolitisch zu sehr auseinander differenzieren sollten,

(Beifall von den GRÜNEN)

weil wir nämlich sonst hinterher alle miteinander weniger Mittel für wichtige Aufgaben in unserem Land haben. Wir haben große gemeinsame Interessen. Wir haben auch Differenzen. Wir sollten versuchen, diese Differenzen im weiteren Prozess vielleicht in möglichst große Konsense zu gießen, damit wir möglichst erfolgreich unsere Leute nach Brüssel schicken können, um das weiter auszuhandeln. Das ist mir ganz wichtig an dieser Stelle, und Sie wissen, ich streite in der Regel gern.

NRW erhält in der laufenden Förderperiode Strukturfondsmittel in einer Gesamthöhe von 1,85 Milliarden €, unter anderem 970 Millionen € im Rahmen des laufenden Ziel-2-Programms und 770 Millionen € im Rahmen der Ziel-3-Förderung.

Damit liegt NRW sowohl bei den Ziel-2-Mitteln als auch bei den Ziel-3-Mitteln auf Platz 1 der nationalen Rangliste. Diese Spitzenposition ist kein Qualitätsmerkmal, auf das wir stolz sein sollten. Sie macht allerdings deutlich, wie gewaltig und in dieser Dimension einzigartig der strukturelle Wandel ist, den speziell unser Bundesland in der Vergangenheit zu bewältigen hatte und zukünftig noch zu bewältigen haben wird.

Mithilfe der Mittel aus den Strukturfonds konnten grundlegende wirtschaftliche, ökologische und soziale Aufhol- und Umstrukturierungsprozesse initiiert und die Situation vieler strukturschwacher Regionen deutlich verbessert werden. Die Infrastruktur konnte modernisiert, die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien unterstützt und die Gründung beziehungsweise das Wachstum von Unternehmen beschleunigt werden.

Ich nenne beispielhaft die Entwicklung des ehemaligen Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen zum Logport Logistik Park, die Schaffung eines Clusters Medizintechnik im östlichen Ruhrgebiet mit dem Biomedizinzentrum in Bochum und dem Kompetenzzentrum in Dortmund, die Einrichtung des Zentrums für Brennstoffzellentechnologie in Duisburg und die Umwandlung der alten Schachtanlage Zeche Zollverein in eine Aktionsstätte für Kunst, Kultur, Design und Tourismus, ein Projekt, das vielleicht mehr als jedes andere den tief greifenden Wandel dieser vormals ausschließlich montanindustriell geprägten Region symbolisiert.

Ich will einen Punkt ansprechen, bei dem wir uns ja auch erfreulicherweise einig sind. Die Veränderungen gerade im kulturellen Bereich des Ruhrgebiets, die durch die EU mit angeschoben worden sind, wären ohne diese Strukturfonds nicht möglich gewesen. Auch die Bewerbung Essens mit der Region zur Kulturhauptstadt Europas wäre nicht möglich gewesen. Umso mehr empfehle ich, hier auf die Konsense zu gucken.

Und auch der Zukunftswettbewerb Ruhr, über den viel versprechende Projekte zur Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft gefördert werden, wäre ohne Ziel-2-Mittel vermutlich nicht möglich gewesen. Diesen Wettbewerb zu erwähnen ist mir deshalb wichtig, weil die Frage des Technologietransfers - also die Umwandlung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte - eine der Schlüsselfragen für den

Erfolg des Innovations- und Wirtschaftsstandortes NRW darstellt.

Hinzu kommt - und auch das möchte ich unterstreichen -, dass die Adressaten dieses Wettbewerbs mittelständische Unternehmen sind und er damit der Erkenntnis Rechnung trägt, dass der Strukturwandel gerade von den kleinen und mittleren Unternehmen vorangetrieben wird.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es unverzichtbar, dass auch zukünftig Mittel aus den europäischen Strukturfonds nach Nordrhein-Westfalen fließen; das ist das Wichtige an dieser Stelle. Denn die wirtschaftsschwachen Regionen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere das Ruhrgebiet als größte Industrieregion Europas, haben den Prozess des strukturellen Wandels zwar schon sehr weit vorangetrieben, aber bei weitem noch nicht abgeschlossen.

Ein Wegfallen der Mittel zum jetzigen Zeitpunkt würde die weitere Modernisierung der wirtschaftlichen Strukturen in diesen Regionen massiv gefährden. Das gilt insbesondere für die Emscher-Lippe-Region, deren Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner nur wenig oberhalb der aktuellen Ziel-1-Förderschwelle von 75 % des EU-Durchschnitts liegt.

Gerade hier zeigt sich, dass der Wandel von einer Montanregion zu einer Region, die neben Chemie und Energiewirtschaft vor allem auf neue Technologien und Dienstleistungen setzen will, eine Generationenaufgabe ist und nicht im Jahr 2006 beendet sein wird.

Insofern - und das sollten Sie auch anerkennen, wenn Sie uns zum weiteren konstruktiven Agieren einladen - hat sich die rot-grüne Landesregierung im Sinne des von ihr verfolgten proaktiven Ansatzes frühzeitig in die Debatte über die Zukunft der EU-Strukturpolitik eingeschaltet und deutlich gemacht, dass Nordrhein-Westfalen auch über 2006 hinaus substanziell an der EU-Strukturfondsförderung partizipieren muss; das sollten Sie anerkennen.

Und: Die Anstrengungen der alten Landesregierung waren erfolgreich. Der im Juli 2004 von der EU-Kommission vorgelegte Entwurf eines Strukturfonds trägt den Anliegen Nordrhein-Westfalens Rechnung. So sollen - wie im vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zutreffend erläutert - für die aus der Perspektive Nordrhein-Westfalens im Vordergrund stehende neue Priorität 2 - „Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ - knapp 58 Milliarden € bereitgestellt werden.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion steht an dieser Stelle uneingeschränkt hinter dem Entwurf der Kommission und unterstützt die dort vorgesehene 78/18/4-Verteilungsgewichtung. Denn nur im Zuge einer solchen Verteilungsgewichtung wird Nordrhein-Westfalen über 2006 hinaus Mittel aus den EU-Strukturfonds erhalten. Wir sind froh, dass sich jetzt auch die SPD nach einer Phase der Unentschlossenheit zu dieser Position durchgerungen hat.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber was macht die Landesregierung?)

- Darauf komme ich noch zu sprechen.

Dieser damit nunmehr bestehende breite Konsens dürfte die Verhandlungsposition bei der zu einem späteren Zeitpunkt anstehenden nationalen Aufteilung der Mittel erheblich verbessern.

Unsere ausdrückliche Unterstützung findet auch die Einbeziehung der bisherigen Gemeinschaftsinitiative „URBAN“ in die Mainstream-Förderung. Damit wird sichergestellt, dass die innovativen Ansätze, die speziell in Nordrhein-Westfalen in Bezug auf eine Förderung von Stadtteilen mit besonderen Problemlagen entwickelt wurden, fortgeführt und unter dem gemeinsamen Programm Dach ausgebaut werden können. Hier wäre es möglich, die Programme, die insbesondere der Kollege Vesper früher angestoßen - „Soziale Stadt“ und anderes - im Sinne des Landes voranzubringen.

Nicht einverstanden sind wir mit der im Verordnungsentwurf der Kommission innerhalb der neuen Priorität 2 vorgesehenen Ausweisung eines eigenständigen Fördersegments für die so genannten Phasing-in-Regionen, also für jene Regionen, die in der aktuellen Förderperiode noch einen besonderen Entwicklungsrückstand aufweisen. Eine solche Mittelreservierung - immerhin fast 10 Milliarden € - wäre inhaltlich nicht gerechtfertigt und würde zu einer erheblichen Reduzierung der für Nordrhein-Westfalen potenziell zur Verfügung stehenden Mittel führen.

Meine Damen und Herren, eine Frage, die sehr wichtig sein wird, ist die der horizontalen Ausrichtung der Förderprogramme mit Blick auf die deutlich knappen Mittel. Auch das ist vom Ansatz her durchaus unterstützenswert. Nur: Die Leitplanken, die die EU-Kommission in ihrem Verordnungsentwurf diesbezüglich einzieht, sind unzureichend. Aus unserer Sicht kann und darf es nicht sein, dass die einzelnen Mitgliedstaaten die Regionen, in die die Priorität-2-Förderung gehen soll, auf der Basis irgendwie gearteter thematischer Erwägungen vorab bestimmen können. Diese Grundle-

gung ist nicht akzeptabel und widerspricht der Grundphilosophie der Kommission, die Struktur-  
fondsförderung noch stärker auf die struktur-  
schwächsten Regionen zu konzentrieren.

Insofern unterstützen wir die im SPD-Antrag for-  
mulierte Forderung nach einer Ausweisung klarer  
sozioökonomischer Kriterien wie zum Beispiel Ar-  
beitslosigkeit, Beschäftigungsabbau und Infra-  
strukturbedarf.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Nur Regionen, die gemessen am Durchschnitt der  
Gemeinschaft in Bezug auf diese klar definierten  
sozioökonomischen Kriterien ein Defizit aufwei-  
sen, dürfen von den Mitgliedstaaten für eine P-2-  
Förderung vorgeschlagen werden. Nur so kann  
sichergestellt werden, dass die Mittel wirklich nur  
dorthin fließen, wo es die Probleme gibt.

Meine Fraktion - dies will ich in aller Deutlichkeit  
sagen, und hier gibt es einen Unterschied - hält  
jedoch eine Fokussierung der zukünftigen Priori-  
tät-2-Förderung ausschließlich auf das Ruhrgebiet  
für verfehlt. Denn letztlich müssen sich alle nord-  
rhein-westfälischen Regionen im Sinne der in Lis-  
sabon und Göteborg vereinbarten Ziele den Her-  
ausforderungen einer globalisierten Welt stellen  
können.

(Beifall von Werner Jostmeier [CDU])

Insofern halten wir es für richtig, einen bestimm-  
ten Prozentsatz der P-2-Mittel gezielt in den Wett-  
bewerb zu stellen und für Unternehmen bezie-  
hungsweise Projekte aus allen Regionen des  
Landes - so sie denn den Strukturdaten und Krite-  
rien entsprechen - zugänglich zu machen. Dass  
die neue Landesregierung dies auch aufgreifen  
will, weil es darüber in anderen Regionen viel  
Unmut gibt, finden wir richtig, und wir sollten  
schauen, wie wir an dem Punkt zusammenkom-  
men. Wir sollten aber nicht das Ruhrgebiet gegen  
die anderen Regionen des Landes ausspielen.

(Beifall von CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, ich finde es aber auch  
nicht hilfreich - das will ich abschließend sagen -,  
die nationale Kofinanzierung seitens des Landes  
für zukünftige Projekte - wie es Frau Wirtschafts-  
ministerin Thoben im Zuge ihrer kleinen Regie-  
rungserklärung im Ausschuss gemacht hat - unter  
Verweis auf die Haushaltssituation infrage zu stel-  
len. Das darf aus unserer Sicht auch nicht sein.

(Beifall von der SPD)

Dies ist mit Sicherheit eine der Fragen, die es im  
Rahmen der Ausschussberatungen aufzugreifen

gilt. Mit einer schwäbischen Haltung nach dem  
Motto „Wir wollen viel, aber wir geben nichts“  
werden wir in Brüssel nicht erfolgreich sein. Wir  
stimmen der Überweisung selbstverständlich zu  
und freuen auf die weiteren Beratungen. Ich finde  
es sehr wohl wichtig, dass wir uns heute mit der  
Frage beschäftigen. Denn wenn alles entschieden  
ist, kommen wir in Brüssel zu spät. - Herzlichen  
Dank.

(Beifall von GRÜNEN, CDU und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön,  
Frau Löhrmann. - Als Nächstes hat Herr Brockes  
von der FDP-Fraktion das Wort.

**Dietmar Brockes**<sup>\*)</sup> (FDP): Frau Präsidentin! Mei-  
ne sehr geehrten Damen und Herren! Die Struk-  
turpolitik der Europäischen Gemeinschaft befindet  
sich in einem bemerkenswerten Umbruch. Nord-  
rhein-Westfalen ist davon besonders stark betrof-  
fen. Eines ist klar: Die zu verteilenden Mittel wer-  
den nicht wachsen. Steigen muss deshalb die Ef-  
fizienz der angewandten Mittel. Daher ist aus un-  
serer Sicht die Umstellung von der bisherigen  
Ziel-2-Förderung durch die EU auf die regionale  
Wettbewerbsförderung richtig. Die neue Abgren-  
zung der Fördergebiete nach einem ausgewoge-  
nen Kriterienmix ist sinnvoll, und die Anpassung  
der Verteilung der Fördermittel an die Lissabon-  
strategie ist aus unserer Sicht überfällig.

Aber um all das geht es in dem Antrag der SPD  
nicht. Sie sagen in Ihrem Antrag: Der Struktur-  
wandel in Nordrhein-Westfalen und insbesondere  
im Ruhrgebiet ist gelungen. - Die daraus abgelei-  
tete Forderung heißt: Deshalb mögen die EU-  
Mittel ins Ruhrgebiet weiterhin unverändert flie-  
ßen. Es war gut und es soll sich nichts ändern. -  
Meine Damen und Herren, in den Ohren der Ar-  
beitslosen gerade im Ruhrgebiet muss sich das  
wie blanker Hohn anhören.

(Frank Sichau [SPD]: Warum das denn?)

Wollen Sie bei einer Arbeitslosenquote im Ruhr-  
gebiet von 15,2 % und bei fast 350.000 Arbeitslo-  
sen in dieser Region im Ernst von einem erfolg-  
reich absolvierten Strukturwandel reden?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Die Wahrheit ist: Trotz seiner enormen Entwick-  
lungspotenziale, des Fleißes und der Leistungs-  
bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, des  
großen Reservoirs an gut ausgebildeten Arbeit-  
nehmern bleibt das Ruhrgebiet weit hinter seinen  
Möglichkeiten zurück. Der Strukturwandel im  
Ruhrgebiet ist bisher keine Erfolgsgeschichte.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute über zukünftige Strukturförderung sprechen, müssen wir ehrlich bilanzieren, was die bisherige Regierung gemacht hat. Wir müssen vor allem aus Fehlern lernen. Auch für die Strukturpolitik gilt: An ihren Ergebnissen sollt ihr sie messen.

Im Ruhrgebiet sind die Ergebnisse nicht schlecht, sie sind verheerend. 1980 lag das Pro-Kopf-Einkommen des Ruhrgebietes um 5,3 % unter dem des übrigen Landes.

(Zuruf von der SPD: Warum wohl?)

Dieser Rückstand hat sich bis 2002 auf 17,4 % erhöht. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Ruhrgebiet von 1,8 Millionen auf 1,5 Millionen. Meine Damen und Herren, das sind die Fakten. Auf dieser Grundlage müssen wir schauen, welches die wirklich richtigen Maßnahmen für die Zukunft sind.

(Beifall von der FDP)

Jetzt reden Sie davon, die Landesregierung solle die bisherige Strukturförderung fortsetzen, und erwähnen da Ihr Lieblingswort: die Kontinuität zur SPD-geführten Vorgängerregierung. Mit Verlaub: Das meinen Sie ja wohl nicht im Ernst! Wollen Sie nicht aus Ihrer verheerenden Bilanz lernen? Wollen Sie dem Patienten weiterhin dasselbe fruchtlose Mittel verabreichen, obwohl er immer schlimmer darbt? Glauben Sie, dass das Placebo, wenn Sie nur die Dosis erhöhen, plötzlich wirkt? Wenn Sie glauben, Sie müssten nur weiterhin Milliardensummen in eine Region pumpen, schon werde alles gut,

(Zuruf von der SPD: Wer macht das denn?)

dann sind Sie finanzpolitische Filous und strukturpolitische Tagträumer, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP - Zuruf von der SPD: Da stellt sich die Frage, wer hier Tagträumer ist!)

Meine Damen und Herren, FDP und CDU glauben an eine Heilung des Ruhrgebietes. Aber wir setzen nicht auf eine Wunderheilung. Wir setzen auf eine strukturelle Reform der Strukturpolitik. Beide Regierungsfractionen haben mit ihrem Koalitionsvertrag einen Mentalitätswechsel in der Wirtschafts- und Strukturpolitik eingeleitet. Wir wollen wegkommen von dem alten Bild des Ruhrgebietes, das die gesamte Region dauerhaft am Tropf des Staates darstellt. Wir setzen auf die Bereitschaft der Menschen, aus eigener Kraft etwas auf die Beine zu stellen. Wir wollen den Rahmen dafür schaffen, dass die vorhandenen Stärken frei

entfaltet werden. Wir gehen weg vom rot-grünen Subventionssozialismus, in dem Unternehmen durch staatliche Regulierung

(Lachen von SPD und Grünen - Rainer Schmeltzer [SPD]: Mein Gott! Wo haben Sie das Märchenbuch ausgegraben?)

- hören Sie gut zu, ich erkläre Ihnen das auch -, durch Bevormundung, durch vergiftete Geschenke gelähmt und gefesselt werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, das heißt konkret: Lassen Sie uns über die Rahmenbedingungen reden! Lassen Sie uns nicht darüber reden, was wir im Ruhrgebiet mehr verteilen, sondern was wir dort weniger nehmen: an Geld, an Zeit, an Aufwand! Lassen Sie uns über Abgaben, über Bürokratie, über Marktwirtschaft reden! Es gibt keine bessere Strukturpolitik als eine befreite Wirtschaft.

(Beifall von der FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Ist das hier Plenum oder Andersen? - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, seien Sie unbesorgt: Das Ruhrgebiet bleibt ein regionaler Schwerpunkt der Landesförderung. Aber wir werden nicht alle Strukturpolitik im Ruhrgebiet monopolisieren. Das Prinzip „Geld rein, geht schon“ hat ausgedient. Wir wollen um die Mittel einen echten Wettbewerb initiieren, in dem die Projekte mit den besten Chancen die beste Aussicht haben und nicht die mit der besten Lobby.

Es gilt immer noch: Was dem Ruhrgebiet nützt, das nützt dem ganzen Land. Aber wir werden die andere Wahrheit nicht vergessen: Was dem ganzen Land nützt, das nützt auch dem Ruhrgebiet. Darauf weist übrigens auch die Europäische Kommission hin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können der Zukunftskulisse der europäischen Strukturförderung nur zustimmen: weg vom Gießkannenprinzip hin zu einer Bedarfsförderung, weg von der bloßen Strukturhaltung hin zur Strukturgewinnung, weg von der Förderung sterbender Industrien hin zur Unterstützung zukunftssträchtiger Technologien. Das sind ganz wesentliche Fortschritte, und die sind gut für Nordrhein-Westfalen. Die EU tut das Richtige, gewiss nicht in allen Details, aber dennoch im Großen und Ganzen.

Insgesamt kann ich daher für meine Fraktion klar signalisieren: Ja, wir werden dem Entscheidungsprozess der Europäischen Gemeinschaft überwiegend positiv begegnen. Ja, wir werden uns da-

für einsetzen, dass die notwendigen Änderungen - ich habe sie skizziert - vorgenommen werden. Ja, wir werden vor allem genau beobachten, dass die Fördermittel für Nordrhein-Westfalen auf dem höchstmöglichen Niveau bleiben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was heißt denn „höchstmögliches Niveau“?)

Nein, wir werden uns Ihrem Ansinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, einfach alles so weiterzumachen wie bisher, nicht anschließen.

(Beifall von FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Als Nächster hat für die Landesregierung Herr Minister Breuer das Wort.

(Marc Jan Eumann: Michael, das musst du wieder gerade rücken! - Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt muss Herr Breuer das erst einmal klar machen!)

**Michael Breuer,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die europäische Strukturpolitik war und ist für Nordrhein-Westfalen ...

(Zurufe von der SPD - Gegenruf von Dr. Gerhard Papke [FDP]: Er hat keine Ahnung, wie es aussieht im Ruhrgebiet!)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Überwiegend hat jetzt Herr Minister Breuer das Wort.

(Allgemeine Heiterkeit - Beifall von der SPD)

**Michael Breuer,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich finde es gut, dass wir quer über die Bänke diskutieren. Das zeigt, dass Ihnen allen bewusst ist, wie herausragend und wichtig dieses Thema ist, meine Damen und Herren. Es besteht bei allen vier Kollegen, die vor mir gesprochen haben, kein Zweifel daran, dass die europäische Strukturpolitik für Nordrhein-Westfalen von herausragender Bedeutung ist und bleiben wird.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Bei Herrn Brockes haben wir da so unsere Zweifel!)

Dementsprechend widmet die Landesregierung diesem Thema auch besondere Aufmerksamkeit. Wir haben uns zum Ziel gesetzt - ich denke, mit Unterstützung des ganzen Hauses -, einen hohen

Anteil an europäischen Fördermitteln für Nordrhein-Westfalen einzuwerben.

(Beifall von der CDU)

Wir wollen die europäischen Fördermittel dann gemeinsam mit den Landesmitteln, die wir hinzufügen, effizient einsetzen. Es wird natürlich im Zusammenhang mit der Kofinanzierung - Frau Löhrmann, Sie haben das angesprochen - auch Fragen geben, die wir noch diskutieren und beantworten müssen. Das ist ein harter Prozess. Wenn Sie die Presseberichterstattung der letzten Tage und auch die Berichterstattung von Experten über die Haushaltssituation in Nordrhein-Westfalen gelesen haben, dann muss man sich diesen kritischen Diskussionen stellen. Wir müssen überlegen, wie wir es gemeinsam hinbekommen, dass wir möglichst viele europäische Fördermittel erhalten, aber auch die Fragen der Kofinanzierung für alle Beteiligten vernünftig und angemessen lösen. Aber das ist ein Problem, das uns die Haushaltssituation der letzten Jahre mit auf den Weg gegeben hat. Daran beißt die Maus auch keinen Faden ab.

Im Jahr 2006 endet die Förderperiode des laufenden Ziel-2-Programms. In der jüngsten Vergangenheit hat die Landesregierung einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung einzelner Wachstumsbranchen im Ruhrgebiet gelegt, beispielsweise in den Bereichen IT, Life Science, Mikrostrukturtechnik, Logistik, Energietechnologien und Tourismus. Das ist auch im Bericht der Wirtschaftsministerin im Einzelnen zum Ausdruck gekommen. Es ist solide, dass man anspricht, dass es in Einzelfällen wirklich vernünftige Projekte gab. Herr Eumann hat das aus dem Bericht der Wirtschaftsministerin vorgetragen. Ich freue mich über jeden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, der aufgrund solcher Maßnahmen in Lohn und Arbeit steht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Haben Sie das gehört, Herr Brockes?)

Aber: Der Erfolg im Einzelnen kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns die Strukturentwicklung im Ruhrgebiet in den letzten Jahren nicht zufrieden stellen kann.

(Zustimmung von der SPD)

Der RVR beschreibt - Sie können das lesen, ich gebe Ihnen das gerne herüber - die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1978 bis 2003. Alle Regionen starten gemeinsam beim Index 100, und das Ruhrgebiet nimmt bei der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stetig ab und geht weiter nach unten -

während die anderen Gebiete von Nordrhein-Westfalen eine relativ stabile Entwicklung im Vergleich zum Bund haben. Wir können doch nicht so tun, als ob durch Projekte, die im Einzelnen erfolgreich sind, die Entwicklung im Ruhrgebiet - und damit im wesentlichen Teil Nordrhein-Westfalens - zufrieden stellend ist. Nein, sie ist nicht zufrieden stellend.

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Ich glaube, dass wir das Erkenntnisdefizit, was eventuell bei einigen Vorrednern vorhanden war, noch in die Herzen und Köpfe bringen müssen. Wenn wir über falsche Voraussetzungen sprechen, dass die Strukturpolitik der letzten zwei, drei Jahrzehnte erfolgreich war, und so tun, wie Sie in Ihrem Antrag insinuierten, als ob wir nur so weitermachen müssten, damit es wieder aufwärts geht, dann ist das ein falsches Signal für die Menschen im Ruhrgebiet, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission und dem Kompromissvorschlag auf dem bisher, Frau Löhrmann, leider gescheiterten luxemburgischen Gipfel am 16./17. Juni für den zukünftigen EU-Finanzrahmen und die Verteilung der Strukturmittel auf die einzelnen Ziele, kann das Land auch nach 2006 mit einem signifikanten Zufluss von europäischen Mitteln rechnen. Aber: Noch sind die Verhandlungen in vollem Gange. Die Landesregierung setzt sich deshalb gegenüber Berlin und Brüssel mit Nachdruck dafür ein, dass Nordrhein-Westfalen auch zukünftig auf ähnlichem Niveau wie heute Unterstützung aus den europäischen Strukturfonds erfährt.

Aber auch die beihilferechtlichen Rahmenbedingungen müssen stimmen. Im Zuge der Neugestaltung der europäischen Strukturpolitik darf sich das Fördergefälle in der Europäischen Union nicht noch weiter verschärfen. Ein wesentliches Thema in diesen Auseinandersetzungen wird sein, ob wir zulassen, dass mit europäischen Geldern Arbeitsplatzverlagerungen beispielsweise aus Nordrhein-Westfalen in das europäische Ausland gefördert werden. Ich sage Ihnen an dieser Stelle deutlich: Es kann mit uns in der Landesregierung - ich hoffe auch mit der Bundesregierung - nicht sein, dass wir mit Fördermitteln auch noch Arbeitsplatzverlagerungen innerhalb der Europäischen Union zulasten unserer Region, zulasten Nordrhein-Westfalens, unterstützen.

(Beifall von CDU und FDP)

Was die Ausrichtung der zukünftigen Strukturpolitik betrifft, so soll nach den Vorschlägen der Europäischen Kommission an die Stelle der derzeitigen Ziel-2-Förderung das neue Teilziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ treten. Anders als bisher will die Europäische Kommission hier zukünftig auf eine kleinteilige Abgrenzung von Fördergebieten verzichten und den horizontalen, das heißt landesweiten, Einsatz von Fördermitteln zulassen. Die Europäische Kommission stellt damit neben die ausgleichspolitische Zielsetzung der Strukturpolitik eine stärkere Wachstumsorientierung. Das begrüßen wir, und darauf müssen wir uns auch einstellen.

Der Europäische Rat hat im März 2005 auch für die Kohäsionspolitik eine stärkere Ausrichtung auf die Zielsetzung der Lissabon-Strategie beschlossen. Die Lissabon-Strategie soll dabei zukünftig insbesondere auf Forschung, Entwicklung und Innovation konzentriert werden. Ich finde, es ist ein richtiger Ansatz, dass wir uns auf Forschung, Entwicklung und Innovation konzentrieren. Das sollten wir an dieser Stelle auch deutlich machen.

(Beifall von der FDP)

Zweiter thematischer Schwerpunkt wird der Mittelstand sein. Frau Löhrmann, Sie haben es angesprochen. Ich begrüße, dass Sie sich aus Sicht der Grünen verstärkt dem Mittelstand widmen. Wir wollen den Mittelstand mit einem zielgerechten Angebot an Finanzierungs- und Beratungshilfen unterstützen.

Drittens. Die Landesregierung überlegt als weiteren Schwerpunkt der Strukturförderung nach 2006, die spezifischen Probleme der großen Städte anzugehen. Dieser Themenbereich bietet gerade für das Ruhrgebiet besondere Anknüpfungspunkte. Wir wissen, dass der Strukturwandel im Ruhrgebiet auch über 2006 hinaus besondere Anstrengungen erforderlich macht.

Deshalb beabsichtigt die Landesregierung, auch nach 2006 den regionalen Schwerpunkt der Strukturförderung im Ruhrgebiet zu setzen. Die Förderung von wirtschaftsnaher Infrastruktur und des Brachflächenrecyclings soll ausschließlich im Ruhrgebiet möglich sein. Dafür werben wir. Dafür werden wir auch entsprechende Summen vorsehen.

Wie die Europäische Kommission hält auch die Landesregierung eine horizontale thematische Förderung, etwa von Innovationen, für erforderlich und weiterführend. Dafür wollen wir einen Teil der Mittel vorsehen. Und diese Mittel - das hat Herr Brockes eben angedeutet - sollen nach dem Wettbewerbsprinzip vergeben werden, denn die

besten Ideen und Projekte sollen gefördert werden. Das ist ein richtiger Ansatz. Den unterstützt die Landesregierung nachdrücklich.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen damit die Stärken des Landes stärken und vorhandene Wachstums- und Innovationspotenziale in Nordrhein-Westfalen unterstützen. Die davon ausgehenden Wachstumsimpulse werden auch zu mehr Wachstum und Beschäftigung im Ruhrgebiet und anderen strukturschwachen Regionen des Landes führen.

Wir nehmen die Lissabonner Zielsetzung ernst. Deswegen müssen wir auch unsere Wachstumslokomotiven, unsere Stärken, besser unterstützen. Ich bin sicher, dass das Ruhrgebiet dabei mit seinen Stärken, mit seinen guten Ideen und nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen mit dem Zukunftswettbewerb Ruhrgebiet viele Projekte auf sich ziehen kann.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Prof. Bollermann?

**Michael Breuer,** Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich bin sofort fertig. Das können wir im Anschluss machen.

Wir helfen dem Ruhrgebiet mehr, wenn wir auf diese Weise seine eigenen Kräfte wecken, als wenn wir ihm ohne allzu große Voraussetzungen Mittel zuteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können aber das Fell des Bären nicht verteilen, bevor der Bär erlegt ist. Alle Pläne für die Gestaltung der neuen Strukturfondsprogramme nach 2006 stehen unter dem Vorbehalt der abschließenden Einigung über die finanzielle Vorschau. Es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, dass noch in diesem Jahr unter britischer Ratspräsidentschaft ein Durchbruch in den Verhandlungen erzielt wird.

Heute hat der britische Vorsitz zu einem informellen EU-Sondergipfel eingeladen. Dort soll vor allem eine strategische Diskussion über die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in der Europäischen Union stattfinden. Kommissionspräsident Barroso hat Vorfeld versucht, mit neuen Vorschlägen die Debatte über die europäischen Finanzen wieder in Gang zu bringen. Nach diesen Vorschlägen soll über die Hälfte der Strukturmittel zukünftig direkt in Wachstums- und Beschäftigungsbranchen investiert werden.

Allerdings steht die Finanzplanung für die kommenden Jahre ausdrücklich nicht auf der Tages-

ordnung dieses Sondergipfels. Damit soll sich nach dem Willen der Briten erst wieder der europäische Gipfel im Dezember wieder befassen. Premierminister Blair will dazu im November einen Vorschlag vorlegen.

Ich hoffe sehr, dass im Dezember erste Fortschritte in Richtung einer Einigung erfolgen. Denn spätestens in der nächsten Ratspräsidentschaft unter dem Vorsitz Österreichs sollen die Pflöcke eingeschlagen werden. Dies ist wichtig, damit wir auch hier in NRW an die konkreten Vorbereitungsarbeiten für die nächste Förderperiode noch intensiver gehen können.

Abschließend: Wir können in Brüssel erfolgreich sein mit Unterstützung der Institution, die für uns federführend verhandelt - namentlich der Bundesregierung -, wir können erfolgreich sein, wenn wir uns darauf einlassen, dass wir uns in diesen wichtigen Fragen nicht innerhalb der Parteien auseinander dividieren lassen und - das ist für mich ein ganz wichtiger Beitrag - dass wir nicht die Regionen in Nordrhein-Westfalen gegeneinander ausspielen. Denn wir brauchen alle, damit wir in Brüssel erfolgreich sind. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Minister Breuer. - Als Nächster hat Herr Töns von der SPD-Fraktion das Wort.

**Markus Töns (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat diesen Antrag „Strukturförderpolitik für NRW 2007-2013 - Den Strukturwandel weiter erfolgreich gestalten“ in den Landtag eingebracht, um die Kontinuität der alten Landesregierung auf dem Gebiet der regionalen Strukturförderung zu erhalten.

Gerade vor dem Hintergrund der Debatte heute ist dieser Antrag enorm wichtig. Mit großer Sorge sehen wir das Verhalten der neuen Landesregierung und seiner Minister in der Frage: Wie sieht Strukturförderpolitik für NRW nach 2006 aus? Auf die widersprüchlichen Äußerungen der Landesregierung möchte ich gleich noch genauer eingehen.

Meine Damen und Herren, um es in einer Deutlichkeit zu sagen: Die Zukunft der regionalen Strukturförderpolitik in NRW steht auf dem Spiel - nicht mehr, aber leider auch nicht weniger.

(Beifall von der SPD)

Die regionale Förderpolitik der alten Landesregierung kann mit Fug und Recht als erfolgreich bezeichnet werden. In weiten Teilen des Ruhrgebiets sind unter anderem neue Arbeitsplätze und neue Technologien entstanden, die den Strukturwandel erst möglich machten. Dies war in den vergangenen Jahren nur mit Mitteln der Ziel-2-Förderung und der begleitenden erfolgreichen Strukturpolitik der alten Landesregierung möglich. Zwischen Dortmund und Duisburg sind Erfolgsgeschichten neuer Wirtschaftsideen entstanden.

Diese Förderprogramme sind nicht nur überlebenswichtige Strukturförderung, sondern auch erfolgreicher Strukturwandel. So wächst beispielhaft in meiner Heimatstadt Gelsenkirchen die Wirtschaft so stark wie in keiner anderen Stadt unseres Landes. Trotz solcher Wirtschaftsdaten wie das Bruttoinlandsprodukt, das über dem Landesdurchschnitt liegt, ist der Strukturwandel noch lange nicht bewältigt. Hohe Arbeitslosigkeit und Probleme, die aus einer über hundertjährigen Industrialisierung stammen, kann man nicht mal eben abstellen.

Wer glaubt, man müsse nur den Hebel umlegen und der Strukturwandel sei erfolgreich bewältigt, der irrt. Wer mehr Wettbewerb unter den Regionen in NRW fordert, der muss erst einmal die gleichen Startbedingungen aller Regionen gewährleisten.

(Beifall von der SPD)

Wer, wie im Wahlkampf geschehen, den Menschen in unserem Land sagt, es sei nur eine Frage von mehr Wettbewerb, eine erfolgreiche Wirtschafts- und Strukturpolitik in unserem Lande zu gestalten, der irrt gewaltig. Dieses Versprechen war und ist genauso abenteuerlich wie das Versprechen des damaligen Bundeskanzlers von „blühenden Landschaften“ im Osten der Republik. Dies entbehrt jeglicher Sachkenntnis.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, vielleicht haben Sie es noch nicht verstanden: Regieren heißt handeln und einmischen! Das bedeutet nicht, dass eine Regierung die Hände in den Schoß legen soll - wobei Ihr Politikstil mich, mit Verlaub, eher an eingeschlafene Füße als an eine ruhige Hand erinnert;

(Beifall von der SPD)

die Debatte, wie sie heute zum Teil von Ihrer Seite geführt wird, im Übrigen auch. Das Prinzip des Handelns liegt nun einmal auf Ihrer Seite, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank. Handeln Sie endlich zum Wohle unseres Landes;

denn - darauf hat mein Vorredner, Herr Kollege Eumann, Sie richtigerweise hingewiesen - Sie müssen sich jetzt einmischen. Nehmen Sie endlich Ihre Regierungsverantwortung wahr, ob am frühen Morgen oder am späten Abend. Das ist vollkommen egal, Frau Keller. Es geht darum, jetzt Verantwortung zu zeigen.

(Beifall von der SPD)

Aber es scheint innerhalb der Landesregierung ja unterschiedliche Auffassungen zur regionalen Strukturförderung zu geben. So formulierte die Wirtschaftsministerin, Frau Thoben, am 6. Juli 2005 in einem Interview mit der „Westfälischen Rundschau“ - ich darf zitieren -:

Ich weiß bei der derzeitigen Haushaltslage nicht, ob wir künftig überhaupt Gelder aus Brüssel in Anspruch nehmen können oder sie zurückweisen müssen.

Hingegen sagte Herr Minister Wittke in Vertretung von Frau Ministerin Thoben bei der Eröffnung des Hauses der Handwerkskammer Emscher-Lippe am 27. September 2005 - ich darf wiederum zitieren -:

Wir wollen, dass Ziel-2-Mittel auch nach 2006 in diese Region fließen. Dafür wird sich die Landesregierung einsetzen.

Wer spricht denn nun für diese Landesregierung?

(Minister Michael Breuer: Das ist kein Widerspruch!)

Oder ist vielmehr die Frage erlaubt, ob die Landesregierung überhaupt miteinander spricht?

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ich fordere Sie auf: Stellen Sie sich hinter diesen Antrag. Zeigen Sie, dass Sie die Menschen in den betroffenen Regionen nicht vergessen haben, und stimmen Sie unserem Antrag zu. Glück auf!

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Töns. - Als Nächster hat Herr Hovenjürgen von der CDU-Fraktion das Wort.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Töns, Ihre Aufforderung war, die erfolgreiche, die kontinuierliche Politik der Förderung im Ruhrgebiet fortzusetzen. Das war Ihre Aufforderung an uns, an die Koalition. Ich glaube, Sie haben die Grafik von Herrn Breuer gesehen. Ich denke, das Ergebnis zeigt,

dass wir so nicht fortfahren können. Wir sollten nicht dazu beitragen, dass es weiter abwärts geht mit Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Fortführung der Strukturförderung unter den neuen Zielen 2 und 3 ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung und der sie tragenden Koalition. Es darf jedoch nicht um eine Verschärfung des Fördergefälles gehen. Vielmehr muss es um Arbeitsplatzsicherung in Nordrhein-Westfalen gehen. Es darf nicht zu Arbeitsplatzverlagerungen mit EU-Mitteln aus Nordrhein-Westfalen heraus kommen. Das müssen wir auch sicherstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Forschung, Innovation und Entwicklung müssen also voranstehen. Ein Schwerpunkt in diesem Prozess ist die Förderung des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Es sollen vor allem die besten Projekte im Ruhrgebiet gefördert werden. Das heißt: Stärken stärken.

Wir sind uns in diesem Hause ja wohl einig, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aus dem Ruhrgebiet, dass wir dort noch eine Menge Arbeit vor der Brust haben, bevor wir sagen können: Der Strukturwandel ist gelungen. - Wenn wir der Wahrheit die Ehre geben wollen, müssen wir auch zugeben, dass dieser Strukturwandel bisher zu lange gedauert hat, zu viele Mittel verbraucht hat und zu wenig erfolgreich war.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir diese Wahrheit akzeptieren und uns darin einig sind, dann können wir auch gemeinsam mehr für diesen Strukturwandel tun. Dazu ist es notwendig, den Menschen im Ruhrgebiet Mut zu machen, anstatt ihnen Angst vor Veränderungen zu machen. Es war leider mehr der Tenor der letzten Wahlkämpfe, die Angst zu den Menschen zu bringen, als ihnen die Zuversicht und den Mut zu geben, neue Projekte anzugehen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wer hat denn Angst geschürt? - Weitere Zurufe von der SPD)

Dieser Verantwortung liegt bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gilt gerade für die im Ruhrgebiet gewählten SPD-Abgeordneten. Sie haben diese Verantwortung. Sie haben auch eine Verpflichtung zur Wahrheit den Menschen gegenüber. Der sollten Sie endlich gerecht werden.

(Beifall von CDU und FDP - Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Die nehmen wir auch wahr!)

Ich sage Ihnen auch eines, Herr Bollermann, das gerade für Ihre Kolleginnen und Kollegen in den kommunalen Parlamenten im Ruhrgebiet gilt: Wenn man über Strukturwandel im Ruhrgebiet redet, dann muss man ihn wollen. Dann muss man New Park wollen. Dann muss auch die B 474n wollen und darf sie nicht lokal behindern, weil es dem lokalen parteipolitischen Interesse der SPD gerade passt. Dann muss man Strukturwandel im Ruhrgebiet auch wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch an Sie von der SPD gilt also die Einladung - auch im Namen der Koalition -: Machen Sie beim Strukturwandel in diesem Land mit! Nehmen Sie die Menschen gemeinsam mit uns für dieses Land mit. Es gibt weniger Mittel. Diese müssen wir gezielter einsetzen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wo? - Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wo und wie?)

Das Ruhrgebiet ist eine Region, die gefördert gilt.

Wir wollen uns gemeinsam für dieses Land anstrengen, auch für das Ruhrgebiet, damit wir dort erfolgreicher werden. Wir möchten diesen Antrag im Ausschuss beraten und werden der Überweisung an den Ausschuss zustimmen. Dort haben wir gemeinsam die Chance, das Beste für dieses Land herauszuholen. - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Hovenjürgen. - Als Nächster hat Herr Kuschke von der SPD-Fraktion das Wort.

**Wolfram Kuschke<sup>1)</sup>** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Breuer, wir können uns ja schnell auf Ihr Schaubild verständigen. Aber was ist denn die Konsequenz, die daraus gezogen wird? Ziehen wir daraus die Konsequenz, dass wir die Förderung zurückfahren müssen? Oder ziehen wir daraus die Konsequenz, dass die Förderung weiterhin im Schwerpunkt in das Ruhrgebiet laufen muss?

(Zuruf)

- Ja, Moment. Das lesen wir genau nach. Herr Minister Breuer hat von dem Schwerpunkt gesprochen. Die Wirtschaftsministerin, Frau Thoben, schwächt diesen Schwerpunkt der Förderung in den letzten Wochen und Monaten systematisch ab - nachzulesen bei ihr, nicht von uns erfunden.

Aus eigener Kraft soll das Ruhrgebiet geschaffen; neben dem Ruhrgebiet sind weitere Regionen einzubeziehen. Frau Abgeordnete Keller spricht davon, dass die Mittel stärker gestreut werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nach dieser Debatte nur eines vorhalten - da beziehe ich Herrn Minister Breuer ausdrücklich nicht mit ein, aber alle anderen -: Sie sind ein Sicherheitsrisiko für das Ruhrgebiet und die Entwicklung des Ruhrgebietes.

(Beifall von der SPD)

Dieses Sicherheitsrisiko

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

- Herr Henke, halten Sie sich raus; Sie kommen gar nicht aus dem Ruhrgebiet -

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

bezieht sich auf vier Punkte.

Erstens. Sie können nicht sicherstellen, dass das Programm der jetzigen Förderperiode vernünftig abgewickelt wird.

(Zurufe von der CDU)

- Warum regen Sie sich denn so auf? Sind Sie nervös? Ist das, was ich sage, richtig?

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Zweitens. Sie können keine verlässliche Aussage für die Kofinanzierung der notwendigen Mittel treffen.

Der dritte, eindeutige Punkt betrifft das, was wir von Ihnen für die zukünftige Förderung des Ruhrgebietes erwarten können, meine Damen und Herren. Herr Kollege Eumann hat vorhin in anderem Zusammenhang von einem Sack Reis gesprochen. Ich bleibe im Bereich der Lebensmittel. Es ist ein Linsengericht, mit dem Sie das Ruhrgebiet abspesen wollen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu der Frage, wie das Ruhrgebiet das denn sieht, weil dieser Punkt auch von meinem Vorredner angesprochen worden ist.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Sie müssen sich einmal anschauen, dass die 60 kommunalen Entwicklungsprojekte in den jeweiligen Gremien einstimmig verabschiedet worden sind, also mit den CDU-Bürgermeistern und mit den CDU-Landräten.

(Beifall von der SPD)

Gehen Sie doch einmal zu denen und erklären Sie ihnen, dass Sie sich aus der bisherigen Förderpolitik für das Ruhrgebiet verabschieden wollen.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir können es uns im Ausschuss ganz einfach machen: Wir werden Ihnen im Ausschuss nur zwei Sätze zur Abstimmung vorlegen. Sie stehen ganz unten auf Seite 3 unseres Antrags - ich darf zitieren -:

„Der Strukturwandel des Ruhrgebiets ist und bleibt eine der zentralen politischen Aufgaben der Landes-, Bundes- und der europäischen Regionalpolitik. Deshalb muss auch das Ruhrgebiet weiterhin der Schwerpunkt der Strukturförderung der Förderperiode 2007 - 2013 sein.“

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Sorgen Sie für eine Klärung innerhalb der Landesregierung und bei den Koalitionsfraktionen. Reden Sie mit Herrn Brockes und mit Herrn Papke - oder wer immer noch infrage kommt. Dann können wir uns bei diesem Punkt sehr schnell einigen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Diese Klarheit gibt es im Augenblick innerhalb der Landesregierung noch nicht. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kuschke. - Frau Keller hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Keller.

**Ilka Keller**<sup>1)</sup> (CDU): Herr Kuschke, man kann Ihre Einlassung, wir wären ein „Sicherheitsrisiko für das Ruhrgebiet“, wirklich nicht im Raum stehen lassen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir werden die Rede von Herrn Brockes verteilen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir werden Sie an Ihren Taten messen. Sie werden erleben, dass wir das Ruhrgebiet nach vorne bringen. Was haben Sie in all den Jahrzehnten gemacht?

(Beifall von CDU und FDP)

Was ist wirklich passiert im Ruhrgebiet? - Viele Menschen sind noch immer arbeitslos. So geht es nicht. Wir lassen nicht zu, dass Sie uns so diffamieren. Warten Sie doch erst einmal ab. Wir ha-

ben alle Chancen, wenn wir diese Strukturpolitik gemeinsam nach vorne bringen. Wir haben sie nicht, wenn wir uns hier derart beharken.

(Beifall von der CDU - Zurufe)

Gerade bei der EU-Politik ist es sehr, sehr ratsam, die Ziele gemeinsam zu formulieren. In der Vergangenheit waren wir insofern immer an Ihrer Seite. Das sollten Sie in Zukunft auch umgekehrt tun. Davon sollten Sie nicht abweichen.

(Beifall von der CDU - Sören Link [SPD]: Sie weichen doch ab! - Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Lesen Sie die Rede von Herrn Brockes! - Weitere Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Keller. - Herr Breuer hat für die Landesregierung noch einmal um das Wort gebeten. Bitte sehr.

**Michael Breuer**, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Kuschke, ich kann mich über Ihr Lob nicht freuen, weil Sie genau den Fehler begehen, den Sie nach Ihren Aussagen am Anfang der Diskussion vermeiden wollten: Sie versuchen, Positionen innerhalb der Landesregierung und innerhalb der Regionen gegeneinander auszuspielen.

(Wolfram Kuschke [SPD] schüttelt mit dem Kopf.)

Wenn uns klar ist, dass wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen wollen, war dieser Beitrag von Ihnen absolut kontraproduktiv.

(Beifall von CDU und FDP)

Nach dem Beitrag des Kollegen aus Gelsenkirchen möchte ich Ihnen ein Zweites mit auf den Weg geben. Wer hier

(Wolfram Kuschke [SPD]: Ja!)

Gelsenkirchen als tolles Beispiel für den gelungenen Strukturwandel im Ruhrgebiet darstellt, hat von der Wirklichkeit im Ruhrgebiet keine Ahnung, obwohl er dort aufgewachsen ist.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von der CDU: Jawohl! - Zuruf von der SPD: Sie haben vom Ruhrgebiet keine Ahnung!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

**Michael Breuer**, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Nein. Ich habe nur noch 20 Sekunden Redezeit, Frau Löhrmann.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wird doch nicht angerechnet! Das wurde doch gestern noch einmal ausführlich erläutert! - Marc Jan Eumann [SPD]: Das wird nicht angerechnet! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Sie haben mit Recht die Überweisung in die entsprechenden Ausschüsse, in den Hauptausschuss und in den Wirtschaftsausschuss, beantragt. Ich will Sie eindringlich bitten und abschließend auffordern: Lassen Sie uns die Diskussion dort führen.

Ihre Aussage aber, Herr Kuschke - Herr Kuschke, Sie haben es zumindest insinuiert -, die Landesregierung verzichtete aus irgendwelchen ideologischen Gründen in 2005 oder 2006 auf bestimmte Mittel für das Land, lasse ich nicht stehen.

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

Das stimmt nicht. Das besprechen wir bitte in der Diskussion in den Ausschüssen. Sie müssen diesen Beweis im Haupt- und im Wirtschaftsausschuss führen. Wir werden auf Ihren Vorwurf zurückkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind erschöpft. Damit ist auch die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/467** an den **Hauptausschuss** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im Hauptausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Dann wurde die Überweisung einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

## 2 Unterrichtung durch die Landesregierung

### Thema: Einführung eines Werkstattjahres

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2005 hat der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales gebeten, diese Unterrichtung auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist geschehen. Ich weise darauf hin, dass es hierzu einen Entschließungsantrag der

Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 14/535 gibt.

Ich erteile für die Landesregierung Herrn Minister Laumann das Wort. Bitte schön.

**Karl-Josef Laumann**, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor gerade einmal knapp zwei Monaten hat die Landesregierung gemeinsam mit ihren Partnern im Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen beschlossen, ein ganz neues Programm zur Verbesserung der Berufschancen junger Menschen auf den Weg zu bringen.

Ich freue mich, Ihnen berichten zu können, dass es uns in dieser kurzen Zeit gelungen ist, mit dem neu konzipierten Werkstattjahr den Unterricht in den Berufskollegs durch eine weitergehende praktische Qualifizierung in Werkstätten und Betrieben zu ergänzen. So schaffen wir eine echte Alternative zur bisherigen Praxis der Warteschleifen.

Die Landesregierung hat die Entwicklung dieses Programms zügig vorangetrieben. So können die Jugendlichen noch im laufenden Schuljahr davon profitieren. Das war nur durch die gute Zusammenarbeit der Konsenspartner in Nordrhein-Westfalen möglich.

Unter der Federführung des Arbeitsministeriums und in Kooperation mit dem Schulministerium wurde eine überzeugende Lösung erarbeitet. Alle Beteiligten bewerten das Konzept positiv und tragen es mit.

Unser neues Angebot richtet sich an Jugendliche in Berufskollegs mit - aus heutiger Sicht - besonders schwierigen beruflichen Perspektiven. Wir sprechen dabei über mehr als 23.000 junge Menschen, die in den vergangenen Jahren in Sachen Ausbildung und Einstieg in das Berufsleben eher vernachlässigt wurden. Diese Jugendlichen sind nur scheinbar versorgt.

In den Vorklassen des Berufsgrundschuljahres befinden sich etwa 6.700 Jugendliche. In den Klassen für Jugendliche ohne Auszubildungsverhältnis waren gemäß den Zahlen aus dem Jahr 2004 17.100 Jugendliche, die an keiner Maßnahme der Arbeitsagenturen teilnahmen.

Diese Größenordnung, die wohlgerne nicht in den amtlichen Statistiken des Ausbildungsmarktes erfasst wird, macht deutlich, dass wir es keinesfalls mit einem Randproblem zu tun haben. Dieses Problem ist durch die Schule allein ganz sicher nicht zu lösen.

Für diese jungen Menschen hat die Landesregierung nun das neue Angebot Werkstattjahr geschaffen. Ab November können sich die berufsschulpflichtigen Jugendlichen ohne Auszubildungsverhältnis für die Teilnahme am Werkstattjahr entscheiden. Das sind junge Leute mit ganz unterschiedlichen schulischen Vorbildungen. Darunter sind zum Beispiel auch Schulabbrecher aus Realschulen und Gymnasien. Meistens haben wir es aber mit schulumüden Jugendlichen zu tun, für die eine reine schulische Betreuung zu kurz greift.

Um es noch klarer zu sagen: Diese Jugendlichen wollen etwas Praktisches machen. Sie wollen eben nicht wieder zurück in die Schule, in der viele von ihnen gescheitert sind. Wir gehen davon aus, dass mindestens 10.000 Jugendliche dieses freiwillige Angebot annehmen werden.

Das Werkstattjahr besteht aus drei Bestandteilen:

Erstens. An zwei Tagen in der Woche werden diese Jugendlichen weiterhin Berufskollegs besuchen. Sie vertiefen dort beispielsweise Rechen-, Lese-/Schreibkenntnisse oder lernen berufsvorbereitende Grundlagen in Fachenglisch. Die Lehrer werden die Jugendlichen darüber hinaus durchgehend intensiv begleiten.

Zweitens. An zwei weiteren Tagen werden die jungen Leuten bei wirtschaftsnahen Bildungsträgern praktisch unterwiesen. Dort geht es insbesondere um die Vermittlung beruflicher Grundfertigkeiten wie zum Beispiel Schweißen, Feilen, Anstreichen, Umgang mit dem Computer, aber auch um soziale Kompetenzen etwa bei dem Umgang mit alten und pflegebedürftigen Menschen.

Drittens. Hinzu kommt an einem Tag pro Woche ein betriebliches Praktikum, damit die Jugendlichen betriebliche Zusammenhänge kennen lernen und möglichst schon Kontakte mit zukünftigen Arbeitgebern knüpfen können.

Dabei haben wir bewusst die Möglichkeit eingeräumt, dass die konkrete zeitliche Verteilung flexibel an den örtlichen Gegebenheiten ausgerichtet werden kann. So ist zum Beispiel eine Blockbildung der betrieblichen Praxisphase über mehrere Tage hinweg möglich, wenn sich die Beteiligten vor Ort - die Berufskollegs, die Bildungsträger, die Betriebe - darauf verständigen.

Wichtigstes Ziel des Werkstattjahres ist, dass die Jugendlichen anerkannte Qualifizierungsbausteine erwerben können. Nachdem sie das Werkstattjahr erfolgreich absolviert haben, werden sie eine Bescheinigung über die erlernten Grundfertigkeiten in ihren Händen halten. Dieser Nachweis kann im weiteren Verlauf der individuellen Aus- und

Weiterbildung angerechnet werden. Ein konkretes Beispiel:

Aus dem Beruf Metallbauer werden sechs solcher Einheiten abgeleitet: Grundlagen Metallbau, maschinelles Bearbeiten, Herstellen einfacher Metall- und Stahlkonstruktionen, Einbau beziehungsweise Montage von Schlössern und Beschlagteilen, Demontage von Befestigungstechnik und Grundlagen im Schweißen.

Mit dem Start des Werkstattjahres können die Bildungsträger den Jugendlichen auf der Grundlage der bereits entwickelten Qualifizierungsbausteine für das Handwerk, für die Hauswirtschaft, für Industrie und Handel schon jetzt viele Tätigkeitsbereiche anbieten. Das neue Programm ist aber von Beginn an auch für Neuentwicklungen offen. So klären wir derzeit mit den Wohlfahrtsverbänden die Möglichkeit ab, ob auch im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen entsprechend neu zu erarbeitende Qualifizierungsbausteine aufzunehmen sind.

Die neue Landesregierung hat sich dazu entschlossen, bei der Berufsausbildung junger Menschen neue Signale zu setzen. Allerdings müssen wir bei den begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln klare Prioritäten setzen.

Bei etwa 10.000 erwarteten Teilnehmern am ersten Durchgang des Werkstattjahres ergeben sich Gesamtkosten von rund 28 Millionen €, die durch den Einsatz von EU-Mitteln abgedeckt werden können. Auch wenn sich deutlich mehr Jugendliche beteiligen sollten, würde das die Umsetzung nicht gefährden. Alle Jugendlichen, die teilnehmen wollen, werden auch einen Platz im Werkstattjahr erhalten, denn die Finanzierung ist solide durchgerechnet. Es gelten folgende Förderbedingungen:

Die Bildungsträger erhalten pro Jugendlichen für das laufende Werkstattjahr 1. November 2005 bis 31. Juli 2006 einen Festbetrag von 2.100 €. Die Jugendlichen bekommen für Fahrtkosten 55 € pro Monat pauschal erstattet.

Ich bin mir sicher: Mit dem Werkstattjahr werden wir die Chancen der Jugendlichen in den Berufskollegs auf einen qualifizierten Berufseinstieg deutlich verbessern. Wir haben uns mit der Entwicklung und der Umsetzung des Werkstattjahres beieilt, denn wir wollten, dass die Jugendlichen teilnehmen können, die bereits in den Bildungsgängen des Berufskollegs sind und daher nicht zur Zielgruppe der jetzt laufenden Nachvermittlung im Ausbildungskonsens gehören.

Ich weiß, mit dem Start 1. November haben sich alle Beteiligten einen gehörigen Kraftakt vorgenommen. Die notwendigen Vorarbeiten schließen wir rechtzeitig ab. Frau Ministerin Sommer und ich haben alle Berufskollegs genau über das Werkstattjahr informiert.

Die Schülerinnen und Schüler erhalten in Kürze zusätzlich einen Flyer, der noch einmal kompakt und verständlich über das Werkstattjahr informiert. Dabei machen wir den jungen Leuten auch deutlich, dass es darum geht, sie zu fördern und dort zu stärken, wo ihre Begabungen liegen. Im Werkstattjahr wird den Jugendlichen aufgezeigt, was sie können, und nicht belehrend darauf verwiesen, was sie nicht können.

Wichtig ist, dass die Jugendlichen selbst merken, dass hier an sie gedacht wird, dass für sie konkret ein Angebot gemacht wird, das neben schulischer Qualifizierung auf eine eher praktische Fähigkeit zielt. Das Werkstattjahr soll ihnen berufliche Erfahrungen ermöglichen, auf denen sie nach einem Jahr beim Berufseinstieg aufbauen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen wurde über das Werkstattjahr und die Modalitäten, wie die einzelnen Träger dabei mitwirken können, informiert. Jetzt kommt es darauf an, dass sich die Beteiligten am Ort aufeinander zu bewegen, denn im Werkstattjahr müssen drei Institutionen kooperativ zusammenarbeiten: die Berufskollegs, die Bildungsträger und die Betriebe. Die Koordination der Zusammenarbeit erfolgt durch diese Partner in den Regionen. Sie werden die nächsten Wochen für das konkrete Management der Abläufe nutzen.

Die Rückmeldungen, die uns bereits im Vorfeld erreicht haben, lassen auf ein hohes regionales Interesse am Werkstattjahr schließen. Das Werkstattjahr ist ein neues Instrument für eine Zielgruppe, der in der Vergangenheit wenig Aufmerksamkeit zuteil wurde.

Nicht nur für diese Jugendlichen ist die Ausbildungssuche schwierig. Trotz großer Kraftanstrengungen der Wirtschaft ist die Gesamtsituation auf dem Ausbildungsmarkt nicht nur in Nordrhein-Westfalen unverändert problematisch. Nach aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit - Stand: 30. September 2005 - suchen in Nordrhein-Westfalen noch 9.135 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Für sie stehen derzeit 2.716 registrierte freie Lehrstellen zur Verfügung. Insgesamt sind 96.496 Ausbildungsplätze über die Bundesagentur für Arbeit angeboten worden.

Man muss zugeben: Es gibt ein Minus gegenüber 2004 von 8.840 angebotenen Ausbildungsplätzen. Vergessen wir aber eines nicht: Schon diese 96.496 angebotenen Ausbildungsplätze bedeuten 96.496 Mal eine Chance auf Ausbildung, auf Einstieg in das Berufsleben und eine eigenständige Lebensführung!

Viele Unternehmen in Nordrhein-Westfalen haben diese Ausbildungsplätze bereitgestellt. Diese Zahl bildet aber nur zwei Drittel des tatsächlichen Angebots ab. Das fehlende Drittel wird ohne die Bundesagentur für Arbeit direkt von Betrieben zur Verfügung gestellt, insbesondere über das Internet. Dazu kommen noch die Lehrstellen von sechs Kommunen, die die Ausbildungsvermittlung in Eigenregie übernommen haben. Sechs unserer neuen Optionskommunen in Nordrhein-Westfalen führen also die Ausbildungsvermittlung in eigener Regie durch.

Wenn wir die Zahl der offenen Ausbildungsplätze genauer betrachten, stellen wir fest: Auch sie ist niedriger als 2004. Das Gesamtangebot der Ausbildungsplätze wird damit besser ausgenutzt. Das hat Gründe: Junge Menschen werden flexibler; sie setzen nicht nur auf ihren Traumberuf. Sie werden mobiler und nehmen für eine Ausbildung auch längere Fahrstrecken in Kauf.

Nachdem Ende September das Ausbildungsjahr zu Ende ging, läuft jetzt mit Hochdruck die sogenannte Nachvermittlungsphase. Alle noch unversorgten Jugendlichen sollen bis Jahresende ein konkretes Angebot bekommen. Darauf haben sich in der letzten Woche alle Partner des Ausbildungskonsenses in Nordrhein-Westfalen in einem Spitzengespräch verständigt. Die Jugendlichen werden in diesen Tagen von den regionalen Partnern des Ausbildungskonsenses angeschrieben. Die Experten der Kammern werden in persönlichen Gesprächen nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

Ich gehe davon aus, dass es mit vereinten Kräften gelingen wird, auf diesem Wege die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf bis zu 100.000 zu steigern. Das wäre ein schöner Erfolg für alle Beteiligten, insbesondere für die Jugendlichen und die Betriebe unseres Landes.

Das Werkstattjahr ist ein neues Angebot, das aber nicht einsam in der Landschaft stehen soll. Vielmehr ist das Werkstattjahr neben der akademischen und der dualen Berufsausbildung ein erster wichtiger Schritt zu einem dritten Weg der Berufsausbildung. Weitere Schritte werden folgen. Wir werden daher in den nächsten Monaten an der Erstellung eines Gesamtkonzepts des dritten

Weges arbeiten. Es wird ebenso neue Formen der beruflichen Qualifizierung umfassen wie ein modernes Dokumentationssystem im Rahmen eines Jobpasses.

Ich bin mir sicher, wir werden mit dem landesweiten Angebot des Werkstattjahres einen konkreten Beitrag zur Verbesserung der beruflichen Zukunftsperspektiven von jungen Menschen leisten. Den Informationsflyer zum Werkstattjahr werde ich Ihnen in den nächsten Tagen zukommen lassen. - Jetzt kommt es darauf an, diesen neuen Ansatz mit vereinten Kräften umzusetzen, damit wir jungen Menschen berufliche Perspektiven aufzeigen und ihnen deutlich signalisieren: Wenn ihr euch anstrengt, könnt ihr es schaffen. - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister, für die Abgabe Ihres Berichts. - Wir treten in die Aussprache ein. Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Schmelzter das Wort. Bitte schön, Herr Schmelzter.

**Rainer Schmelzter (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie ich bereits im Ausschuss in der letzten Woche am Mittwoch sagte, sind sich wohl alle Fraktionen darüber einig, dass unser gemeinsames Ziel und unser aller Wille die Schaffung von Ausbildungsplätzen und das Aufzeigen von beruflichen Perspektiven für unversorgte Jugendliche ist. Deshalb sind Bemühungen des Ministers, die auf die erfolgreiche Weichenstellung der alten Landesregierung zurückzuführen sind, ebenso zu begrüßen wie neue Denkansätze, die zum Wohle der Jugendlichen in unserem Land zielführend umgesetzt werden können.

Auch in diesem Jahr werden im Rahmen des bewährten Ausbildungskonsenses - der Minister hat gerade darüber berichtet - Tausende von Jugendlichen nachvermittelt werden müssen, und die, die hieran beteiligt sind, werden verantwortungsbewusst tätig sein. Der Übergang von der Schule in den Beruf als präventive Maßnahme ist zukünftig ebenso unverzichtbar wie die partnerschaftliche Ausbildung, die sich im Rahmen der Verbundausbildung immer größeren Zuspruchs erfreut, weil die Aufklärungsarbeit und die Akquise erfreulicherweise durch verschiedene Institutionen intensiviert wurde.

Nichtsdestotrotz müssen wir den Realitäten ins Auge sehen. Auch hier war der Minister realistisch in seinen Aussagen. Steigenden Schulabgängerzahlen stehen zumindest nach Angaben der Bun-

desagentur sinkende Ausbildungsstellenzahlen gegenüber. Haben in diesem Jahr noch 204.900 Jugendliche die Schule verlassen, so werden es im Jahr 2007 bereits 213.450 sein. Leider ist es der Landesregierung nicht gelungen - das ist für mich nicht nachvollziehbar -, meine Kleine Anfrage bezüglich der tatsächlichen Ausbildungszahlen anhand der an den Berufskollegs erfassten Auszubildenden darzulegen, obwohl die Daten der Berufskollegs ermittelt und entsprechend übermittelt sind. Die Daten sind abrufbar.

Der Hinweis auf den Bericht des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik zum Ende des Jahres, Frau Ministerin Sommer, war erlässlich. Abgeordnete dieses Hauses sind so gut informiert, dass sie wissen, wann und wie statistische Daten in Buchform veröffentlicht werden. Sie hätten die von mir gewünschten Daten liefern und somit auch zur Klärung im Arbeitsministerium betreffend den Datenstand bezogen auf die erfassten Auszubildenden beitragen können. Dazu haben Sie eine eher peinliche als sachliche Antwort geliefert.

(Beifall von der SPD)

Die heutige Unterrichtung der Landesregierung zur Einführung eines Werkstattjahres ist vom Kernansatz im Sinne der Betroffenen zu begrüßen, wengleich wir es, Herr Minister, noch mehr begrüßt hätten, wenn Sie in der vergangenen Woche am 19. Oktober die Zeit gehabt hätten, dies schon einmal vorab im Fachausschuss vorzustellen, insbesondere, weil die Unterlagen größtenteils mit dem Datum 5. Oktober versehen sind und sogar der Deutsche Städtetag seine Mitglieder schon am 5. Oktober erstmalig umfassend informieren konnte, wir aber leider erst heute unterrichtet werden. So mussten wir uns mit Vorabinformationen aus der Presse und mit Informationen Dritter begnügen, die bei allen positiven Ansätzen zumindest noch einige Fragen aufwerfen.

So sind wir alle gespannt, Herr Minister - ich denke, wir sind beide gespannt, und das meine ich wirklich fern jeder Ironie -, wie viele Jugendliche tatsächlich von diesem freiwilligen Angebot Gebrauch machen werden. Sie hatten gerade die Zahl 10.000 erwähnt. Ich gehe davon aus, dass das Ihre Zielmarke, Ihre Hoffnungsmarke ist. Wir lassen uns überraschen, wie viele Jugendliche tatsächlich dieses Angebot annehmen. Ich bin schon deshalb gespannt, weil wir doch alle wissen, dass rund die Hälfte der betroffenen Berufsschulpflichtigen leider nicht oder nur unzulänglich ihrer Pflicht des Berufsschulbesuchs nachkommen.

Somit drängt sich der Eindruck auf, dass aus der diesjährigen Maßnahme gegebenenfalls demnächst eine Pflichtmaßnahme werden könnte.

Wie kann diese Maßnahme greifen, wenn betroffene Jugendliche zum Beispiel derzeit nebenher jobben, um sich - natürlich legal - etwas dazuverdienen? Kann es richtig sein, den Anteil des Praktikums, der zum Kennenlernen und Bewähren im realen betrieblichen Umfeld gedacht ist, auf einen Praktikumsplatz zu beschränken? Ist hierbei nicht eher die Gefahr der „billigen“ Arbeitskraft gegeben?

(Minister Karl-Josef Laumann: Ach!)

- Ich gehe ja in Ihre Zielrichtung. - Wäre es nicht, Herr Minister, eines Nachdenkens wert, die Praktikantenplätze rotieren zu lassen, um somit den Jugendlichen auch die Möglichkeit des Einblicks in verschiedene Berufsbilder zu eröffnen?

(Beifall von der SPD)

Zu diesen Fragen, die sich mir derzeit auftun, gehört auch die Frage der Zuständigkeiten. Ja, ich finde die Anregung des MAGS gut. Und es ist nur konsequent, wenn Steuerung und Federführung beim Ministerium liegen.

Aber während der Maßnahme? Die Koordination der Bildungsträger erfolgt durch den Westdeutschen Handwerkskammertag, die Auswahl durch die regionalen Koordinierungsstellen. Die Berufskollegs sollen die Zuordnung der Jugendlichen vornehmen, wobei die Kriterien hierzu mir und meines Wissens auch den Berufskollegs derzeit noch nicht ersichtlich sind. Irgendwie müssen sich aber auch Bildungsträger und Berufskollegs in den Inhalten abstimmen, um zum einen Doppelungen zu vermeiden und zum anderen die Zeugnisse beziehungsweise den sogenannten Quali-Pass abzustimmen.

Das Controlling letztendlich obliegt dem Westdeutschen Handwerkskammertag. Berufskollegs sind den Bildungsträgern zur Meldung verpflichtet, die wiederum dem Westdeutschen Handwerkskammertag melden. Dies erscheint mir etwas kurios in der Durchführung, ist doch eine Federführung, und zwar, wie ausgeführt, durch das MAGS, nur für die Anfangsphase vorgesehen.

Wenn doch Idee, Steuerung und Federführung beim MAGS liegen und letztendlich die Zuwendungen über das MAGS laufen: Warum dann ein Controlling, Herr Minister, durch Dritte und nicht durch das zuständige Ministerium, was doch nur konsequent wäre?

In diesem Zusammenhang drängt sich eine weitere Frage nach der Rolle des Schulministeriums auf, spielen doch die bekannterweise beim Schulministerium angesiedelt Berufskollegs eine nicht unwesentliche Rolle.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist immer so!)

- Das ist so. Das stelle ich ja auch fest, Herr Minister. Ich gestehe zu, Herr Laumann: Als ich von der Finanzierungsmöglichkeit - nicht heute, sondern schon vor einiger Zeit - gehört habe, habe ich anerkennend genickt.

(Minister Karl-Josef Laumann: Können Sie, dann meckern Sie nicht rum!)

- Lassen Sie mich doch ausreden. Ich habe ja noch gar nicht gemeckert. Ich bin heute so ruhig wie selten. Sie doch auch.

(Heiterkeit von der SPD)

Aber der Teufel scheint doch im Detail zu stecken. Ich bin schon verwundert, dass die zuständige Ministerin Sommer dies nicht erkannt hat. Das ist noch nicht einmal ein Vorwurf an Sie, um Gottes willen.

Der theoretische Ansatz, dass der Eigenanteil des Landes durch die zwei Tage Berufskolleg abgedeckt wird, ist leider zum großen Teil wirklich nur ein theoretischer. Denn heute ist es vielfach so, dass nur ein Berufsschultag in den Berufskollegs angeboten wird, die Stellenpläne und der Personalansatz der Berufskollegs dies auch so vorsehen und es auch so praktiziert wird. So gibt es jetzt Berufskollegs, die Eintagsklassen vorhalten, aber beim Werkstattjahr zweitägigen Unterricht anbieten müssen, was - ich unterstreiche das - positiv ist.

(Zuruf von der FDP)

Im Übrigen ist die Rechnung unabhängig vom Blockmodell oder Wochenrhythmus so zu sehen.

Dies bedeutet logischerweise, dass gegenüber dem Ist-Stand in den Berufskollegs das Doppelte an Zeit angeboten werden muss. Bei derzeit zwei vorgehaltenen Klassen würde dies bedeuten, dass mindestens eine halbe Lehrerstelle zuzüglich der räumlichen Kapazitäten vorhanden sein muss. Das würde wiederum entsprechend zusätzliches Geld bedeuten.

Wenn ich bedenke, dass Frau Sommer gemeinsam mit Herrn Minister Laumann die Berufskollegs über eine Maßnahme, die ab Dienstag greifen soll, erstmalig offiziell am Freitag vergangener Woche informiert hat, kann ich mir nicht vorstellen,

dass die Ist-Situation berücksichtigt wurde. Auch im Nachtragshaushalt taucht eine entsprechende Position bei Frau Sommer nicht auf.

Wie berücksichtigen Sie das Werkstattjahr in Ihrer Finanzplanung, Frau Sommer? Diese Frage stellt sich mir.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Absicht, die schwierige Gruppe von rund 24.000 unversorgten Jugendlichen an die Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit heranzuführen, ist durchweg lobenswert. Aber in den Details scheint mir noch etwas an Nacharbeit erforderlich zu sein. Da wir die Sache vom Grundsatz her als gut empfinden und sie nicht wegreden wollen, biete ich Herrn Minister Laumann hier ausdrücklich unsere Mitarbeit an.

Nicht allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dem vorliegenden Antrag, mit dem die Koalition einen Freifahrtschein für eine dritte Säule haben will, deren Zielsetzung, Konzeption und Inhalt bisher noch nicht erläutert werden konnten.

Ich denke, es ist ein ständiger Auftrag einer Landesregierung, neue Konzepte zu entwickeln. Dazu bedarf es nicht eines Persilscheins. Herr Minister Laumann hat es eben deutlich gemacht: Er arbeitet daran. Konzepte, die den Jugendlichen in diesem Land auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt helfen und ihnen entsprechende Perspektiven aufzeigen, wird niemand blockieren. Aber erst die Idee, dann die Diskussion und dann die Entscheidung! Das sind die Spielregeln, und sie schließen im Übrigen Kurzschüsse aus.

Wie sagte doch Herr Rüttgers in Bezug auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin? - Qualität geht vor Geschwindigkeit! Das sollte zumindest auch für die Ausbildung gelten. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schmeltzer. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Henke das Wort.

**Rudolf Henke (CDU):** Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Schmeltzer, Sie haben natürlich Recht. Sie waren so ruhig wie selten. Es war fast die ruhigste Intervention, die ich jemals in meinem Leben von Ihnen gehört habe. Das will ich Ihnen gerne bestätigen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es geschehen noch Zeichen und Wunder!)

Aber obwohl Sie so unaufgeregt sind - und deswegen muss es wohl bewusst geschehen -, müssen Sie an jeder guten Sache rummaulen und nörgeln. Ich habe manchmal das Gefühl, Sie schütteln über der Suppe so lange den Kopf, bis das Haar hineinfällt, das Sie vorher nicht gefunden haben.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU - Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben ja nicht so viele Haare!)

Das macht die Arbeit für uns wirklich schwierig. Ich bin schon sehr erstaunt, Herr Schmeltzer, dass Sie dem Landtag nun weismachen wollen, dass unter Rot-Grün die zwei Berufskollegstage auf einen Berufskollegtag heruntergefahren worden sind. Das finde ich eine bemerkenswerte neue Erkenntnis.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hätte Ihre Ministerin feststellen müssen!)

- Ja, ja. - Das gehört in die Abteilung Haare, die man selbst in die Suppe wirft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine neue Chance für die, die es am schwersten haben. Das ist die zentrale Nachricht, gewissermaßen die Schlagzeile des heutigen Vormittags. Es gibt eine neue Chance für die, die sie nutzen wollen. Das ist der Kern der Unterrichtung über die Einführung eines Werkstattjahres, die unser Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann, dem Hohen Hause soeben vorgetragen hat. Es gibt eine neue Chance für Menschen, die bei der ersten Chance nicht zum Zuge gekommen sind.

Das ist die Information, die wir alle, die wir diesem Landtag als Abgeordnete angehören, egal ob als Mitglieder der Regierungsfractionen von CDU und FDP oder als Mitglieder der Opposition, jetzt in unseren Wahlkreisen weiterberichten und die wir möglichst vielen berufsschulpflichtigen Jugendlichen nahe bringen können und müssen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

Der heutige Tag ist ein guter Tag mit guten Nachrichten für Jugendliche, denen der Erfolg nicht in den Schoß fällt. Darüber dürfen wir uns alle parteiübergreifend freuen.

Herr Schmeltzer, ich möchte bei der Gelegenheit an die letzte Ausschusssitzung erinnern. Es entsprach einer parteiübergreifenden Absprache zwischen allen Fraktionen, dass Minister Laumann - das war angekündigt - um 11 Uhr zu einem anderen Termin musste.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich habe bedauert, dass er die Zeit nicht hatte!)

- Ich will ja nur das volle Bild darstellen. - Insofern ist es unser gemeinsamer Entschluss gewesen, die Sitzung um 9 Uhr beginnen zu lassen. Es war dann Ihr Entschluss, so viele Fragen zum Thema „Arbeitsmarktprogramm der neuen Landesregierung“ zu stellen, dass die Zeit bis 11 Uhr aufgebraucht wurde. Es gibt keinen Grund, darüber zu maulen, dass der auf der Tagesordnung vorgesehene Bericht zu dem Werkstattprogramm in der Sitzung nicht mehr gegeben werden konnte.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich habe bedauert, dass er die Zeit nicht hatte!)

Im Übrigen sind Sie ja nicht arm an Informationen, denn ein bloßer Blick in das Internet hat Ihnen schon damals und auch heute gezeigt, dass zum Beispiel das Merkblatt zu dem Werkstattprogramm auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht ist.

Insgesamt dürfen sich also vor allem die Jugendlichen freuen, denen es bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 2005/2006 und in der jetzt angelaufenen Phase der Nachbesetzung nicht gelungen ist oder gelingt, auf Anhieb einen Ausbildungsplatz zu finden.

Wegen der Rede des Ministers brauche ich mich nicht mit Wiederholungen aufzuhalten.

Die Landesregierung macht es durch Zuschüsse möglich, ein zusätzliches freiwilliges Angebot betriebsnaher und praxisorientierter Ausbildungskapazitäten für die unversorgt gebliebenen Ausbildungsstellensuchenden an den Berufskollegs zu schaffen, die die Vorklassen zum Berufsgrundschuljahr und die Klassen für Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsverhältnisse besuchen und an keiner berufsvorbereitenden Maßnahme der Arbeitsverwaltung und/oder an einem betrieblichen Praktikum teilnehmen.

Im Gegensatz zu Herrn Schmeltzer, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie sehr herzlich darum, dem Entschließungsantrag zuzustimmen, den CDU und FDP zu diesem Projekt und zu diesem Tagesordnungspunkt eingebracht haben.

Die Zahl der zu Beginn des Berufsbildungsjahres unversorgten Bewerberinnen und Bewerber - Herr Minister hat es gesagt - ist nach den Daten der Arbeitsagentur auf 9.135 junge Menschen gesunken. Das ist keine Entwarnung, aber doch eine gute Nachricht, dies umso mehr vor dem Hintergrund der Entwicklung der Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze.

Die Abnahme der Zahl unversorgter Bewerberinnen und Bewerber ist dem Engagement vieler zu verdanken, und zwar vieler, über deren Anstrengungen meist zu wenig gesprochen wird. Die CDU-Fraktion ist den Ausbildungsmarktpartnern in NRW sehr dankbar für das Engagement, das sie zeigen. Ich spreche sicherlich für Sie alle, wenn ich diesen Dank an die Partner am Ausbildungsmarkt für den gesamten Landtag zum Ausdruck bringe. - Ich hätte jetzt eigentlich Beifall erwartet,

(Beifall von CDU und FDP)

weil ja der Dank an andere geht.

Dennoch ist die Situation keineswegs entspannt. Die CDU-Fraktion teilt die Hoffnung, dass ein großer Teil der noch unversorgten Jugendlichen ein Angebot bekommen wird. Es wäre schlimm, wenn einzelne Ausbildungsplätze unbesetzt blieben, obwohl es für sie noch Bewerber gibt. Deswegen bin ich dem Ministerium dankbar, dass es sich zum Beispiel in den Krankenpflegeschulen an den Universitätskliniken und in diesem Fall gemeinsam mit dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie darum kümmert, dass die dort Anfang Oktober noch freien Ausbildungsplätze wirksam nachbesetzt werden können.

Es kann gar nicht genug getan werden, um die Nachvermittlungsphase bis Weihnachten erfolgreich zu gestalten. Auch dies ist eine wichtige Aufgabe der Akteure im nordrhein-westfälischen Ausbildungskonsens. Die Ausbildungslücke ist grundsätzlich jedoch nur durch eine Politik konjunktureller Belegung zu lösen. Wir brauchen - das sage ich auch in Richtung der zurzeit in Berlin geführten Koalitionsverhandlungen - die richtigen Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Wir brauchen eine andere Wirtschafts- und Steuerpolitik als bisher, mehr Entschlusskraft beim Umbau der sozialen Sicherungssysteme als bisher, mehr Mut bei der Flexibilisierung am Arbeitsmarkt als bisher und weniger Einfluss für diejenigen in den Tarifparteien, die immer nur blockieren und in alten klassenkämpferischen Kategorien denken.

Wenn wir aus der Misere heraus wollen, dann müssen wir für den Mittelstand durch eine kluge Steuerpolitik, Bürokratieabbau und hohe Flexibilität eine Situation schaffen, bei der alte wie neue Mittelständler eine neue Chance erkennen.

Unsere Bitte an die Gewerkschaften: Helfen Sie mit und machen Sie bei den Ausbildungsvergütungen kurzfristig Entwicklungen, auch Abschlüsse möglich, damit die jungen Leute, wenn auch zu

gegenwärtig schlechteren Bedingungen als früher, eine Ausbildung erhalten, denn diese Ausbildung gibt ihnen für ihr ganzes Leben bessere Chancen.

Unsere Bitte an die Unternehmensführungen: Helfen Sie mit und tun Sie alles in Ihrer Macht stehende, um ausreichend Ausbildungsplätze bereitzustellen. Denken Sie nicht nur an die betriebliche, sondern auch an die gesellschaftliche Bedeutung der Berufsausbildung für die Zukunft Deutschlands und Nordrhein-Westfalens.

Von der Landesregierung erwarten wir Dreierlei, nämlich erstens alle nur möglichen Anstrengungen, damit jeder junge Mensch nach Beendigung seiner schulischen Laufbahn eine faire Chance zum Start ins Arbeitsleben erhält, zweitens die Fortsetzung der bereits erfolgreich begonnenen Verbesserungen unserer Schulausbildung, damit die allgemeinbildenden Schulen wieder stärker für die duale Berufsausbildung qualifizieren, und drittens die konkrete Gestaltung einer dritten Säule der Ausbildung, die neben die akademische und duale Berufsausbildung gestellt wird.

Vor allem mit dem letzten Punkt - deswegen bin ich auch dafür, dass wir den Entschließungsantrag befürworten - verbinden wir die Absicht, neue berufliche Chancen für die Menschen zu schaffen, die heute durch die hohen theoretischen Anforderungen im dualen System - hier ist ja eine Entwicklung in vielen Berufen vorhanden, die die theoretischen Anforderungen im gewohnten dualen System steigert - keinen Ausbildungsplatz finden können. Die Einführung des Werkstattjahres zum 1. November 2005 ist ein wichtiger Schritt dazu - ein Schritt zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen benachteiligter Menschen.

Ich bitte Sie herzlich, dem Entschließungsantrag von CDU und FDP zuzustimmen. - Schönen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Henke. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Steffens.

**Barbara Steffens<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Egal, über welche Maßnahme im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit wir reden: Wir müssen als Erstes schauen, in welcher gesellschaftlichen Situation wir uns im Moment befinden.

Wenn man gerade in den letzten Tagen, aber auch schon in den letzten Wochen und Monaten Berichte, Studien und Untersuchungen gelesen

hat, ist einem noch einmal deutlich geworden, dass wir in etwa ab dem Jahr 2010 bundesweit - aber natürlich auch hier in Nordrhein-Westfalen - ein massives Problem mit dem Fachkräftemangel bekommen. Der Fachkräftemangel wird sich ab dem Jahr 2010 zeigen und dann kontinuierlich zunehmen. Es wird ein paar stärkere Anstiegswellen geben. Klar ist aber auf jeden Fall, dass wir diesen Fachkräftemangel bekommen werden.

Wir haben zwei Möglichkeiten, das Problem mit dem Fachkräftemangel zu lösen. Die erste Möglichkeit ist, unsere Jugendlichen bestmöglich zu bilden und zu qualifizieren, damit sie dann als Fachkräfte einspringen können. Die zweite Möglichkeit ist, das Problem über Zuwanderung zu lösen.

Meine Damen und Herren von der Regierung, ich weiß, dass Ihnen die zweite Lösung, die Zuwanderung, nicht wirklich am Herzen liegt. Also müsste die erste Lösung, nämlich die bestmögliche Qualifizierung der Jugendlichen, wirklich Ihr Ziel sein.

Wenn wir uns ansehen, wie die Zahlen für Nordrhein-Westfalen aussehen, stellen wir fest - das werfe ich der neuen Regierung nicht vor, sondern das sind einfach die Fakten -, dass wir im Moment eine Jugendarbeitslosigkeit von 11,3 % haben. 54 % der jugendlichen Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Man könnte jetzt an die Diskussion von heute Morgen anknüpfen: Ein Drittel dieser Jugendlichen lebt im Ruhrgebiet, was die besondere Aufmerksamkeit auf diese Region lenken müsste. Das ist einfach die Ausgangslage.

Faktisch haben wir noch sehr viel mehr arbeitslose Jugendliche, als die Statistik ausweist, weil - Herr Laumann, das haben Sie eingangs auch gesagt - all die Jugendlichen, die sich in Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur oder in Auffangkonzeptionen befinden, nicht in der Statistik auftauchen. Diese Jugendlichen kommen noch hinzu.

Wenn wir uns also die Zahlen ansehen, die die Bundesagentur für Arbeit herausgibt, erkennen wir, dass wir quasi eine Bugwelle von Jugendlichen vor uns herschieben, die aus Warteschleifen kommen und immer wieder auf den Arbeitsmarkt bzw. auf den Ausbildungsmarkt drängen; denn eine Warteschleife ist keine Ausbildung.

(Minister Karl-Josef Laumann: Da müssen wir eine Lösung finden!)

- Genau, wir müssen eine Lösung finden. Wir ringen ja heute im ersten Anlauf darum, ob das ein

Schritt zu einer Lösung ist oder ob wir andere Lösungen finden müssen. Wir müssen, wie ich denke, viele Lösungen finden.

Das heißt, wir brauchen eigentlich eine bestmögliche Qualifizierung der Jugendlichen. Darin sind wir uns wieder einig. Über eine bestmögliche Qualifizierung werden wir im Zusammenhang mit der Bildungspolitik noch intensiver diskutieren müssen: Wie verschaffen wir den Jugendlichen eine bestmögliche Bildung und Qualifizierung, damit sie das Problem der mangelnden Berufsbildungsfertigkeit, unter dem sie heute zum Teil leiden, nicht mehr haben? Wie sorgen wir in diesem Bereich für eine bestmögliche Qualifizierung?

(Beifall von den GRÜNEN)

Trotzdem haben wir ein Problem mit den Jugendlichen, die jetzt und hier auf der Straße stehen. Wir haben ein Problem mit den Jugendlichen - das ist die Zielgruppe, die Sie jetzt hier erfasst haben -, die, wenn sie Glück haben, bisher zwei Tage in der Woche, sonst nur einen Tag, in die Berufsschule gehen können und sonst anscheinend auf der Straße stehen.

Jetzt sind Sie mit dem Werkstattjahr als Angebot gekommen. Aber das Werkstattjahr, das ein bisschen als eine neue Idee, als eine Erfindung dargestellt wird,

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist es auch!)

ist nicht ganz neu. Wir haben mit der Jugendwerkstatt im Grunde genommen ein vom Prinzip her genauso angelegtes Konzept. Jugendwerkstatt in der Jugendhilfe - das müssten die Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitiker kennen. Dieses Konzept ist sehr viel kostenaufwendiger. Es ist fast dreimal so teuer wie das Konzept, das Sie jetzt vorlegen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Dadurch wird aber auch ein sehr viel passgenaues und spezifischeres Angebot für die Jugendlichen geschaffen.

Jetzt ist die Frage, ob wir mit dem Angebot auf niedrigerem Niveau, das Sie jetzt vorlegen, für die 23.000 Jugendlichen wirklich das erreichen, was wir uns vorgenommen haben. Ein großer Teil der jugendlichen Zielgruppe, die Sie jetzt erfassen, geht heute gar nicht mehr in die Berufsschule, obwohl sie eigentlich schulpflichtig sind. Die kommen dort gar nicht an.

Jetzt frage ich mich: Wie kann ich mit dem geringen Personalstab und den geringen Finanzmitteln

die Jugendlichen überhaupt motivieren, dorthin zu gehen? Schon bei der Jugendhilfe - bei den drei- oder vierfachen Kosten - war es fast gar nicht möglich, diese Jugendlichen zu erreichen. Die Zielgruppen überschneiden sich ja; sie sind zum Teil identisch.

Wie wollen Sie diese Zielgruppe dann mit einem viel geringeren Budget erreichen? Ich glaube nicht, dass das gelingt. Deshalb lassen Sie uns darüber streiten, ob das Programm - bei diesem qualitativen Niveau - nicht nur bedeutet, dass wir Masse statt Qualität schaffen, und ob wir die Jugendlichen damit überhaupt erreichen. Schließlich wollen wir alle das Bestmögliche für die Jugendlichen.

Herr Henke, wenn Sie hier sagen, wir suchten nur Haare in der Suppe, finde ich das ein bisschen daneben. Wir haben nämlich - nur mit vertauschten Rollen - genau dieselbe Diskussion über Qualität oder Masse geführt, als es um die Programme BUS und BUT ging. Ich könnte jetzt wieder von Ihnen und von Herrn Wilp Zitate aus den Plenar- und Ausschussdebatten herausuchen. Das erspare ich Ihnen heute. Lesen Sie das selbst nach.

Sie haben immer wieder gesagt, dass Sie keine Notlösungen, sondern passgenaue Angebote haben wollten. Sie wollen Angebote haben, die die Jugendlichen dort abholen, wo sie stehen. Sie wollen aber kein Angebot für die Masse.

Auch hier ist das Problem, dass sich 23.000 Jugendliche in dieser Problemlage befinden. Sehen Sie sich einmal in den Berufsschulen an, was für Jugendliche das sind, die einen oder zwei Tage kommen sollen, es aber nicht tun. Die erreichen Sie damit nicht. Deshalb stimme ich Ihren Argumenten von damals voll zu: Wir brauchen passgenaue und spezifische Angebote, aber keine Notlösungen.

Herr Minister, ich glaube zwar, dass es für einen Teil der Gruppe gut ist, wenn Sie Angebote machen, die in die Breite streuen. Ich glaube aber nicht, dass das eine Lösung für 23.000 Jugendliche ist.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das habe ich nicht gesagt!)

- Ja, das war aber die Größe; die wollen Sie dort hineinbringen. - Deswegen glaube ich, dass wir auch da sehr viel differenziertere Angebote brauchen und dass wir einem Teil der Jugendlichen - vielleicht 5.000 - so etwas anbieten können. Aber ich glaube auch, dass wir für einen kleineren Teil der Jugendlichen lieber Angebote auf hohem Ni-

veau machen und ihnen wirklich eine Chance auf den Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen, statt dass wir Geld in die Breite streuen, ohne dass am Ende etwas hängen bleibt und ohne dass dieser Zielgruppe der Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt wirklich ermöglicht wird.

Zum Antrag von CDU und FDP und zur dritten Säule: Wir werden Ihnen heute keinen Blankoscheck für irgendeine dritte Säule ausstellen. Sie definieren ja nicht einmal, was eine dritte Säule konkret heißt,

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

für wen sie gedacht ist und auf welchem Niveau liegen soll. Wir lehnen eine Schmalspurausbildung ohne eine existenzsichernde Perspektive für Jugendliche definitiv ab.

Bei dieser ganzen Diskussion um die dritte Säule habe ich ein bisschen das Gefühl: Damit soll eine Schnellausbildung eingezogen werden, die vielleicht irgendwohin führen kann, die aber nicht wirklich existenzsichernd ist. Wir haben heute schon zu viele Ausbildungsberufe - Friseurin zum Beispiel, aber auch andere -, die nur knapp am Existenzminimum vorbei schrappen. Das kann es nicht sein. Weitere solcher Ausbildungsberufe dürfen wir nicht haben.

Es liegt auch in unserer Verantwortung, Arbeit zu schaffen, die existenzsichernd ist. Nicht jeder schreit nur, er will Arbeit haben, sondern jeder schreit nach Arbeit, von der er sich ernähren kann. Das Recht haben auch die Jugendlichen.

Deswegen: Lassen Sie uns im Detail darüber streiten, was wirklich wo an darunter sortierter Ausbildung stattfinden kann, aber wir sollten nicht einfach pauschal neben akademischer und dualer Säule eine dritte Säule schaffen.

Wir brauchen meines Erachtens in erster Linie mehr Ausbildungsplätze. Ich kann es nur immer wieder sagen. Wir halten nach wie vor ein branchenspezifisches Umlagesystem für die einzig wirkliche Lösung, um zu Ausbildungsplätzen zu kommen. Wenn ich mir angucke, wen der Fachkräftemangel in fünf bis zehn Jahren treffen wird, dann sind das die Unternehmen. Denen werden die Fachkräfte fehlen. Die Unternehmen müssen jetzt auch endlich bereit sein, massiv auszubilden. Denn sonst stehen sie in fünf bis zehn Jahren ohne Fachkräfte da, und das ist mehr als kurzfristig.

Dann komme ich noch ganz konkret zum Konzept des Werkstattjahres. Auch da, Herr Minister, wundere ich mich ein bisschen. Eben erwähnte jemand das Merkblatt, das im Internet einsehbar ist. Ich alleine kenne schon zwei Merkblätter. Beim

ersten Merkblatt sollten pro Teilnehmer pro Jahr noch 4.000 € zur Verfügung gestellt werden. Beim zweiten Merkblatt ist das auf 2.600 € reduziert worden. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen, warum man jetzt fast die Hälfte der Summe für realistisch hält, um dieses Werkstattjahr zu finanzieren. Ich halte das in Anbetracht dessen, was, wie gesagt, jetzt auch die Jugendwerkseinerichtungen kosten, für absolut unrealistisch.

Dann soll das Programm zum 1. November starten. So, wie ich das verstanden habe, müssen aber der Ausbildungskonsens und der Regionalkonsens erst noch darüber beraten. Da frage ich mich, wie das bis zum 1. November stattfinden soll. Da muss es ja einen Konsens geben.

Überdies höre ich aus den Regionen, dass auch da noch als sehr problematisch eingeschätzt wird, ob es überhaupt Unternehmen gibt, die bereit sind, Jugendliche aufzunehmen, die jetzt nicht mehr wie bei den Jugendwerkstätten sehr spezifisch und passgenau ausgewählt werden, sondern einfach in der Masse und zum Teil auch gar nicht wirklich kommen. Die Frage ist also, wie dafür noch Unternehmen gefunden werden sollen. Das wäre auch eine Frage, von der ich hoffe, dass wir sie, wenn wir im Ausschuss darüber beraten, noch einmal im Detail diskutieren können.

Abschließend: Ich sehe nicht, dass das Werkstattjahr das Gelbe vom Ei und die Lösung ist. Als ein Baustein für einen sehr geringen Teil können wir, wie gesagt, gern darüber reden, aber nicht für 23.000. Das halte ich für unrealistisch. Lassen Sie uns da lieber im Detail noch einmal über qualitativ hochwertige Angebote reden - wenn auch dann nur für weniger Jugendliche -, die den Jugendlichen, die daran teilnehmen, auch eine sehr hohe Einstiegschance in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Das sehe ich bei dem vorgestellten Programm nicht. Das ist vielmehr eine Warteschleife, in der einige Jugendliche gut aufgehoben sind, aber mehr auch nicht. - Danke.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Steffens. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Dr. Romberg das Wort.

**Dr. Stefan Romberg<sup>\*)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schmeltzer, ich hatte schon einen ähnlichen Eindruck wie Herr Henke. Sie waren sehr leise. Das war ein leises Mosern. Wenn man bedenkt, dass auch von Ihrer Seite die ersten Reaktionen recht positiv waren, dann fand ich das jetzt ein bisschen unpassend. Sie haben ja auch selbst noch einmal

die Realität aufgezeigt. Wir haben junge Menschen, die - wenn überhaupt - nur einen Tag in der Woche in der Berufsschule ankommen. Wenn wir denen eine passende Alternative anbieten, finde ich es unpassend, dass Sie das so stark kritisieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben es nicht verstanden! Es wird nur ein Tag angeboten! Sie müssen zuhören und verstehen!)

- Es ist ja immer die Frage, wie Sie mit Ihren Äußerungen ankommen, Herr Schmeltzer.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das können Sie ja nachlesen!)

Frau Steffens, bei Programmen, die dreimal so viel kosten, kann man natürlich davon ausgehen, dass sie auch passender ankommen. Wir haben aber auch die Situation zu berücksichtigen, dass die Finanzen dieses Landes grottenschlecht aussehen. Bei einem Schuldenstand von 110 Milliarden € muss man sich schon überlegen, wie man das Geld einsetzt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Ja!)

In der Vergangenheit gab es sicher gute, aber häufig teure Projekte, und dies für eine ganz kleine Auswahl von Menschen. Dann ist die Frage - die haben wir uns gestellt -: Ist es nicht besser, ein Angebot für die breite Masse und nicht nur für einen ganz kleinen Teil zu schaffen? Wir meinen, es ist gerechter für diese kritischen Jugendlichen, wenn wir allen die Möglichkeit geben, an einem solchen Programm teilzunehmen. Das ist zumindest uns recht wichtig.

(Beifall von der FDP)

Sie haben den Fachkräftemangel angesprochen. Das wird sicher in Zukunft ein immenses Problem sein. Wir sprechen aber heute gerade über Jugendliche, die nie eine hoch qualifizierte Ausbildung schaffen werden. Es gibt eben nicht nur Höherbegabte, sondern es gibt auch Menschen, die mit der Theorie sehr arge Probleme haben und die häufig auch mit der Praxis Probleme haben. Auch für die müssen Angebote geschaffen werden.

Da hat sich in der Ausbildungslandschaft ja auch einiges verändert. Früher hat man gesagt, diese Menschen könnten vielleicht einem Gärtnerberuf nachgehen und dort eine Ausbildung machen. Wenn man aber mit einem Kreisgärtnermeister spricht, dann sagt der: Wir haben heute eine Hightech-Ausbildung, und dafür braucht man hoch qualifizierte Bewerber.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

- So reden die Fachleute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Einführung des Werkstattjahres erhalten Jugendliche, die extreme Schwierigkeiten haben, ins Berufsleben zu starten, ein neues Angebot und verbesserte Chancen. Es sind Jugendliche ohne Lehrstelle, die häufig schon die Lust an der Schule verloren haben, die meistens auch keine Perspektive mehr für sich sehen.

Es ist unsere Aufgabe, gerade für diese Problemgruppe Perspektiven zu erarbeiten und sie in die Gesellschaft zu integrieren. Hier zeigt sich deutlich die soziale Verantwortung des neuen schwarz-gelben Bündnisses für Nordrhein-Westfalen, welche uns die Opposition immer wieder absprechen will. Dieses Bild von der sozialen Kälte, das Sie im Wahlkampf imaginiert haben, gibt es nicht.

(Beifall von der FDP)

Verehrte Kollegen, das ist ein Trugbild. Werfen Sie dieses Trugbild über Bord,

(Frank Sichau [SPD]: Wir werfen lieber etwas anderes über Bord!)

und wir werden der Realität einen großen Schritt näher kommen.

Unsere Gesellschaft braucht dringend soziale Erneuerung. Zu viele Nichtbedürftige nutzen heute die Bedürftigen aus. Das muss sich ändern, und hier stehen alle politischen Gruppierungen in der Verantwortung.

(Beifall von der FDP)

Die Jugendlichen, die künftig vom Werkstattjahr profitieren werden, sind bedürftig. Ihnen fehlt meist das Vorbild, ein eigener Zukunftsplan. Ihnen fehlen häufig einfache soziale und emotionale Fähigkeiten. Nicht selten leben sie in den Tag hinein und betäuben sich mit Suchtstoffen. Es kann niemand erwarten, dass sich bei diesen jungen Menschen durch das pflichtgemäße Absitzen von zwei oder nur einem Tag in der Woche in den Berufskollegs irgendetwas ändert.

Das Werkstattjahr bietet hingegen zahlreiche Veränderungschancen. Die durchgängige Wochenstruktur verfestigt so einfache Dinge wie das regelmäßige morgendliche Aufstehen, das leider keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Durch den Besuch der überbetrieblichen Werkstätten können Jugendliche praktische Talente entdecken und testen, ein Gefühl für eigene Stärken bekommen. Durch das Betriebspraktikum erhöhen sich die

Chancen, im Anschluss an das Werkstattjahr doch noch einen Ausbildungsplatz oder zumindest Arbeit zu finden. Durch die Möglichkeit, Qualifizierungsbausteine zu erwerben, wird das Werkstattjahr nicht zur Sackgasse für die jungen Menschen, sondern vielmehr ein wichtiger Schritt in ein erfolgreiches Berufsleben.

Nicht ohne Grund waren die ersten Stimmen aus der Opposition und von den Gewerkschaften zum Werkstattjahr durchweg positiv; das ist wenige Tage her.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Auch heute noch!)

Es ist sicher auch eine äußerst gelungene Leistung der neuen Landesregierung, innerhalb von nur wenigen Monaten ein solch großes Projekt zu konzipieren und umzusetzen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von FDP und CDU)

Ein Dank gebührt auch den Beteiligten des Ausbildungskonsenses, die mitgewirkt haben, dieses große Projekt innerhalb kurzer Zeit mit auf die Beine zu stellen.

Es bleibt das Problem, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer mehr einfache Jobs weggefallen sind. Nicht jeder Mensch eignet sich für eine hoch qualifizierte Ausbildung. Gerade diese Menschen müssen wir wieder mehr in die Arbeitswelt integrieren. Das ist unsere politische Verantwortung, aber auch die der Unternehmer in diesem Land.

Jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen muss die Chance haben, einer Beschäftigung nachzugehen, die seiner Begabung entspricht, mit der er seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten kann.

Unter der Massenarbeitslosigkeit leiden leider die schwächer Begabten deutlich stärker. Schon um dieser Menschen willen sind wir weiterhin gefordert, die Rahmenbedingungen für Arbeit in Nordrhein-Westfalen weiter zu verbessern; Herr Henke hat einige Rahmenbedingungen aufgezählt. Ich hoffe, dass die Koalitionsverhandlungen in Berlin dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen für Arbeit in Nordrhein-Westfalen besser werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Bischoff das Wort. Bitte sehr.

**Rainer Bischoff (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neue Ideen zur Unterstützung von Jugendlichen - und gerade von solchen Jugendlichen, die es besonders nötig haben, die besonders viele Schwierigkeiten und Probleme haben - sind zu begrüßen und finden unsere Zustimmung.

Zusätzliche Instrumente, um Jugendliche von der Straße zu holen und ihnen Perspektiven zu vermitteln, finden auch unsere Zustimmung. Die Betonung liegt aber auf „zusätzlich“. Wir haben auch vorher mit der Vorgängerregierung und mit der Vorgängerregierungscoalition eine Menge an Instrumenten entwickelt. Ich warne davor, so zu tun, als sei dies das erste Instrument, das es gebe.

Nein, Nordrhein-Westfalen war Vorbild - auch bundesweit. Ich hatte mehrfach das Vergnügen, an der Konferenz der arbeitsmarktpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen meiner Partei teilzunehmen. Mit dem Werkstattjahr sind wir einen Schritt weiter, um Vorbild zu bleiben. Auch das ist zu begrüßen.

Aber alle Instrumente, die wir entwickelt haben - das müssen wir alle gemeinsam zugeben -, haben nicht dazu geführt, das Phänomen Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Sie führen nur dazu, es für eine bestimmte Gruppe zu lindern. Das ist die Wahrheit, mit der wir uns auseinander zu setzen haben.

Deswegen sind in meinen Augen zwei Dinge wichtig: Wir begrüßen zwar das Instrument - Herr Henke, das ist jetzt kein Rummaulen, Nörgeln oder „Haare in die Suppe legen“, damit man sie finden kann -, brauchen aber eine realistische Einschätzung hinsichtlich der Erwartungshaltung gegenüber diesem neuen Instrument.

Dazu kann ich Ihnen als Praktiker, der viel Erfahrung im Bereich Jugendarbeit hat, sagen, dass die Motivation der jungen Menschen - zumindest der 17 000, die beschult werden, weil sie der Berufsschulpflicht unterliegen - ausgesprochen schwierig ist. Sie kommen häufig nicht zum Unterricht.

Wenn Sie mit Lehrerinnen und Lehrern reden, werden Sie wissen, dass diese Klassen halb voll sind und dass sie nur einen Tag haben. Das liegt nicht daran, dass die Vorgängerlandesregierung das so gewollt hätte, sondern weil es Praxis in den Schulen ist, da diese jungen Menschen so schwer zu beschulen sind. Sie kommen häufig nicht zum Unterricht, weil sie keine Perspektive damit verbinden.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihre Verantwortung!)

Sie haben sich bisher auch nicht für eines der vielen Instrumente, die ich gerade zu skizzieren versucht habe, beworben. Sie haben nirgendwo versucht, in einen Bereich dieses Instrumentenkastens, den es bereits gibt, hineinzukommen. Das zeigt auch, dass ihre Motivation möglicherweise nicht die höchste ist. Und sie sind bei den Sekundärtugenden - das hat Herr Romberg kurz angesprochen - hinsichtlich Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit sicherlich nicht die Vorbilder der Gesellschaft; das muss man deutlich sagen.

Jetzt wollen sie vor dem Hintergrund, den ich gerade geschildert habe, drei Ziele in einer Woche erreichen, nämlich erstens die Schule, zweitens den Träger und drittens den Praktikantenplatz.

Da ist es mir ganz wichtig, darauf hinzuweisen: Aus Sicht dieser frustrierten Jugendlichen - nicht aus gesellschaftspolitischer Sicht - ist das, was sie dafür bekommen, nämlich 55 € Erstattung für Fahrtkosten, sicherlich keine hohe Motivation. Die werden nicht die langfristige Perspektive im Kopf haben, sondern erst einmal nur merken, dass sie plötzlich fünf Tage in der Woche antreten müssen, wo sie doch der regelmäßigen Arbeit entwöhnt sind. Ich warne davor, zu glauben, dass das so einfach sein wird. Das scheint mir eine äußerst schwierige Motivationslage zu sein.

Ich warne davor, sollte das nicht so erfolgreich sein, wie Sie das jetzt hoffen, Herr Laumann,

(Minister Karl-Josef Laumann: Dann müssen wir gucken!)

auf die Jugendlichen zu schimpfen. Es ist wichtig, den Jugendlichen zur Seite zu treten. Wir müssen sie da abholen, wo sie sind. Es gibt Defizite. Es ist ja leicht, wenn man verantwortlich ist, aber alles nicht so klappt, Schuldige zu suchen und zu sagen: Die haben das alles nicht gemacht. - Wir müssen das anders angehen. Wir müssen schon sehr genau sehen, welche Klientel wir vor uns haben, und sehr genau überlegen, ob unsere Strukturen so sind, dass wir die Jugendlichen auch tatsächlich bedienen können.

Das Zweite ist: Sie haben sehr ehrgeizige, schnelle Ziele entwickelt; das ist okay, damit habe ich kein Problem. Aber das heißt natürlich auch, dass es das eine oder andere schnell zu regeln gilt. Auf die Problematik der Schulen hat Rainer Schmelzer hingewiesen. Es gibt auch die Problematik der Praktikumsplätze. Meines Wissens wurden schon mit dem bundesweiten Ausbildungspakt 30.000 Praktikumsplätze für Nordrhein-Westfalen versprochen. Die sind aber wohl bei weitem nicht realisiert. Jetzt brauchen wir zusätzliche Praktikumsplätze. Da ist natürlich eine Verdrängung zu

erwarten. Die Frage wird also sein: Wie schnell gelingt es Ihnen tatsächlich, die benötigte Anzahl an Praktikumsplätzen zur Verfügung zu stellen?

Eine weitere Frage ist die der Finanzierung. Sie haben den finanziellen Preis genannt: 28 Millionen €. Nun ist es aber so, dass ESF-Mittel kofinanziert werden müssen - darauf ist Herr Schmeltzer ein bisschen eingegangen - und dass sie nicht endlos sind; das wissen wir aus Erfahrung. Das Land Nordrhein-Westfalen bekommt ja nicht so viele Mittel, wie es anfordert, sondern einen bestimmten Topf, einen bestimmten Umfang von Mitteln. Jetzt ist die Frage: Wofür wären die sonst verwandt worden? Wären die sonst für andere arbeitsmarktpolitische Instrumente verwandt worden?

Und dann ist die Frage: Was ist der politische Preis? Was haben wir nicht gemacht, damit wir das tun konnten? Da fehlt mir Ihre Antwort, Herr Minister. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns hier oder im Ausschuss eine Antwort auf die Frage geben könnten, wofür diese Mittel sonst zur Verfügung gestanden hätten. Ich unterstütze das Projekt, das ist keine Frage, aber ich möchte den politischen Preis schon kennen. Also: Was haben wir nicht getan, damit das geht?

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)**

Einen positiven Aspekt möchte ich herausstellen: Ein großer Teil der 23.000 Jugendlichen, von denen, wie Sie hoffen, 10.000 von dem Angebot Gebrauch machen werden, wurde bisher nicht in der Arbeitslosenstatistik geführt. Die gehörten zur Grauzone. Ich bin ein Freund der Transparenz, also des Gegenteils davon, dass man durch Arbeitslosenstatistik etwas verwischt und verwässert. Also ein Lob dafür, dass die jetzt in die Statistik hineinkommen. Damit ist ein Stück neue Transparenz geschaffen worden. Das finde ich richtig gut, das ist eine gute Entwicklung.

Bevor ich zum Schluss komme, noch zwei Punkte zu dem, was Sie angeführt haben, Herr Minister.

Zunächst zur Frage der gesamten Ausbildungssituation: Sie haben gesagt, es gibt eine verbesserte Vermittlung von Ausbildungsplätzen. Das finde ich gut. Ich hätte mir gewünscht, nachdem Teile Ihrer Partei im Bundestagswahlkampf die Bundesagentur für Arbeit infrage gestellt haben, dass das mit einem Lob für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit verbunden wird, denn einen großen Teil der Vermittlungen haben die gegenüber dem Vorjahr verbessert getätigt.

Das Zweite, was bei den Ausführungen des Ministers interessant war: Er gibt jetzt eine Prognose von 100.000 Ausbildungsplätzen ab. Das ist eine Symbolprognose, denn unter 100.000 lagen wir in Nordrhein-Westfalen noch nie. Wir haben heute aber einen Minusrekord der vergangenen Jahrzehnte. Die Zahl der angebotenen Plätze ist auch in Nordrhein-Westfalen erheblich heruntergegangen. Da wäre es schon richtig und aufrichtig gewesen, darauf hinzuweisen, dass man einen Monat zuvor noch eine Prognose von 115.000 abgegeben hat - sowohl im Ausbildungskonsens vor Ort, wo ich zugegen war, als auch im Ausschuss, belegbar durch das Ausschussprotokoll - und diese nun auf 100.000 reduziert. Das zumindest hätte ich vom Minister erwartet.

Letzter Punkt: Ihren Entschließungsantrag - Frau Steffens ist schon darauf eingegangen - hätte ich im Ausschuss gerne beraten - Herr Henke, Sie wissen das; wir haben eben persönlich darüber gesprochen; es geht aber nicht -, denn es sind nur wenige Punkte, die wir nicht mittragen werden.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist überschritten.

**Rainer Bischoff (SPD):** Ja. - Wir werden in der Tat keinen Persilschein für eine irgendwie prognostizierte dritte Säule ausstellen, die wir nicht genau kennen. Darüber muss man schon intensiver reden.

Ich hoffe, zwei Aspekte klar gemacht zu haben: Wir unterstützen das Werkstattjahr, werden aber eine realistische Erwartungshaltung haben und das genau verfolgen. Wir würden uns sehr freuen, wenn es erfolgreich wäre. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Als nächster Redner hat der Abgeordnete Post von der CDU-Fraktion das Wort.

**Norbert Post (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier ist eine Reihe von Fragen, Verbesserungsvorschlägen, allerdings auch von Allgemeinplätzen geäußert worden. Das macht das Ganze nicht schlechter. Wir müssen dieses Werkstattjahr natürlich als Einstieg nehmen, als Einstieg in eine gestufte Ausbildung.

Es gibt übrigens auch im Bereich der Sozialdemokratie große Befürworter des Werkstattjahres.

Ich zitiere: Die Initiative des Landes NRW, ein Werkstattjahr für aktuell nicht ausbildungsfähige Jugendliche einzuführen, wird begrüßt. - Herr Garbrecht, ich danke Ihnen für diese Unterstützung. Ich finde das auch richtig, denn wir können nicht versuchen, mit diesem einen Projekt die gesamte Problematik der Ausbildung von Jugendlichen auf einen Schlag zu lösen, sondern wir haben mit dem Werkstattjahr einen weiteren Baustein erhalten, der dankenswerterweise vom Ministerium und den am Ausbildungskonsens Beteiligten gemeinsam getragen wird. Der liegt vor, und den sollten wir unterstützen.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schmeltzer?

**Norbert Post (CDU):** Das können wir gleich machen, Herr Schmeltzer. Ich habe auch für Ihre Frage noch Zeit genug.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass weder die Frage noch die Antwort auf Ihre Redezeit angerechnet wird.

**Norbert Post (CDU):** Okay. - Also meinetwegen, Herr Schmeltzer, schießen Sie los, dann sind Sie Ihre Frage quitt.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Schmeltzer.

**Rainer Schmeltzer (SPD):** Herr Kollege Post, würden Sie wie auch schon Ihr Kollege vorhin zur Kenntnis nehmen, dass das Werkstattjahr hier nicht schlecht geredet wurde, sondern dass wir ergänzende Fragen gestellt haben, damit das Werkstattjahr auch zu dem führt, was wir alle wollen, nämlich zur Versorgung von Jugendlichen?

**Norbert Post (CDU):** Herr Schmeltzer, nichts in dieser Welt ist nicht so, dass es verbesserungsfähig wäre. Wir müssen aber mit den Ressourcen arbeiten, die uns zur Verfügung stehen. Es sind viele am Ausbildungskonsens beteiligt und haben zugesagt, ihr Bestes zu geben. Damit bin ich sehr zufrieden. Ich bin denen sehr dankbar, dass wir diesen Jugendlichen, die sonst nichts haben, vor allen Dingen keine weitere Motivation haben, etwas anbieten können.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit bin ich bei der Motivation: Es gibt in Berlin eine ganz neue Untersuchung der Abschluss- und

Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen nach der Klasse 10, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Darin wird festgestellt, dass 50 % dieser Jugendlichen auf dem Stand des achten Schuljahres sind. Das ist noch geschönt. Wir müssen hier also etwas tun - deshalb auch der schulische Teil. Es müssen die Sprachfähigkeit und die Mathematikfähigkeit verbessert werden. Aber noch viel wichtiger ist, dass wir das Selbstbewusstsein dieser Jugendlichen verbessern, die oft eine Schulzeit hinter sich haben, die nicht gerade motivierend und oft von Misserfolg gekrönt war. In diesem Werkstattjahr ist vieles möglich, nämlich sich zu beweisen: Ich kann etwas!

Jetzt zum nächsten Punkt der Motivation, den ich für äußerst wichtig halte: Das ist ein Teil dieser dritten Säule. Wenn Teile dieser Ausbildung anerkannt würden - soweit sind wir noch nicht -, dann können wir diese Jugendlichen sehr wohl motivieren, an diesem Werkstattjahr teilzunehmen und dort weitere Erkenntnisse zu erlangen, die sie später einbringen können. Ich halte es für äußerst wichtig, den Jugendlichen diese Möglichkeiten zu geben.

Der dritte Bereich betrifft die oft feststellbaren Verhaltensdefizite - so will ich es mal nennen - von der Pünktlichkeit bis zum Sozialverhalten. Durch häufigeres Miteinander mit vielen verschiedenen Personen ist soziales Lernen nachweislich möglich. Genau daran muss gearbeitet werden. Deswegen halte ich es für wichtig, dass zum einen die zwei Schultage und zum anderen die zwei Tage bei den Anbietern und der dritte Tag noch einmal im Praktikum stattfinden.

(Zuruf von der SPD)

Das heißt für mich aber auch, dass die beiden Schultage stattfinden werden. Ich habe eben mit der Schulministerin gesprochen, die festgestellt und zugesagt hat: Im Werkstattjahr werden diese beiden Schultage stattfinden. Ich glaube, das reicht Ihnen als Antwort auf Ihre Frage. - Schönen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Letzte, was ich zu diesem Thema sagen möchte ist, dass wir hier sehr wohl einen Einstieg in die dritte Säule sehen müssen, in die Möglichkeit gestufte, clustermäßige Ausbildung stattfinden zu lassen, dass wir aber weit darüber hinaus kommen, und auch vertrauensbildende Maßnahmen bei Ausbildungsbetrieben erreichen. Wenn die Ausbildungsbetriebe Jugendliche kennen lernen, über längere Zeit täglich oder wöchentlich erleben, ist die Chance zur Vermittlung wesentlich größer, weil dann erst das Können und das Ken-

nen der Jugendlichen bei den Ausbildungsbetrieben wirklich feststellbar ist.

Lassen Sie mich all denen danke schön sagen, die an dieser Sache beteiligt waren, das in einer recht kurzen Zeit auf die Beine gestellt und für unsere Jugendlichen in diesem Schuljahr auch etwas hergeleitet haben. Immerhin, BUT kaputt gemacht, das hatten andere.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Steffens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Barbara Steffens<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Post, BUT haben andere kaputt gemacht, aber Sie haben dauernd laut getönt: Sie würden das wieder auflegen. Von daher finde ich es etwas heftig, dass Sie das so zum Schluss bringen. Sie wollten es wieder auflegen. Sie haben immer ein hohes qualitatives Niveau eingefordert. Ihre Argumentation gerade ging ja schon ein bisschen in die andere Richtung. Aber - wie gesagt -, schauen Sie sich noch einmal an, was Sie damals alles gesagt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben im Laufe der Diskussion gesehen: Alle wollen etwas für die die Zielgruppe tun. Die Zielgruppe dieser Jugendlichen erreichen, das wollen alle. Die Frage ist nur - das kam ein Stück weit bei dieser Diskussion heraus -, ob dies wirklich das Angebot ist, womit wir die Jugendlichen erreichen, oder ob wir jetzt wieder eine neue Warteschleife drehen. Wenn man mit den Leuten, die in diesen Bereichen tätig sind, vor Ort redet, dann sagen verdammt viele: Das wird eine neue Warteschleife, da wird man vielleicht ein paar mit reinkriegen, aber es wird wieder ein Jahr vergehen, ohne dass es effektiv etwas bringt.

Ich werde in der nächsten Ausschusssitzung vorschlagen - Sie können bis dahin schon einmal darüber nachdenken -, dass wir gemeinsam als Ausschuss mit Experten und Expertinnen dazu eine Anhörung machen und wir uns mit der Frage befassen werden: Ist das ein Instrument, womit wir die Jugendlichen erreichen können, oder werden genau diese Jugendlichen bei dem Angebot wieder hinten herunterfallen? Ich denke, dass wir mit den Experten und Expertinnen sach- und fachgerecht darüber diskutieren können. Ich würde mich freuen, wenn sich dem alle Fraktionen anschließen. Dann brauchen wir nicht mehr hier darüber zu streiten, ob es sinnvoll ist oder nicht,

sondern können das mit den Experten auch detaillierter klären als hier.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Witzel von der FDP-Fraktion.

**Ralf Witzel** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt bei keiner politischen Maßnahme, die man neu beschließt und ausprobiert, von vornherein eine hundertprozentige Erfolgsgarantie. Das ist jedem selbststrebend klar.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Aber wir müssen endlich den Versuch unternehmen, uns mit Maßnahmen, von denen wir glauben, dass sie mehr Erfolge und mehr Perspektive als konzeptionsloses Zuwarten bieten, um Zielgruppen zu kümmern. Wir müssen deshalb auch neue Wege gehen.

Unser Ansatz als Koalition ist es deshalb, dass wir niemanden zurücklassen wollen. Wir wollen jedem in dieser Gesellschaft eine Perspektive bieten und vor allem auch den jungen Menschen, die am Beginn vieler weiterer Entwicklungsprozesse stehen. Das ist auch unser Ansatz in der Sozial- und in der Arbeitsmarktpolitik. Unser Sozialstaatsverständnis ist es nämlich nicht, dass man Leute möglichst lange in institutionellem Leistungsbezug hält, sondern Hilfe zur Selbsthilfe anbietet, Unterstützung gibt und Perspektiven bietet. Man erwartet dann natürlich auch, dass Leute für sich selber einen Beitrag leisten und Verantwortung übernehmen, um für sich eine Perspektive zu erschließen.

Ein Blick auf die rot-grünen Hinterlassenschaften hilft schon weiter, um zu erklären, wo wir heute stehen. Wir haben seit Beginn des Ausbildungskonsenses NRW die schlechteste Versorgungslage auf dem Lehrstellenmarkt - von Ihnen so hinterlassen. Wir haben die größte Anzahl arbeitsloser Jugendlicher: 1 Million insgesamt, 100.000 im Bereich U25. Das haben Sie uns so hinterlassen. Da hatten Sie einmal andere Ziele. Es ist von Rot-Grün viel über Zielsetzungen und Versprechungen in der Vergangenheit gesprochen worden. Ich darf Sie erinnern, dass Harald Schartau zu Beginn der letzten Legislaturperiode hier angekündigt hat, er wolle die Jugendarbeitslosigkeit abschaffen. Das war das Versprechen, was er bis 2005 erreicht haben wollte. Heute haben wir über 100.000 Jugendliche unter 25, die perspektivlos auf der Straße stehen. Das Ganze ist kombiniert

mit den Bildungsproblemen in diesem Land zu sehen, Stichwort: Pisa-Risikogruppe. Ich weiß nicht, ob jedem bewusst ist, welchen Sprengstoff das zukünftig birgt, wenn 25 % bis 30 % der Jugendlichen, bezogen auf die Kernkompetenzen Lesen in der Sprache Deutsch und mathematische und naturwissenschaftliche Grundlagen so große Defizite haben, dass sie entweder in Fragen ihrer persönlichen Lebensführung oder auch für den späteren beruflichen Bezug starke Einschränkungen und Defizite mit sich bringen. Das Ganze ist dann auch noch mit dem in Nordrhein-Westfalen - wie nirgendwo sonst in Deutschland - so stark ausgeprägten Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft verbunden. Das ist die Lage, wo wir heute stehen.

Wenn die neue Koalition neue Wege geht und sich Gedanken macht, wie sie der Zielgruppe, über die wir reden, neue Perspektiven bieten kann, und neue Ansätze wählt, auch wenn wir vielleicht nachher nicht auf 100 % Erfolgsquote kommen, um mehr Jugendliche in eine regelmäßige Lebensführung und in eine berufliche Perspektive zurückzuholen, dann sollten wir, meine ich, diesen Versuch alle gemeinsam unternehmen.

Wie sehen ansonsten die Karrieren der Problemgruppen aus, über die wir hier sprechen? Kollege Stefan Romberg hat darauf hingewiesen, welche Konsequenzen das auch außerhalb des direkten Arbeitsmarktbezuges für die persönliche Lebensführung und für Gesundheitsfragen hat. Ich kann den Ball auch aufnehmen, dass diejenigen, die sonst Jahre perspektivlos auf der Straße sitzen, anfälliger für Kriminalität und andere Karrieren sind.

Wir müssen deshalb dringend die Schulmüden abholen. Wir müssen den jungen Menschen Erfolgserlebnissen vermitteln, die in den letzten Jahren bislang in den klassischen Ausbildungsgängen zu wenig gehabt haben. Deshalb sagen wir als neue Koalition: Praxis statt Warteschleifen ist der richtige Ansatz.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte ausdrücklich hinzufügen: Es ist nicht das einzige Instrument, das wir uns zur Modernisierung der Ausbildung vorstellen. Wir haben Ihnen bereits in der letzten Legislaturperiode einen umfangreichen Antrag vorgelegt. Weitere Punkte, wie Sie wissen, haben wir in der Koalitionsvereinbarung fixiert, die wir umsetzen wollen.

Wir müssen perspektivisch natürlich auch an anderen Stellen neu über theoriegeminderte Kurzausbildungsgänge und über eine stärkere

Modularisierung der Berufsausbildung nachdenken, damit wir auch Leistungseingeschränkten zumindest Teilqualifikationen zertifizieren können und sie im Rahmen eines lebenslangen Lernens, einer Strategie fortlaufenden Lernens auch in späteren Lebensphasen Inhalte nachholen können. All das sind Themen, über die müssen wir im Gesamtpaket noch einmal beraten. Das hier ist aber ein sehr wichtiger und richtiger Einstieg.

Herr Bischoff, gestatten Sie mir angesichts Ihrer Skepsis, die Sie zwischendurch geäußert haben, noch einen klaren Hinweis. Sie haben Ihre Bedenken geäußert, ob das in der Praxis auch wirklich angenommen wird und ob das die richtige Maßnahme für die Zielgruppe und dieser Jugendlichen ist. Ich bin der festen Überzeugung und sage Ihnen ganz offen: Genauso wie der Staat in der Verantwortung steht, für Problemgruppen neu nachzudenken und neue Angebote zu machen, genauso sehe ich die Jugendlichen in der Verantwortung, dass sie, wenn sie diese Perspektive, diesen Mix aus unterschiedlichen Komponenten in der Praxis geboten bekommen, dann auch gewissenhaft die Angebote annehmen, sich einbringen, sie als neue Chance für sich erkennen, an den Maßnahmen regelmäßig teilnehmen und auch selber aktiv den Erfolg wollen.

Ich glaube, dass der Staat diesen Anspruch den Jugendlichen gegenüber auch artikulieren kann und sollte. - Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Um das Wort hat jetzt der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Minister Laumann, gebeten. Bitte schön.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Opposition auch ihre Meinung zu dem Werkstattjahr gesagt hat, möchte ich gerne die eine oder andere Anmerkung machen:

Der erste Punkt ist, dass man ganz ruhig feststellen muss, dass die alte Landesregierung fast die gesamte Arbeitsmarktpolitik eingestellt hat, als die Hartz-Gesetzgebung kam mit der Begründung: Dafür seien jetzt die ArGen und die Optionskommunen zuständig.

Man war immer weniger in der Lage, die Kofinanzierung für die Europamittel, die immer schon eingesetzt wurden, aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Das ist doch die Wahrheit.

Und dass ich in der Lage bin, dieses Werkstattjahr hier anzubieten, liegt einzig und allein daran, dass wir die Idee hatten, hinsichtlich der Kofinanzierung durch die Europäische Union vorzuschlagen, dass die Kofinanzierung in den zwei Berufsschultagen liegt, die wir heute schon finanzieren. Das war die Grundidee für das Werkstattjahr.

Frau Steffens, ich kann mir auch viele andere Maßnahmen vorstellen. Aber das Problem hat nun einmal mit dem Landeshaushalt zu tun - das war bei Ihnen so, das ist bei uns so -: In diesem Land ist nun einmal 40 Jahre lang mehr Geld ausgegeben worden als eingenommen wurde. Deswegen können wir immer weniger gestalten. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich kann mir noch so viele Programme ausmalen: Ich brauche aber eine Idee zur Kofinanzierung. Sie müssen mir schon Recht geben, dass diese Grundidee eine klasse Idee ist. Darauf lege ich schon einmal Wert.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein zweiter Punkt ist mir auch sehr wichtig. Wir sollten uns hier im Hohen Haus darüber im Klaren sein, worüber wir reden, über welche Menschen wir reden. Als ich vor über 30 Jahren in der Berufsschule war - ich bin noch einer der seltsamen Menschen, die eher einen Gesellenbrief hatten als einen Führerschein, was nicht daran lag, dass ich zu doof war, einen Führerschein zu machen -, da gab es diese Klassen auch schon. Sie hießen damals Jungarbeiterklassen. Die Schüler gingen ein oder zwei Tage zur Berufsschule, sie hatten aber einen Arbeitsplatz, weil sie - wie wir damals im Volksmund sagten - eine Stelle als Hilfsarbeiter - später nannte man es angelernte Kräfte - in der Industrie gefunden hatten. Es waren junge Leute, die kamen mit 14, 15 Jahren aus der Schule. Sie hatten einen Arbeitsplatz und machten keine Lehre. Damals gab es diese Arbeitsplätze noch.

Deshalb hatte man gesagt: Es muss eine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr geben. Sie sollen auch weiterhin zwei Tage - oder damals einen Tag - in der Woche zur Berufsschule gehen. Diese Klassen gibt es - sie nannten sich immer mal wieder anders; man fand immer modernere Ausdrücke, die sich etwas besser anhörten - auch heute noch, aber im Grundsatz handelt es sich um das gleiche Klientel.

Aufgrund der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten 30 Jahre ist Folgendes passiert: Die Arbeitsplätze für junge Leu-

te, die keine Lehre machen wollen, keine Lehre machen können, gibt es nicht mehr. Aber dieser Berufsschulanteil ist geblieben. Dann fehlte eben die berufliche Betätigung.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Steffens?

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein, gleich. Lassen Sie mich erst einmal im Zusammenhang ausführen.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Sagen Sie mir dann Bescheid?

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja. - Dann hat sich jahrelang niemand um diese Frage gekümmert. Als ich Ende Juni ins Amt kam und mir in den ersten Tagen vorstellen ließ, was wir denn in der Arbeitsmarktpolitik und was wir denn im Ausbildungskonsens machen, sagte mir die Fachabteilung: Herr Laumann, da ist noch ein Problem. Es gibt in diesem Land 17.000 oder 20.000 Leute, um die sich seit Jahren niemand, ja niemand gekümmert hat. - Das ist die Wahrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann habe ich gesagt: Dann lasst uns doch einmal schauen, wie wir etwas hinkriegen. Wie sieht es denn mit der Kofinanzierung aus? Und denkt daran, dass wir ja die Berufsschule haben. - So ist das entstanden.

Jetzt hätte ich sagen können: Lasst uns das alles in Ruhe vorbereiten. Wir werden es mit allen Leuten in den Regionen in Ruhe besprechen und hin und her wälzen. Dann führen wir es zum 1. August nächsten Jahres ein. - Das hätte ich machen können. Ich habe aber gesagt: Nein, jetzt gebt einfach einmal Gas.

Nun will ich Ihnen etwas Weiteres vortragen, was man zur Beurteilung dieser Sache ebenfalls wissen muss. Wir haben in der Landesregierung vor, dieses Werkstattjahr nicht ein Programm sein zu lassen, das wir jetzt mal durchführen. Vielmehr sind die Schulministerin, Frau Sommer, und ich uns sehr einig darin, dass dieses Werkstattjahr ein kontinuierliches Angebot sein soll, das wir Jahr für Jahr wiederholen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es soll sich auch einbürgern, dass es neben dem einen Tag oder den zwei Tagen Berufsschule auch die Werkstatt gibt.

Das Angebot - das sage ich Ihnen auch - muss aber freiwillig bleiben, weil Sie es sonst nicht über ESF-Mittel finanzieren können. Überall dort, wo es in diesem Land in der Gestaltung der Leistungsgesetze einen Rechtsanspruch gibt, können Sie nämlich keine ESF-Mittel einsetzen. Das ist der Punkt. Das müssen Sie in Bezug auf die Systematik, wie sie nun einmal ist, einfach wissen.

Es ist auch neu, dass wir als Land Nordrhein-Westfalen allen unter 18 Jahren, die keine Lehrstelle und keinen Arbeitsplatz haben - egal, ob es 17.000 oder 23.000 sind -, ein Angebot machen, neben Schule auch ihre praktischen Fähigkeiten zu entwickeln. Jedem machen wir dieses Angebot. Das hat es hier noch nie gegeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das sollte man auch einmal so zur Kenntnis nehmen. Ich kann mir schon vorstellen, was bei Ihnen vorgeht. Sie sind einfach ein bisschen sauer über sich selber, dass Sie diese Idee nicht gehabt haben. Das ist der ganze Punkt.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Steffens, zu Recht haben Sie einen Punkt angesprochen, über den ich mir auch Gedanken mache. Ich bin auch persönlich sehr gespannt darauf, wie viele Jugendliche wir in diesen Klassen haben werden. In ein paar Wochen werden wir das ja wissen. Die Jugendlichen werden zurzeit ja wie in jedem Jahr gezählt. Dann werden wir sehen, wie viele das machen. Darauf bin ich selber gespannt. Wenn es dann weniger als 10.000 sein sollten, werfen Sie mir das bitte nicht vor. Es ist für unsere Gesellschaft aber ja einmal eine Erkenntnis, wenn man weiß, wie denn die Motivation ist, ein solches sinnvolles Angebot, das man den Leuten macht, anzunehmen. Darauf bin ich selber ein Stück weit neugierig.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sage Ihnen auch ganz offen Folgendes: Meine Fachabteilung hat sich auch in Berufskollegs in die Klassen gesetzt, um ein bisschen ein Gespür zu bekommen, was das denn für Jugendliche sind, über die wir reden. Es gibt ein Zitat von einem sehr erfahrenen Lehrer in diesem Bereich, der gesagt hat: Seid nicht so sauer, wenn nicht alle kommen; denn in den Klassen gibt es auch das Problem, dass viele Gutwillige deswegen nicht gut lernen können, weil es einige gibt, die den Unterricht fast unmöglich machen.

(Beifall von der CDU)

Wenn dann alle Gutwilligen kommen, die etwas aus sich machen wollen, bin ich erst einmal ziem-

lich zufrieden. So muss man es auch angehen, glaube ich. Es ist klar, dass wir uns dann ansehen müssen, wie das läuft, wo wir es noch ergänzen und wo wir den Berufsschulunterricht im Werkstattjahr inhaltlich unter Umständen ein bisschen verändern müssen. Das wird auch ein Prozess sein, den man schlicht und ergreifend entwickeln muss.

Noch eine Antwort auf die Frage: Woher kriegt ihr die Praktikumsplätze? - Wir haben ja ganz bewusst gesagt, dass wir dieses Werkstattjahr mit wirtschaftsnahen Trägern machen wollen. Dort werden vor allen Dingen die HBZ des Handwerkes und auch anderer Kammern eine Rolle spielen. Und Folgendes ist eine ganz klare Sache: Wir werden die Entscheidung, ob die Träger dies im nächsten und übernächsten Jahr wieder machen dürfen, entscheidend davon abhängig machen, wer die Praktikumsplätze gebracht hat. Das wissen die Träger auch. Die Träger können nicht einfach sagen: Wir machen jetzt die Werkstatt und kümmern uns nicht um die Praktikumsplätze. - Es ist die Aufgabe der Träger, die wir mit diesem Programm auch dafür bezahlen, sich auch um die Praktikumsplätze zu kümmern. Ich habe meiner Fachabteilung gesagt: Diejenigen Träger, die die Praktikumsplätze nicht hinkriegen, werden eben irgendwann aus diesem Programm ausscheiden müssen, und wir nehmen Träger, die es besser hinkriegen. - Es wird eine entscheidende Voraussetzung sein, dass die Dinge auch einigermaßen funktionieren.

Wir haben das Ganze sehr flexibel ausgestaltet. Wir sagen nicht stur: Wir wollen einen Tag Werkstatt, also Praktikum, sondern es können auch Blöcke sein, die etwa in den Ferien liegen, um das vernünftig hinzukriegen.

Deswegen möchte ich Sie alle - auch die Abgeordneten der Oppositionsfractionen, unabhängig von dem, was sie hier im Parlament dazu sagen - wirklich bitten, dass Sie in Ihren Wahlkreisen, in den Kreisberufsschulen Werbung für dieses Ausbildungsjahr machen, damit es bei den jungen Leuten bekannt wird, dass es dieses Angebot gibt.

Ich bin auch gerne bereit, dass wir darüber nachdenken und reden, wie man es Stück für Stück noch besser machen kann. Ein solches gigantisches Programm wird am Anfang immer ein bisschen hoppeln. Das sage ich Ihnen jetzt schon voraus. Ich denke, dass wir später auch einmal schauen müssen, wie man es ein bisschen mehr mit ArGen verzahnen kann - auch mit den Arbeitsmarktmitteln, die in ArGen sind, die sonst ja

gar nicht ablaufen. All diese Dinge kann man machen.

Tun Sie mir aber bitte einen Gefallen, Frau Steffens: Lassen Sie das Ganze jetzt einmal anlaufen. Lassen Sie uns dann etwas Erfahrung sammeln. Anschließend können wir eine Auswertung machen - und nicht jetzt, bevor wir überhaupt angefangen haben. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Da die Zwischenfrage nicht zugelassen wurde, hat Frau Kollegin Steffens sich noch einmal zu Wort gemeldet. Frau Steffens, Sie haben das Wort.

**Barbara Steffens**<sup>1)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich mich nur zu einer Frage gemeldet. Aber die hat der Herr Minister nicht mehr zugelassen.

Sie haben es so dargestellt, als sei die Kofinanzierung über den Schuletat etwas vollkommen Neues. Sind Sie sich darüber im Klaren, das die Kofinanzierung von BuS, die in der letzten Legislaturperiode umgesetzt wurde, auch über den Schuletat gelaufen ist?

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie ist zum Hauptkritikpunkt Ihrer Fraktion geworden.

(Beifall von der SPD - Hannelore Kraft [SPD]: Ja!)

Genau das war der Aufschrei Ihrer Fraktion. Sie hat gesagt: Diese Kofinanzierung soll nicht über diesen Etat erfolgen.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Ich habe gesagt: Ich bin trotzdem bereit, darüber nachzudenken, ob es jetzt sinnvoll ist. Aber Sie können das nicht als glänzende, glorreiche und neue Idee von Ihnen verkaufen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das habe ich doch nicht gemacht!)

Diese Idee hatten wir auch schon.

Zweitens. Ich finde Ihre Aussage „Lassen Sie uns in einem Jahr einmal bilanzieren, ob es klappt“ in Anbetracht der Situation der Jugendlichen nicht angemessen.

Ich fand meinen Vorschlag ziemlich konstruktiv: Ich möchte gern, dass wir im Ausschuss mit den Experten diskutieren, ob es so funktionieren kann. Sie können das Projekt ruhig schon einmal starten. Wir sollten aber trotzdem früher diskutieren.

Denn im ganzen Land sagen Experten: Das geht so nicht; Sie erreichen die Jugendlichen nicht! - Ich finde es den Jugendlichen gegenüber nicht angemessen zu sagen: Lassen Sie uns jetzt nicht diskutieren; wir diskutieren hinterher, ob es etwas geworden ist oder nicht.

Ich halte daran fest und finde es wichtig, jetzt mit Experten und Expertinnen zu diskutieren, ob das der richtige Weg ist. Wenn eine Mehrheit meint, das sei nicht der richtige Weg, müssen wir uns damit befassen, auch in einem laufenden Prozess Dinge zu korrigieren und zu verändern. Das ist das Recht des Parlaments. In Anbetracht der Situation der Jugendliche halte ich das für das Mindeste, was wir als Abgeordnete des Landtags in einer solchen Situation tun müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Zu Wort gemeldet hat sich jetzt Herr Abgeordneter Henke von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Rudolf Henke** (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich habe für jede Diskussion Verständnis.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber? - Unruhe - Glocke)

Ich habe auch für jede Abgrenzung voneinander Verständnis. Ich nehme auch wahr, dass es nicht nur bei der Ausbildungsplatzabgabe, sondern auch bei der Bewertung dieses Werkstattjahres zwischen den Oppositionsparteien verschiedene Akzentsetzungen gibt.

Nur eines, Frau Steffens: Das Verfahren, das Sie jetzt vorschlagen, bedeutet doch nichts anderes, als dass Sie die Koalitionsfraktionen dazu auffordern,

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein, nein!)

die Vorbereitungen für das Werkstattjahr zu stoppen, die das laufende Ausbildungs- und Schuljahr betreffen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein! - Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Damit wollen Sie es abhängig machen von irgendwelchen Debatten zwischen denjenigen, die Sie zu einer theoretischen Stellungnahme auffordern, ob man es machen soll oder nicht.

(Beifall von CDU und FDP - Barbara Steffens [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt! - Rai-

ner Schmelzter [SPD]: Zuhören ist die Kunst des Parlamentarismus! - Weitere Zurufe)

Das machen wir nicht mit. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP - Weitere Zurufe)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat zwar ihr Kontingent bis auf ...

(Zurufe)

Ich darf um Aufmerksamkeit bitten.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Herr Henke soll doch zuhören! - Weitere Zurufe)

- Es ist schwer, bei dem Lärmpegel zuzuhören. Ich wäre dankbar, wenn man mir jetzt zuhören würde.

(Anhaltende Unruhe)

Die Landesregierung hat ihr Kontingent an Redezeit zwar bis auf drei Sekunden erschöpft, aber Frau Ministerin Sommer hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Nach unserer Geschäftsordnung kann sie das tun. Das verlängert anschließend die Redezeit-Kontingente der Fraktionen, um dazu Stellung nehmen zu können.

**Barbara Sommer**, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ich es in drei Sekunden schaffe. Ich werde meine Ausführungen auf das Wesentlichste reduzieren: Eben ging ich hinaus, um eine Besuchergruppe kurz zu begrüßen. Diese Besuchergruppe hat unaufgefordert gesagt - und das müssen wir uns merken -: „Danke, dass ihr das für uns tut!“

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmelzter [SPD]: Ich dachte, jetzt kommt eine Aufklärung zu den Dingen, zu denen Sie eben nichts gesagt haben! - Weitere Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich sehe aber Ihren Gesichtern an, dass Sie sich freuen, dass wir jetzt zur Abstimmung kommen.

(Allgemeine Heiterkeit - Rainer Schmelzter [SPD]: Ja!)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 14/535** der

Fraktionen der CDU und der FDP. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen mit Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

### **3 Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/471 - Neudruck

Ich eröffne die Beratungen und gebe als erster Rednerin der Abgeordneten Kastner von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Marie-Theres Kastner** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft steht für die Koalition im Mittelpunkt. So stand es in unseren Wahlprogrammen. So haben wir es auch in unserem Koalitionsvertrag festgehalten. Ich zitiere:

„Nordrhein-Westfalen soll wieder ein Land der Kinder sein. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft müssen Mütter, Väter und ihre Kinder konsequenter unterstützen und fördern.“

Familien stehen heute mehr denn je vor vielfältigen Herausforderungen. Die Anforderungen im Beruf und im Privatleben steigen. Von Männern und Frauen wird im Beruf zunehmend mehr Mobilität, Flexibilität und die Bereitschaft zum Besuch von Weiterbildungen verlangt.

Dabei erfahren die Qualitäten von Männern und vor allem von Frauen, die sie gerade dadurch entwickeln, dass sie Väter und Mütter sind, nur langsam Anerkennung in unserer Berufswelt.

Die schwierige ökonomische Lage verschärft die Situation, der sich Familien heute ausgesetzt sehen, und führt zunehmend dazu, dass Menschen ihren Kinderwunsch immer weiter aufschieben oder gar nicht erst erfüllen.

Aus den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen zum Beispiel erfahren wir, wie häufig gerade die wirtschaftlichen Zwänge, der Kampf um den Arbeitsplatz und das damit gesicherte Familien-

einkommen, das Leben von Kindern schon in der Existenz gefährden. Es gilt, dem wirksam zu entgegenen.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag wollen wir hierzu einen Beitrag leisten. Kindertageseinrichtungen sollen zu Familienzentren weiterentwickelt und ausgebaut werden. Kindertageseinrichtungen sollen dazu selbstverständlich an erster Stelle weiterhin Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder sichern. Dies ist ihr primärer Auftrag. Kinder sollen altersgemäß gefördert werden.

Mit der Weiterentwicklung und dem Ausbau zu Familienzentren wollen wir aber zusätzlich auch ein Angebot für Eltern schaffen. Familienzentren sollen Orte werden, an denen Eltern bei der Bildung und Erziehung ihrer Kinder bei Bedarf die notwendige Unterstützung und fachlich kompetente Hilfe erhalten können. Wir wollen das auch in Konsequenz aus Pisa. Gerade in dieser Studie wurde immer wieder betont, wie wichtig es sei, dass der soziale und familiäre Hintergrund stimmt.

Wir wissen, dass viele Familien Unterstützung bei der Bewältigung des Alltagslebens gebrauchen können. Es gibt sie, die vielen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen, in denen Hilfs- und Beratungsangebote bereitgehalten werden. Häufig finden jedoch gerade die Menschen, die eine entsprechende Unterstützung dringend bräuchten, nicht den Weg zu diesen Einrichtungen.

Warum entwickeln wir Familienzentren gerade aus Kindertagesstätten? Lassen Sie mich dies näher ausführen: Der überwiegende Anteil der nordrhein-westfälischen Kinder, etwa 90 %, besucht im entsprechenden Alter eine Kindertagesstätte. Die Mitarbeiter der Kindertagesstätten stehen über die Kinder auch in Kontakt zu den Eltern. Väter und Mütter bringen ihre Kinder in die Einrichtungen oder holen sie wieder ab. Durch den ständigen Kontakt mit den Erzieherinnen und anderen Eltern entsteht in der Regel ein Vertrauensverhältnis, welches an anderer Stelle erst mühsam aufgebaut werden müsste.

Bei diesem Vertrauensverhältnis wollen wir ansetzen. Häufig erfahren Erzieherinnen und Erzieher von Problemen in Familien. In einem Familienzentrum können sie den Familien die erforderliche Unterstützung und fachliche, kompetente Hilfe empfehlen und vermitteln. Die Familienzentren gewährleisten genau das, was sie dringend brauchen - ein niederschwelliges Angebot. Bildungs-, Unterstützungs- und Beratungsangebote sollen hierdurch einfacher und für alle zugänglicher gemacht werden.

Dies ist auch gerade vor dem Hintergrund bedeutsam, dass immer mehr Familien über eine Zuwanderungsgeschichte verfügen. Wir wollen die Alltagsnähe der Kindertagesstätten nutzen, um die Menschen an dem Punkt abzuholen, wo sie sich gerade befinden. So werden Familienzentren zu sozialen Knotenpunkten ganz in der Nähe der Familien.

In den letzten Tagen bin ich häufig gefragt worden, ob nicht auch Jugend- oder Bürgerzentren zu Familienzentren ausgebaut werden könnten. Prinzipiell bin ich für alles offen. Man muss da sicherlich Konzepte sehen und prüfen. In der Regel sollte aber wegen der vorhin genannten engen Beziehungen der Eltern zu den Kindertagesstätten weiterhin die Kindertagesstätten im Fokus stehen bleiben.

Was wollen wir mit den Familienzentren? - Grundsätzlich gilt für uns, dass wir keine neuen Hilfs- und Beratungsstrukturen aufbauen wollen. Es geht darum, die bereits vorhandenen Angebote sinnvoll miteinander zu vernetzen. Wir wollen auf die wertvollen Kompetenzen und Erfahrungen der vorhandenen Einrichtungen nicht verzichten. Das können wir uns aus fachlicher Sicht, aber auch mit Blick auf den Haushalt gar nicht anders leisten.

Vielmehr wollen wir die vorhandenen Angebote zum Wohl und Nutzen der Familien zusammenführen, wobei die Kindertagesstätten - wie gesagt - Dreh- und Angelpunkt sein sollen. Die Kindertagesstätten sind damit die zentrale Einrichtung, bei der alle Fäden zusammenlaufen. Hier erreichen wir Menschen in Alltagssituationen und können auch individuelle Unterstützung bieten.

Um welche Angebote soll es gehen, meine Damen und Herren? - Wir haben zwar grundsätzlich Vorstellungen, auf die ich gleich zurückkomme, aber prinzipiell gilt zunächst einmal eins: Die Träger vor Ort wissen, welche Detailangebote man braucht. Das Land ist bunt, und das soll und wird sich auch in den Familienzentren niederschlagen.

Noch einmal: Die Art der Zusammenarbeit hängt von den Verhältnissen vor Ort, den bereits vorhandenen Räumlichkeiten und Strukturen und nicht zuletzt oder vielleicht in ganz besonderer Weise vom Ideenreichtum der Träger ab. Wirksamkeitsaspekte sind bei der Frage der Ausgestaltung und der Art der Zusammenarbeit von zentraler Bedeutung.

Es gibt bereits einige Einrichtungen in unserem Land, die man als Familienzentrum bezeichnen kann. Diese Einrichtungen sind in der Tat schon heute recht unterschiedlich. So gibt es beispiels-

weise Einrichtungen wie den „Blauen Elefanten“ in Essen, bei dem die Bildungs-, Hilfs- und Beratungsangebote unter einem Dach angeboten werden. Kinder und Eltern werden hier in einem Haus umfassend versorgt. Dies ist eine denkbare Form und auch nur unter den idealtypischen Bedingungen wie in Essen realisierbar.

Daneben gibt es aber auch andere Einrichtungen, die bereits vorhandene Beratungsangebote im Sinne einer engen Kooperation vernetzt haben. Hier können wir uns vorstellen, dass die Kindertageseinrichtungen die Koordination und Vermittlung der entsprechenden Angebote übernehmen. Sie sollen an die jeweiligen Experten vermitteln und den Familien damit den Weg im Angebotsdschungel von Beratung und Unterstützung weisen. Häufig wird es Aufgabe sein, erst einmal aufzuzeigen, dass es Wege aus einer Krise geben kann.

Nun zu den konkreten Angeboten der Familienzentren:

Erstens. Familienzentren sollen den Auftrag von Bildung und Betreuung wahrnehmen und eine so früh wie möglich einsetzende Förderung gewährleisten. Wir wollen, dass über Familienzentren dabei auch verstärkt Betreuungsplätze für unter Dreijährige angeboten werden. Die derzeitige Versorgungsquote von 2,8 % ist äußerst unbefriedigend und muss daher deutlich verbessert werden. Deshalb sollen Familienzentren auch zu Vermittlungszentren für qualifizierte Tagesmütter und Tagesväter werden.

Zweitens. Familienzentren sollen auch Zentren für die vorschulische Sprachförderung werden. Immer mehr Kinder mit oder ohne Migrationshintergrund haben erhebliche sprachliche Defizite. Hier gilt es frühzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und vorschulische Sprachkurse anzubieten.

Drittens. Familienzentren sollen den Übergang in die Schule erleichtern. Hierzu sollen Familienzentren und Schulen zum Wohl der Kinder enger zusammenarbeiten. Schließlich ist der Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule ein für die Kinder und deren weitere Entwicklung wie auch für ihre Eltern entscheidender Schritt, der möglichst reibungslos verlaufen sollte.

Viertens. Familienzentren sollen mit der Familienbildung und -beratung enger kooperieren und die entsprechenden Angebote bei Bedarf vermitteln, wobei wir uns gerade bei der Beratung einen Lückenschluss erhoffen, wissen wir doch, dass es nicht immer die Einzelberatung sein muss, son-

dern auch allgemeine Beratung und Fachvorträge oder Angebote in Gruppen hilfreich sein können.

Fünftens. Familienzentren können auch generationsübergreifend Projekte wahrnehmen und damit vor allem das bürgerschaftliche Engagement der Menschen vor Ort stärken.

Sie sehen, die von uns beantragten Familienzentren sollen ein breites Aufgabenspektrum wahrnehmen. Mit den Familienzentren und den Ganztagschulen wollen wir Schritt für Schritt in Nordrhein-Westfalen ein lückenloses, bedarfsgerechtes und verlässliches Betreuungsgefüge aufbauen, das hohen pädagogischen Anforderungen standhält.

Im Interesse und zum Wohle der Familien, der Kinder und ihrer Eltern wünschen wir uns eine sinnvolle Vernetzung der bereits bestehenden Strukturen und eine neue Art der Zusammenarbeit. Das Rad soll nicht neu erfunden werden, aber Einrichtungen und Träger sollen sich - wie es zum Teil bereits geschieht - für neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit öffnen und damit ihr fundiertes Wissen und ihre Erfahrung einbringen.

Ich bin davon überzeugt, alle werden hiervon profitieren - Kinder, Eltern und letztlich auch unsere Gesellschaft, die hierdurch kinder- und familienfreundlicher wird. Familienzentren werden berufstätige Frauen dabei unterstützen, Familien- und Erwerbsarbeit miteinander zu vereinbaren.

Unser Ziel ist es, bis zum Ende der Legislaturperiode flächendeckend Familienzentren in Nordrhein-Westfalen zu etablieren. Ich weiß, dass der Gedanke der Familienzentren auf große Akzeptanz stößt. Viele Träger und Einrichtungen machen sich bereits Gedanken. Ich wünsche mir deshalb, dass wir bereits in Kürze die ersten Zentren eröffnen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Sinne der Familien bitte ich darum, diesen Antrag zu unterstützen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Lindner von der FDP-Fraktion das Wort.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Lebenssituation von Kindern und ihren Familien hat sich in den letzten Jahren verändert. Frau Kastner hat darauf hingewiesen. Kinder erleben Familien heute leider als instabil. Die Kinder selbst werden früher als eigenständige Persönlichkeiten wahrgenommen

und gefördert. Eltern sind aufgrund der Trends zur Verinselung und der Anforderungen an ihre Mobilität vielfach mit ihrem Erziehungsauftrag auf sich allein gestellt, und in Zeiten der Super-Nanny hat man den Eindruck, sie sind verschiedentlich auch mit ihrem Erziehungsrecht überfordert. Häufig genug konzentrieren sich gesellschaftliche Benachteiligungen bei Familien, insbesondere bei Familien mit Zuwanderungsgeschichte.

Diese Zustandsbeschreibung ist nicht spezifisch nordrhein-westfälisch; sie ist international feststellbar. Deshalb sind etwa in Großbritannien schon vor über einem Jahrzehnt sogenannte Early Excellence Centre gegründet worden, die Bildung, Betreuung und andere familienunterstützende Leistungen aus einer Hand anbieten wollen. Auch in Deutschland wurden bereits vor zehn Jahren entsprechende Innovationen im Rahmen des Projekts „Häuser für Kinder“ des Deutschen Jugendinstituts erprobt.

Systematisches gemeinsames Merkmal des britischen Modells wie auch der Häuser für Kinder, der Familienzentren und anderer Angebote dieser Art sind die innere und die äußere Öffnung der Arbeit:

Einrichtungen öffnen sich nach innen durch die Weiterentwicklung und Ergänzung ihres Angebots, um neuen Bedürfnissen von Kindern und Familien entsprechen zu können. Von der Bereitschaft zum Gespräch mit Eltern über deren Erziehungsprobleme über gezielte Sprachförderungsmaßnahmen bis etwa hin zu Eltern-Kind-Kursen für Scheidungsfamilien sind da ganz unterschiedliche, an den örtlichen Bedarfslagen orientierte Angebote denkbar.

Einrichtungen öffnen sich andererseits nach außen, indem sie sich mit anderen Akteuren der Jugend- und Familienhilfe und dem Leben in ihrem Standteil eng vernetzen. Familienzentren können und sollen aus ökonomischen Gründen all diese Angebote auch nicht selbst vorhalten - wir wollen keine Doppelstrukturen -, sondern sie sollen eine Drehscheibenfunktion im Sozialraum einnehmen und Wege zu anderen Hilfsangeboten für Familien ebnen.

Vielfach sind aus der guten Praxis in Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen entsprechende Angebotsprofile entstanden. Es ist auf die beiden Einrichtungen des Blauen Elefanten in Essen hingewiesen worden. In der nächsten Woche werde ich in Dormagen das dortige Haus der Familie besuchen. Es gibt auch viele andere.

Flächendeckend ist eine solche Weiterentwicklung der Arbeit von Kindertageseinrichtungen in

Nordrhein-Westfalen aber leider nicht feststellbar. Im Gegenteil, im Rahmen der Erprobungsmaßnahmen nach § 21 GTK sind entsprechende Initiativen und Vorhaben seitens der rot-grünen Vorgänger-Landesregierung vor einigen Jahren sogar ausdrücklich untersagt worden.

Die Förder- und Arbeitsbedingungen in Kindertageseinrichtungen sind in den vergangenen Jahren immer weiter verschlechtert worden, beispielsweise durch Veränderungen im Personalschlüssel in den Jahren nach 1998, durch die erleichterte Überschreitung der Regelgruppengröße von 25 Kindern und nicht zuletzt durch die Kürzung von über 100 Millionen € Betriebskostenförderung im laufenden Doppelhaushalt. Zur Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen tut deshalb eine neue Initiative not. Unser mittelfristiges Ziel muss ein neues Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder sein, das Antworten auf die unterschiedlichen, sich neu stellenden Fragen gibt.

FDP und Union haben in ihrer Koalitionsvereinbarung zum Ausdruck gebracht, dass sie gemeinsam die Förder- und Arbeitsbedingungen in allen 9.500 nordrhein-westfälischen Kindertageseinrichtungen verbessern werden. Dazu gehört: Kinder sollen bestmöglich in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gefördert werden. Insbesondere Kinder mit Zuwanderergeschichte sind in Nordrhein-Westfalen viel zu lange vernachlässigt worden. Dazu gehört auch, dass Familien in ihrer Gründungsphase begleitet werden und überall dort Unterstützung erfahren, wo sie sich überfordert fühlen.

Für diese beiden Ziele, Herr Finanzminister, sollten die etwa 90.000 Plätze, die aufgrund des demographischen Wandels bis zum Jahr 2010 in Kindertageseinrichtungen nicht mehr benötigt werden, sowie die ebenfalls sicherlich 90.000 Plätze, die durch die vorgezogene Einschulung frei werden, trotz der schwierigen Haushaltslage zumindest teilweise weiter im System Kindertageseinrichtungen finanziert werden.

Mit diesen quantitativen Spielräumen kann die qualitative Weiterentwicklung des Elementarbereichs angestoßen werden. Wie sich diese dann konkret darstellen wird, wird von den örtlichen Gegebenheiten abhängen. Deshalb muss es unter der Überschrift „Ermöglichen statt steuern“ darum gehen, Innovationen fachlich anzuregen, aber nicht deren Ergebnisse im Einzelnen vorzugeben.

In einem ersten Schritt wird dazu, wie der Minister angekündigt hat, jeweils mindestens ein Familienzentrum als Pilotprojekt in jedem Jugendamtsbezirk einzurichten sein. Wir versprechen uns davon

einerseits fachliche Anstöße für diese Kommunen, andererseits aber auch wichtige Rückmeldungen zu den vom Land zu schaffenden Rahmenbedingungen. Mit dem Nachtragshaushalt, den wir gestern beraten haben, und mit dem heute von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Antrag begeben wir uns auf diesen Weg. Die beiden Oppositionsfraktionen sind herzlich eingeladen, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Als nächste Rednerin hat Frau Altenkamp von der SPD-Fraktion das Wort.

**Britta Altenkamp (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lindner, für die Einladung bedanken wir uns ganz herzlich. Wir hätten es aber ganz sicher auch ohne diese Einladung getan, diesen Prozess zu begleiten und mit Ihnen darüber zu diskutieren. Denn es geht uns bei dem Thema Familienzentren nicht darum, ein Haar in der Suppe zu finden, sondern darum, Dinge zu entwickeln und weiterzuentwickeln.

Sie führen mit dem Thema Familienzentren heute einen neuen Begriff ein, aber keinen wirklich neuen Ansatz. Sie haben es schon selber eingeräumt: Es gibt auf der Bundesebene, gefördert vom Bundesfamilienministerium, die Eltern-Kind-Zentren. Es gibt das Haus des Kindes, das Haus für Kinder. Es gibt ganz unterschiedliche Ansätze; sie sind zehn, fünfzehn Jahre alt und greifen peu à peu im Land immer weiter um sich.

Vieles in Ihrem Antrag, was Sie jetzt in der Diskussion angeführt haben, bleibt allerdings vage. Ich will einige Anmerkungen für unsere Fraktion machen:

Erstens. Ich glaube, dass wir alle gemeinsam aufpassen müssen, dass wir es nicht zu einer Überforderung der Kitas kommen lassen. Das muss klar sein. Wir haben in den letzten Jahren aus allen Fraktionen heraus unterschiedliche Anforderungen an die Kitas gestellt. Wir haben zum Teil das Thema Stärkung des Bildungsauftrags sehr intensiv diskutiert. Wir haben die Frage der interkulturellen Erziehung in den Kindertageseinrichtungen auch sehr intensiv diskutiert.

In den letzten Jahren ist sehr intensiv in der Fachszene diskutiert worden, sich mit der Aufgabenstellung des Übergangs zur Schule stärker zu beschäftigen. Die Betreuung der unter Dreijährigen, nicht zuletzt durch die Umsetzung des TAG, ist auch eine Anforderung, die wir an die Kitas gestellt haben.

Zweitens. Für die Sozialdemokraten ist es wichtig, dass bei der gesamten Diskussion um Familienzentren klar bleibt: Kitas sind Orte für Kinder. Kinder stehen in den Kitas im Mittelpunkt. Das heißt, die gesamte Palette der Erwachsenenberatung - Schuldnerberatung, Ehe-, Familienberatung, Lebensberatung, Suchtberatung - um die Kita herum zu gruppieren, würden wir für den falschen Ansatz halten.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP]: Das steht hier!)

Es geht uns vor allen Dingen um die Stärkung der Kita als Lotse in der Beratungsstruktur für Erwachsene in ihrer Rolle als Eltern.

(Beifall von der SPD)

Eltern brauchen Unterstützung - das ist überhaupt keine Frage - und Eltern brauchen zum Teil Hilfen, auch niedrigschwellige Angebote. Deshalb die Weiterentwicklung der Modellprojekte, die ich angesprochen habe.

Drittens. Sie machen leider keine konkreten Vorschläge, wie die einzelnen Zentren in den Kommunen aussehen. Das ist im Grunde im jetzigen Stadium nicht schlecht und nicht schlimm, weil es eine Menge Möglichkeiten gibt, da noch zu diskutieren und die Erwartungshaltung in die eine oder andere Richtung deutlich zu machen.

Also kann es in der Diskussion im Fachausschuss nur darum gehen, dass wir grobe Anforderungsprofile formulieren und Diskussionen schaffen, die Träger und Kommunen gleichermaßen einbeziehen. Aber uns geht es dabei vor allen Dingen um die Träger.

Viertens. Für uns ist die Fixierung auf die Kita als der Ort, um den herum es stattfinden soll, nicht unbedingt so schlüssig. Um wirklich zu Familienzentren zu kommen, sollten wir den Weg der engmaschigen Vernetzung weiter gehen. Es ist richtig: Im Sozialraum ist die sozialräumigste Einrichtung, die wir haben, die Kita. Vor dem Hintergrund macht es Sinn, einen Teil der Beratung und die Möglichkeiten der Familienbildung und der Familienberatung drum herum zu setzen.

Aber eines muss klar sein: Es gibt natürlich Beratungsstrukturen, die wir klar so vorhalten müssen, dass zum Beispiel das Prinzip der Wahlfreiheit gewährt bleibt. Es kann durchaus sein, dass einzelne Eltern sagen: Bei dem Träger, bei dem mein Kind in die Kindertageseinrichtung geht, möchte ich aber nicht unbedingt die Familien-, Ehe- und Lebensberatung in dieser Form haben, sondern ich möchte mir die Möglichkeit offen lassen, eine andere Stelle, zum Beispiel an einem anderen

Ort, suchen. Es muss nach wie vor anonyme Beratung geben.

Fünftens. Das Bundesfamilienministerium in Deutschland hat 120 Projekte unter dem Stichwort Eltern-Kind-Zentren gefördert. Uns geht es darum, dass der Begriff Familienzentren nicht dazu führen soll, dass es zu einer Kompetenzverlagerung seitens der Eltern in irgendwelche Institutionen kommen soll, was ihren Erziehungsauftrag betrifft, sondern es geht um die Kompetenzstärkung der Eltern. Ihren Beiträgen heute habe ich entnommen, dass es Ihnen zum großen Teil auch darum geht.

Sechstens. Was passiert mit den Kindern, die nicht mehr im Kindergartenalter sind? Auch da brauchen die Kinder wie die Eltern Unterstützung. Es reicht nicht, dass man sagt, wir arbeiten mit den Schulen zusammen, sondern wir müssen im Anschluss sehr wohl Strukturen aufrechterhalten, die diesen Übergang, nicht nur für die Eltern, sondern auch für die Kinder, durch Beratung gestalten. Dazu sagen Sie in Ihrem Antrag nichts.

Siebtens. Es soll in jedem Jugendamtsbezirk Pilotprojekte geben. Sie finanzieren die jetzt anteilig aus dem, was die Kommunen ohnehin - wenn ich das alles richtig verstanden habe - seitens des Landes im Moment an Finanzierung für die Erziehungsberatung, für die Elternbildung und andere Dinge erhalten. Wir müssen alle gemeinsam die Kommunen stärker einbeziehen. Ich habe nicht den Eindruck, dass überall angekommen ist, dass es nicht darum geht, jetzt etwas Neues, etwas Zusätzliches zu finanzieren, sondern dass es darum geht, in den Strukturen, die vorhanden sind, zu arbeiten.

Achtens. Nennen will ich noch, dass der Minister in dem „NGZ-Journal“ in einem Interview sagt, dass er sich wünscht, dass 2010 jede dritte Tageseinrichtung - also 3.000 Einrichtungen; wir reden heute von etwa 9.000 Einrichtungen - ein Familienzentrum ist.

Wir können davon ausgehen, dass, wenn Sie dieses Ziel weiter verfolgen, es ohne finanzielle Hilfe und Unterstützung des Landes so nicht möglich sein wird. Das heißt, wir müssen über finanzielle Umsteuerung reden, wenn wir alle gemeinsam zu einem Konzept bei den Familienzentren kommen.

Neuntens. Sie beantragen in Ihrem Antrag einen Bericht des Ministeriums. Für uns ist klar, dass es eine breite Beteiligung auch des Parlamentes geben soll. Deshalb kann ich heute schon ankündigen, dass wir zu diesem Thema eine Anhörung machen wollen.

Zehntens. Über Tagespflegestellen haben wir heute im Obleutegespräch schon gesprochen. Es soll in einem ersten Schritt vor allem um die Vermittlung von Tagespflegestellen gehen. Damit habe ich überhaupt kein Problem; das finde ich auch richtig. Nur erwarten Eltern - das wissen Sie -, dass Tagespflege definiert ist, sonst klappt es nicht. Wenn wir nicht klar definieren, was Tagespflege an qualitativer Betreuungsmöglichkeit bietet, dann nutzt es nichts, dass es über die Kitas vermittelt wird; denn die Eltern wenden sich an die Kitas, weil sie eine bestimmte Erwartungshaltung an die Kompetenz und Qualität von Tagespflege haben.

Sie können davon ausgehen, dass wir diesen Prozess ausgesprochen konstruktiv begleiten und mit Ihnen über die Details und auch über die Inhalte, die dahinter stehen, ausführlich diskutieren werden. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Asch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Andrea Asch<sup>1)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Zielbeschreibung - das hat sich eben gezeigt - sind wir uns im Wesentlichen einig. Familien- und Lebensgemeinschaften mit Kindern brauchen stärkere Unterstützung bei den Zukunftsaufgaben, die sie für diese Gesellschaft wahrnehmen. Es geht darum, Frauen, aber auch Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit zu ermöglichen, Unterstützungssysteme in Form von Beratungsangeboten und Bildungsmöglichkeiten zugänglicher und erreichbarer zu machen und natürlich um die bestmögliche Förderung der Entwicklung von Kindern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Genau hier setzt das Modell eines Familienzentrums an. Wir Grüne haben übrigens ein Konzept mit dem Namen „Haus für Kinder“ entwickelt. Es gibt auch noch andere Modelle, die von „Eltern-Kind-Zentren“ sprechen. Letztendlich, auch wenn das „Kind“ unterschiedlich genannt wird, geht es um die Weiterentwicklung und Qualifizierung der Kindertagesstätte zu einem integrierten Angebot, in dem die verschiedenen Leistungen, die jetzt für Familien zur Verfügung stehen, besser aufeinander abgestimmt und vernetzt werden. Soweit, so übereinstimmend.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

In der Frage, wie man dieses Ziel erreicht, das scheinbar alle wollen, gibt es jedoch erheblichen Dissens. Ich sage ganz klar: Das, was die Koalition hier als Antrag vorgelegt hat, ist schlicht zu kurz gesprungen und völlig substanzlos. Im Grunde geht Ihr sehr dünner Antrag ja kaum über das hinaus, was der Ministerpräsident schon in seiner Regierungserklärung verkündet hat. Statt sich jetzt die Arbeit und Mühe zu machen, eigene Vorstellungen und Konzepte zu entwickeln, geben Sie diese Aufgabe vollständig an das Ministerium ab. Sie legen noch nicht einmal Eckpunkte fest, anhand derer eine Konzeptentwicklung erfolgen soll. Das, meine Damen und Herren, ist nichts anderes als die Preisgabe von politischem und parlamentarischem Gestaltungswillen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das einzige, das Sie im Grunde festlegen, ist, dass es kein festes Konzept geben soll, sondern dass jede Kommune für sich definieren soll, was sie unter einem Familienzentrum versteht.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Damit, meine Damen und Herren, ist der absoluten Beliebigkeit, Herr Lindner, Tür und Tor geöffnet. Man muss sich einmal vorstellen: Sie als Haushaltsgesetzgeber stellen Mittel zur Verfügung - das haben Sie ja im Nachtragshaushalt gemacht - und haben keine Ahnung wofür.

(Christian Lindner [FDP]: Doch!)

Sie geben zwar die Mittel für ein Familienzentrum, aber dazu, wie das im Einzelnen aussehen soll, wollen und können Sie noch nichts sagen. Sie werden aber nicht darum herumkommen, Ihre eigenen Vorstellungen zu entwickeln. Sie werden nicht darum herumkommen, sich inhaltlich und mit den Kommunen auseinander zu setzen, denn in diesem Feld gibt es ja drei Akteure, nämlich die Landesregierung, das Parlament und die Kommunen. Die Kommunen wollen von Ihnen wissen, wohin die Reise gehen soll.

(Beifall von den GRÜNEN - Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Die Kommunen muss man natürlich mit einbeziehen und kann nicht nur irgendein Gespräch mit ihnen führen. Ich finde es interessant, dass Sie es nicht für nötig befunden haben, den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform mit diesem Thema zu befassen. Das halten wir für zwingend notwendig. Offenbar weiß bei Ihnen niemand, dass die Ausführung des KJHG bei den Kommunen liegt.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen machen da nicht mit. Wir sagen ganz klar: Zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation brauchen wir Mindeststandards, die in einem solchen Zentrum erfüllt sein müssen. Alles andere ist Etikettenschwindel, eine schöne Überschrift, die nicht mit Inhalten gefüllt wird. Wir werden dazu im Beratungsverfahren einen Antrag vorlegen, in dem Eckpunkte und Mindestkriterien definiert werden, die wir gerne mit den Kommunen und in den Ausschüssen diskutieren wollen. Wahrscheinlich brauchen wir dazu auch eine Anhörung, die wir beantragen werden.

Zu diesen Mindeststandards gehören zwingend eine Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren - das ist bereits genannt worden, aber sehr unverbindlich; das ist die vordringliche Aufgabe für die nächsten Jahre -,

(Beifall von den GRÜNEN)

die Vermittlung von qualifizierter Tagespflege, wenn nicht ausreichend institutionelle Plätze vorgehalten werden, niedrigschwellige Beratungsangebote für Eltern - hierfür müssen die räumlichen Bedingungen besser gestaltet werden, sodass die Beratungsstellen regelmäßige Sprechstunden in den Kindertageseinrichtungen abhalten können -, die Integration von medizinischer Prävention und Vorsorgeuntersuchungen - hier gibt es ein erhebliches Defizit - und die Sprachförderung von Eltern und Kindern - Sprache ist die Schlüsselqualifikation, auf der der ganze weitere Bildungserfolg aufbaut.

Meine Damen und Herren, Konzepte, wie so etwas optimal aussehen kann, sind bereits entwickelt. Das Rad muss keineswegs neu erfunden werden. Es gibt auch in Westfalen gute Modelle, an denen wir uns orientieren können, die modellhaft arbeiten.

Auch die wissenschaftliche Evaluation dazu gibt es bereits. Das Deutsche Jugendinstitut hat Dutzende Familienzentren im Auftrag des zuständigen Bundesministeriums wissenschaftlich untersucht.

Wir brauchen also keine neuen Pilotprojekte für Familienzentren zu beschließen, sondern die zügige Umsetzung dieser erfolgreichen Modelle. Wir brauchen den Aufbau in die Fläche hinein.

Entscheidend ist natürlich die Finanzierung. An dieser Stelle wird sich zeigen, meine Damen und Herren, ob sich hinter dem Vorhaben nur Symbolpolitik versteckt.

Nach Ihrem Antrag wollen Sie zunächst in allen Jugendamtsbezirken in NRW je ein Familienzent-

rum, also insgesamt 171 Zentren, und darüber hinaus ein flächendeckendes Angebot schaffen. Das ist ein stolzes Vorhaben, für das Sie gerade einmal 2,5 Millionen € veranschlagen. Das wären noch nicht einmal 15.000 € pro Zentrum.

Sie müssen eingestehen, dass dies eine wahnwitzige und unglaubliche Größenordnung ist. Sie werden argumentieren, diese Beratungsleistungen entstünden nicht zusätzlich, sondern das Bestehende müsse lediglich neu und anders gebündelt werden.

(Christian Lindner [FDP]: Richtig!)

Offensichtlich ist bei Ihnen der Wunsch Vater des Gedankens, denn tatsächlich brauchen wir ein anderes, ein umfangreicheres Raumangebot sowie Personalaufstockungen und Qualifizierungsmaßnahmen, die entsprechend eingeplant werden müssen. Vergessen Sie auch nicht den Landesanteil bei den Trägern der Familienbildung und die Kinder, die keine Tagesstätte besuchen. Für diese müssen andere Modelle, andere Konzepte entwickelt werden, für die ebenfalls Geld benötigt wird. Wir müssen neue Antworten finden.

Glauben Sie nicht, dass Sie hier irgendetwas beschließen können, was den Kommunen Geld kostet. Mit Ihren 2 Millionen € können Sie vielleicht die Lachmuskeln der Kämmerer kitzeln, wenn Sie Spaß daran haben. Offenbar haben Sie keine Vorstellung von den Dimensionen, um die es geht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Lindner, wir reden doch von landesweit fast 10.000 Kindertagesstätten. Der Landesanteil an den Betriebskosten liegt bei fast 1 Milliarde €. Weitere Milliarden kommen von den Kommunen, den Trägern, den Eltern, aber auch von der Privatwirtschaft - die Sie hier interessanterweise völlig außen vor gelassen haben.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wir Grünen fordern nicht nur ein seriöses Finanzierungskonzept, sondern wir wollen ein umfassendes fachlich-inhaltliches Konzept, mit dem die Idee von Familienzentren wirklich erfolgreich umgesetzt werden kann.

(Christian Lindner [FDP]: Sie hatten doch zehn Jahre Zeit!)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Ihre Hausaufgaben machen - das sind jetzt Ihre Hausaufgaben -, Ihre Verantwortung ernst nehmen und damit aufhören, symbolische Politik zu betreiben und Worthülsen zu produzieren.

(Beifall von den GRÜNEN - Zurufe von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. - Als Nächster hat Herr Minister Laschet für die Landesregierung das Wort.

(Christian Lindner [FDP]: Die letzten zehn Jahre haben Sie bei jeder Kürzung die Hand gehoben, und jetzt das! - Weitere Zurufe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Herr Minister.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich unterbreche diese angeregte Unterhaltung nicht gern. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, für unser Ministerium ist es eines der wichtigsten Themen in dieser Wahlperiode, Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterzuentwickeln.

Frau Asch und Frau Altenkamp, Sie haben hier gesagt, das alles sei nichts Neues, das alles gebe es schon. Das gebe es quer durch Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland. Solche Einrichtungen hießen zum Beispiel „Haus des Kindes“ oder „Mutter-Kind-Zentrum“.

Und außerdem, wenn es so etwas nicht gibt - das ist der zweite Teil Ihrer Argumentation, die in sich nicht logisch ist, denn entweder gibt es so etwas oder nicht -, so heißt es bei Ihnen weiter, Sie hätten schon seit Jahren Anträge liegen, und all das, was die Koalitionsfraktionen hier jetzt vorlegten, sei nicht neu. Die Frage ist doch: Wenn all das nicht neu ist, warum haben Sie es dann nicht gemacht?

(Beifall von der CDU)

Wenn es so einfach ist, auf die Idee zu kommen, Kindertageseinrichtungen sowie Familienberatung und Familienbildung zusammenzuführen, warum haben Sie es dann nicht gemacht?

Es gibt im Lande zwei oder drei Einrichtungen, die das aus eigener Kraft und aufgrund eigener Ideen in Gang gesetzt haben. Wir greifen jetzt das auf, was freie Träger erdacht haben, und versuchen, das zu einem Modell für das ganze Land zu machen. Das ist die Lage, in der wir uns jetzt befinden. Insofern verstehe ich die Kritik nicht, dass das alles schon existiere und dass man deshalb hier nichts mehr tun müsse.

(Christian Lindner [FDP]: Frau Fischer hatte die Erprobung untersagt!)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen - auch das ist eine Hinterlassenschaft, bei der wir jetzt ansetzen müssen - bei der Betreuung der unter Dreijährigen einen Deckungsgrad von 2,8 %. Im europäischen Vergleich ist das eine schlechte Ausgangslage, um zu mehr Kinderfreundlichkeit in einem Land beizutragen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nämlich für viele, die Kinder haben wollen, die ganz entscheidende Frage.

Wenn man sieht, wie niedrig der Deckungsgrad ist, aber nicht gleich ein paar Millionen € mehr fordern will, muss man überlegen, wie man in dieser desaströsen Haushaltslage etwas auf den Weg bringen kann, das genau dem angestrebten Ziel dient. Das ist die Idee, die auch in den Anträgen der Koalitionsfraktionen aufleuchtet.

Zum einen wollen wir Plätze, die aufgrund des demographischen Wandels frei werden, für die Betreuung der unter Dreijährigen nutzen. In den letzten Wochen haben wir mit den Trägern recht schnell eine Budgetvereinbarung getroffen, die es ihnen erleichtert, diese Umwandlung vorzunehmen, und die bürokratische Hemmnisse beseitigt.

Zum anderen soll die Betreuung in der Tagespflege - durch Tagesmütter und Tagesväter - erleichtert werden. Die Vermittlung muss geleistet werden. Natürlich muss die Betreuung auf einer qualifizierten Grundlage erfolgen. Ich glaube, das ist zwischen allen Fraktionen in diesem Hause unstrittig. Wir werden hierfür ebenfalls Kriterien entwickeln, auf deren Basis das stattfinden kann.

Das ist eine Sache, die nicht Millionen von Euro kosten muss. Ich finde, Sie sollten in diesen Zeiten nicht alle Programme und Ideen, die man auf den Weg bringt, daran messen, wie viele Millionen Euro damit verbunden sind. Es kann auch kreativ sein, zwei Einrichtungen, die sich an zwei Orten befinden, zusammenzuführen und zu sagen: Dadurch erwächst ein Mehrgewinn.

In diesen Zeiten - wir haben die Haushaltsdaten vor wenigen Tagen gehört - muss sich die Politik abgewöhnen, Qualität und Qualitätssteigerung immer nur daran zu messen, wie viele Millionen Euro in welchem Haushalt eingestellt sind.

(Beifall von der CDU)

Insofern sind Familienzentren in Zeiten schwacher Kassen eine Möglichkeit, dennoch einen Beitrag dazu zu leisten, dass Nordrhein-Westfalen das kinder- und familienfreundlichste Land in Deutschland wird. Das ist unsere Ambition, und deshalb sind diese Ideen hier entwickelt worden.

Was genau sind die nächsten Schritte? - Frau Asch, Sie haben uns ermahnt, wir dürften die

Kommunen nicht vergessen. Wenn man von den Kommunen spricht, handelt es sich zunächst einmal nicht um den Ausschuss für Kommunalpolitik dieses Landtags - obwohl man das sicherlich auch in diesem Ausschuss beraten kann. Die Kommunen setzen das vor Ort um.

Wir haben mit den Kommunen bereits in einem Workshop am 28. September Gespräche darüber geführt. Das war unmittelbar nach den Ferien. Im Juni quasi die Ernennungsurkunde zu bekommen und dann schon im September mit den Kommunen und den Trägern, die das Ganze umsetzen sollen, ein Gespräch zu führen und eine Grundidee für die Bildung von Familienzentren vorzustellen - schneller geht es wirklich nicht.

Nun behaupten Sie, die Konzepte seien noch gar nicht bis zum Ende durchdacht. Das ist gerade unser Ansatz. Wir legen drei oder vier Ideen vor. Wir stellen Modelle vor, wie das funktionieren kann, und werden in diesem Prozess gemeinsam mit den Trägern exakt ein Modell entwickeln, das im Jahr 2007 in ein neues GTK münden wird.

Früher mag das anders gewesen sein. Damals mag man das alles von oben verordnet haben. Aber diesen Weg des Dialogs mit den Kommunen gehen wir ganz bewusst.

Frau Altenkamp, ich komme noch einmal auf Ihre Bemerkung zurück, dass das Kind im Mittelpunkt stehen solle. - Das soll ein ganzheitliches Konzept werden. Die Familien sollen gestärkt werden. Auch die Eltern sollen in ihrem Erziehungsauftrag und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Das Kind soll im Mittelpunkt stehen.

Deshalb wird diese Beratung keine Allerweltsberatung werden. Wir wollen in diese Familienzentren nicht auch noch eine Schuldnerberatung, eine Rentnerberatung und am Ende sogar eine Abfallberatung hineinbringen. Vielmehr soll in diesen Familienzentren in der Tat das stattfinden, was die Familien bewegt und was sie als Erziehungsstärkung brauchen. Insofern ist diese Kritik - oder dieser Vorwurf - ebenfalls nicht berechtigt.

Einen weiteren Punkt müssen wir uns klar machen, wenn wir von den 171 oder 174 Zentren sprechen, die wir im nächsten Jahr in jedem Jugendamtsbezirk realisieren wollen. Viele Städte melden sich im Moment schon im Ministerium. Das Echo ist durchweg positiv. Manche sagen, es könnten auch drei oder vier werden, sie hätten unterschiedliche Ideen. Bei dem einen Zentrum, das in einem sozialen Brennpunkt liege, wolle man zum Beispiel die Frage der Integration in den Mittelpunkt stellen. Bei einem anderen bestehe die räumliche Möglichkeit, die Beratung direkt hinzu-

zunehmen. Wir haben Modelle, wo nur die Träger miteinander kooperieren. Es wird also eine große Vielfalt an Familienzentren im Land entstehen.

Auch das ist wiederum nötig. Sie können eben nicht für jeden Jugendamtsbezirk das Gleiche vorgeben, ob das eine ländliche Region ist, ob das eine Großstadtregion ist, ob das eine mittlere Stadtgröße ist, ob das eine Region mit hohem Migrantenanteil ist oder eine Region mit geringem Migrantenanteil. Sie brauchen für jeden Jugendamtsbezirk ein anderes Modell, denn Sie haben überall eine andere örtliche Situation. Auch dies wollen wir mit den Trägern gemeinsam erörtern.

Wenn die Kooperation innerhalb des Netzwerkes Familienzentren gelingt, können auch vereinzelt Angebote innerhalb des Gebäudes der Kindertageseinrichtungen stattfinden. Diese sollten - auch das ist hier bereits erwähnt worden - in das Viertel hineinwirken. Das sollten Orte für Familien werden, die auch ein ganzes Stadtviertel, einen ganzen Stadtteil mit beeinflussen und zu einem Zentrum dieses Ortes werden.

Die Pilotphase beginnt am 1. Januar 2006. Durch die Ausschreibung eines Wettbewerbs wollen wir Best-Practice-Modelle ermitteln, also einmal sehen, wie die Träger mit den von uns vorgegebenen Ideen so etwas in der Realität umsetzen können.

Das Ganze wird wissenschaftlich begleitet werden, weil wir eben nicht glauben, dass das alles schon untersucht ist und dass das alles schon existiert. Auch die Modelle aus anderen europäischen Mitgliedstaaten sind nicht ganz mit dem vergleichbar, was wir hier mit den Familienzentren bei uns in Nordrhein-Westfalen wollen.

Bildung und Beratung, Vermittlung von Tagesmüttern und Tagesvätern sind Bereiche der frühkindlichen Bildung, wo die Sprachförderung eine ganz entscheidende Rolle spielt.

Auch da haben Sie nach den Finanzmitteln gefragt. Wir werden auch im Haushalt für Sprachförderung mehr Geld einsetzen als im letzten Haushalt. Denn wenn man auf der einen Seite an die Migrantenkinder die Anforderung stellt, dass sie, wenn sie in die Schule kommen, die deutsche Sprache sprechen sollen, dann heißt das auf der anderen Seite natürlich, man muss fördern und schon ab dem vierten Lebensjahr ansetzen, um Sprachförderung zu leisten.

Das wird in diesen Familienzentren ebenfalls geschehen. Sprachförderung ist ein ganz wichtiger Schwerpunkt. Wenn das Schuleintrittsalter von, ich glaube, im Moment 6,4 Jahren dann Stück für

Stück reduziert wird, ist besprochen, dass die frei werdenden Mittel ebenfalls ganz gezielt für Sprachförderung eingesetzt werden können. Also auch hier gilt: Man muss nicht mehr Geld, man muss nicht Millionen in ein System hineinzahlen, sondern man kann durch eine Neuorganisation zwischen Schule und Kindertagesstätte ebenfalls Ressourcen frei machen für das wichtige Thema Sprachförderung.

Im Idealfall - wir haben das diese Woche im Ausschuss ja erörtert - wird die Sprachförderung mit dem vierten Lebensjahr beginnen. Man wird eine gemeinsame Methodik haben, die dann auch in der Schule fortgesetzt werden kann. Das Schulministerium und das Generationenministerium werden das in einer Kooperationsvereinbarung exakt regeln.

Wenn jeder mitzieht, wenn die Eltern mitziehen, dann haben die Kinder eine Sprachbiographie, mit der sie dann in der Schule ankommen und mit der sie in der gleichen Weise zielgerichtet gefördert werden können. Deshalb ist die Mitwirkung der Eltern bei diesen Familienzentren ganz wichtig.

Lassen Sie mich dies noch als Nebeneffekt, aber nicht als Hauptidee der Familienzentren nennen: Wenn wir wissen, dass die Zahl der Familien mit Zuwanderungsvorgeschichte aufgrund der Demographie in den nächsten Jahren noch weiter steigen wird, dann ist das eigentlich auch der ideale Ort, um Integration möglich zu machen.

Integration gelingt mit am leichtesten über die Kinder. Migranten engagieren sich überdurchschnittlich im Ehrenamt, wenn es um Kinder geht. Wenn es im Elternrat und in der Schulvertretung darum geht, Verantwortung zu übernehmen, dann sind Migranten doch überdurchschnittlich stark engagiert. Insofern sind Familienzentren ein gutes Forum auch für die Integration, wenn sie zu einem Ort werden, an dem sich Kinder und Eltern begegnen und an dem ein ganzheitlicher Ansatz gewählt wird, um zur frühkindlichen Bildung einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Denn das ist auch etwas, was auch die neue Landesregierung nicht ruhen lässt. Dass die Pisa-Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen so schlecht sind, ist eigentlich für jeden in diesem Haus Ansporn genug, daran etwas zu ändern.

Aber dass sie bei den sozial Schwachen, bei den bildungsferneren Schichten, bei den Migranten mit am schlechtesten sind, das ist ein ganz schlechtes Zeugnis für eine Regierung, die bis zum 22. Mai den Anspruch gehabt hat, ein soziales Land zu gestalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben gerade die sozial Schwachen schwach zurückgelassen. Sie zu ertüchtigen, sie zu ermutigen und bei Pisa wieder zu besseren Ergebnissen gerade für diese Gruppe von Menschen zu kommen, ist ebenfalls ein Ziel frühkindlicher Bildung. Auch dazu werden die Familienzentren ihren Beitrag leisten.

Ich freue mich auf eine engagierte Debatte auch im Parlament, auch mit den Trägern, auch mit den Kommunen. Dann können wir in den nächsten Jahren viel erreichen für die Kinder in unserem Land, damit wir in der Tat das familienfreundlichste und kinderfreundlichste deutsche Bundesland werden. Diese Ambition haben wir. Da wollen wir die anderen überholen. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister. - Für die Fraktion der SPD erteile ich der Kollegin Fischer das Wort.

**Birgit Fischer (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Laschet, der Kerngedanke der Familienzentren oder der Kinder- und Familienzentren - wie wir sie nennen - ist in der Tat nicht neu. Ich meine, es geht auch weniger darum, ob sich das die alte oder die neue Landesregierung auf ihre Fahne schreiben kann. Das interessiert die Bevölkerung überhaupt nicht. Letztendlich zählt das Ergebnis: Was kommt dabei heraus?

Die Gedanken, die Ideen, die Modelle, die Beispiele gab es bereits in der letzten Legislaturperiode. Wir hatten bereits damit begonnen, genau diese Modelle systematisch zu fördern, auch in Kooperation mit Familienbildungsstätten, Erziehungsberatungsstellen und dergleichen mehr.

Was zu erwarten ist und was ich auch von einer neuen Landesregierung erwarte, ist die Weiterführung dieser Grundlagen. Und bei der Weiterführung dieser Grundlagen, bei der es eine große Übereinstimmung auch in der vergangenen Periode hier im Parlament gegeben hat, greift die Landesregierung und greift auch der Antrag der CDU-Fraktion absolut zu kurz.

Das, was die Landesregierung bisher dazu gesagt hat, ist vage und unbestimmt. Man kann sich keine konkrete Vorstellung von dem Konzept machen, weil es nämlich zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt noch kein Konzept der Landesregierung gibt.

Es gibt, meine Damen und Herren, gemeinsame Anliegen, es gibt gemeinsame Schnittmengen. Es sollen niedrighschwellige Angebote sein. Es muss stärkere Kooperationen der unterschiedlichsten Angebote vor Ort gehen. Wir wollen Hilfen aus einer Hand realisieren, um wirksame Hilfen anzubieten.

Bei all diesen Dingen gibt es eine Übereinstimmung; ebenso bei den Zielen, die die CDU-Fraktion in ihrem Antrag aufführt. Ich nenne beispielhaft folgende Punkte: Erziehungskompetenz stärken, wirksame Hilfen organisieren, individuelle Benachteiligung abbauen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. - Hier herrscht Übereinstimmung. Ich vermisse allerdings eine stärkere Gemeinwesenorientierung, eine präventive Ausrichtung des gesamten Konzeptes im Sinne eines sozialen Frühwarnsystems und verbindliche Kooperationen der einzelnen Akteure vor Ort.

Die Frage ist also: Wie wollen Sie die bereits vorhandenen Kompetenzen vor Ort sichern, wie wollen Sie diese nutzen, und wie wollen Sie diese neu ausrichten?

Wir haben in der vergangenen Periode ein soziales Frühwarnsystem in Nordrhein-Westfalen implementiert, und Ziel war, dies auch flächendeckend einzuführen.

Die Grundlage für dieses System beschreibt das Motto: Wahrnehmen, Warnen, Handeln mit dem Ziel der rechtzeitigen Erkennung von Problemlagen. Es ging darum, davor zu warnen, wenn etwas nicht in Ordnung war, und mit allen Akteuren gemeinsam dafür zu sorgen, dass gehandelt wurde, und zwar bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, bevor Kinder und Jugendliche Schaden genommen haben. Es ging also darum, rechtzeitig Hilfestellungen anzubieten, und das geht nur im Rahmen integrierter Hilfen.

In diesem Sinne sind Kinder- und Familienzentren sicherlich sinnvoll. Erkennbar ist aber nicht, ob Sie dieses Konzept so weiterverfolgen und wie Sie es dann flächendeckend umsetzen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt schlicht und ergreifend zahlreiche Ungereimtheiten. Ich möchte einige auflisten, weil ich hoffe, dass wir sie im Ausschuss klären können.

Zunächst einmal bedarf es einer Schärfung, einer Konkretisierung des Konzepts: Was wollen Sie wie mit wem erreichen?

Zweitens. Welche Konsequenzen hat denn Ihr Modell der Familienzentren beispielsweise für Familienbildung, für Beratungsstellen, für Erzieherinnen und für soziale Dienste? Welche Bedeu-

tung hat es für Schulen? - Wir kennen die Problematik, dass die Anzahl der Hilfen zur Erziehung in allen Kommunen enorm ansteigt, weil gerade im Schulalltag immense Probleme bei Kindern und Jugendlichen auftauchen. Wie können Familienzentren Ihrer Vorstellung für genau dieses Klientel, also für diese Altersgruppe wirksam sein?

Drittens. Wie wollen Sie die Förder- und Arbeitsbedingungen der Kindertageseinrichtungen verbessern? - Das steht nämlich als Behauptung im CDU-Antrag. Welche Angebote zur Weiterqualifizierung - und mit welchem Ziel vor allen Dingen - soll es geben? Es steht als Behauptung lapidar im Antrag, aber was verfolgen Sie damit?

Viertens. Wie will die neue Landesregierung ein kommunales Netzwerk unterstützen und eine intensive Zusammenarbeit mit Kommunen, Kindertagesstätten und der Familienhilfe erreichen, obwohl sich die finanziellen Mittel, die Sie jetzt veranschlagt haben, ausschließlich an freie Träger richten? Wie wollen Sie dies erreichen, wenn die Kommunen, die diesen gesamten Prozess vor Ort mit entwickeln und forcieren müssen, mit ihren kommunalen Einrichtungen außen vor bleiben und überhaupt nicht eingebunden sind?

Fünftens. Eine weitere Frage betrifft die Anzahl. Sie wollen bis 2007 171 Zentren und bis 2010 3.000 Zentren schaffen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob dies nicht leere Ankündigungen sind. Und der Verdacht erhärtet sich bei mir nicht nur aufgrund der geringen Summe im Haushalt, sondern weil Sie, Herr Minister, eine Bundesratsinitiative anstreben. Wir reden aber über eine kommunale Aufgabe und eine Landesaufgabe.

Natürlich muss das Land diese Entwicklung forcieren. Aber dann zu fordern, der Bund, der in diesem Bereich überhaupt keine Kompetenzen besitzt, solle ebenfalls investieren, wie es auch bei der Kinderbetreuung geschehen ist, zeigt meines Erachtens deutlich, dass Sie schon heute wissen: Wir alleine können das gar nicht stemmen, was wir uns vorgenommen haben. - Man muss meiner Meinung nach realistische Konzepte auf den Tisch legen und nicht solche, bei denen man heute schon weiß, dass man später behaupten will, der Bund ließe einen im Regen stehen.

(Beifall von der SPD)

Sie betonen sehr stark, alles solle unter einem Dach organisiert werden. Das betonen wir auch. Nur: Die Frage ist, was man damit meint. Wenn „alles unter einem Dach“ wörtlich gemeint ist - dass man also die unterschiedlichsten Angebote

unter einem Dach zusammenfasst -, dann kann das nur zulasten der Qualität gehen. Die SPD will keine Zentralisierung der verschiedensten Angebote im wahrsten Sinne des Wortes unter einem Dach.

(Christian Lindner [FDP]: Wir auch nicht!)

Wir wollen vielmehr eine Vernetzung der unterschiedlichen Kompetenzen.

Herr Lindner, dass Sie sagen, Sie wollten sie auch nicht, ist schön. Dann kann das ja in den weiteren Beratungen sichtbar werden.

Tatsache ist: All dies sind Ungereimtheiten, Fragen, die offen geblieben sind, und wir können im Ausschuss sicherlich die Gelegenheit nutzen, sie zu klären.

Mich wundert - ehrlich gesagt - das Verhalten des Finanzministers. Mein Finanzminister hätte mir damals vorgehalten: Liebe Kollegin, Haushaltsreife! Überschriften und schöne Ideen allein reichen nicht aus, sondern man braucht ein konkretes Konzept.

(Beifall von der SPD)

Das, was mich bei aller guten Absicht besonders empört, ist Folgendes: ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Fischer, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Birgit Fischer (SPD):** Ich komme zu meinem letzten Satz.

... Ich halte es für ein absolutes Versäumnis der neuen Landesregierung, dass sie nach den Ankündigungen im Wahlkampf zu Familienzentren heute nach fünf Monaten als neue Regierung noch nicht in der Lage ist, ein Konzept auf den Tisch zu legen. Das ist ein Versäumnis gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den Trägern, die davon betroffen sind, und schließlich auch gegenüber dem Parlament.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Trotzdem freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss, weil ich glaube, dass wir dann die Fragen ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Ministerin!

(Zuruf von der CDU: Ministerin a. D.!)

-Entschuldigung: Frau Ministerin a. D Fischer!

**Birgit Fischer** (SPD): ... klären können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth**: Vielen Dank, Frau Fischer. - Als nächste Rednerin spricht die Kollegin Milz von der Fraktion der CDU.

**Andrea Milz**<sup>\*)</sup> (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu zwei Punkten möchte ich gerne noch etwas sagen. Es ist zum einen von Frau Fischer und Frau Asch die fehlende Konzeption moniert worden. Und zum anderen wird immer wieder einmal in den Raum gestellt, dass wir die Kindertagesstätten vielleicht mit der neuen Aufgabe überfordern würden.

Also, wie läuft denn so etwas bei Ihnen in der Fraktion? - Wenn Sie eine neue wichtige Aufgabe definieren, dann nehmen Sie wahrscheinlich doch auch - ich hoffe das zu Ihren Gunsten - den Besten, den Sie dafür haben oder zu haben glauben, und den betrauen Sie mit der Aufgabe. Und genau das machen wir mit den Kindertagesstätten.

Wir glauben, dass dort der richtige Ort ist, dass es dort die richtigen Träger und das richtige Personal gibt und dass die das können und schaffen. Wir trauen denen das zu.

(Beifall von der CDU)

Sie sagen, wir hätten kein Konzept. Wie war das denn bei Ihnen, als Sie die offene Ganztagsgrundschule eingeführt haben? - Da haben Sie einfach gesagt: Wir wollen Betreuung am Nachmittag. - Das war das ganze Konzept, und daraus haben Sie sich etwas entwickeln lassen.

(Widerspruch von der SPD - Birgit Fischer [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

- Aber natürlich!

Wenn wir heute sagen: „Wir wollen Leuten Freiheit geben, damit sich etwas zum Guten entwickeln kann“, dann machen wir das natürlich nicht im luftleeren Raum. Aber wir wollen - das ist von unseren Rednern hier mehrfach gesagt worden -, dass Unterschiede zugelassen werden, dass unterschiedliche Modelle auf Dauer etabliert werden können. Wenn ich heute schon - ich sage einmal im klassischen sozialdemokratischen Sinne - alle Vorgaben aufs Papier schreibe, dann entwickelt sich gerade nicht das, was vor Ort gebraucht wird,

(Beifall von der CDU - Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

sondern ich bekomme irgendetwas, was bürokratisch erdacht worden ist, egal, ob es passt oder nicht.

Ich glaube, für heute sollten wir das Sprichwort „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“ einfach umwandeln in: Reden ist Silber, Handeln ist Gold. Machen wir es so! - Danke.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth**: Vielen Dank, Frau Kollegin Milz. - Als nächste Rednerin hat die Kollegin Asch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Andrea Asch**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Herr Minister Laschet, zu dem in diesem Haus sehr oft bemühten Vorwurf „Sie haben ja die Gelegenheit gehabt, Sie hätten es ja machen können“: Abgesehen davon, dass ich diesen Vorwurf mittlerweile als sehr stereotyp empfinde, frage ich mich, wann Sie Verantwortung übernehmen werden

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und sich nicht mehr nur an dem abarbeiten, was in der Vergangenheit passiert ist. Mich erinnert das manchmal ein bisschen an Kinder, die die Verantwortung für ihr Schicksal immer auf ihre Eltern schieben, die immer sagen: Meine Eltern waren schuld.

(Minister Armin Laschet: Sie sagen doch selbst, dass Sie das seit zehn Jahren alles wissen!)

Der Punkt ist: Sie sind jetzt dran, Sie haben die Verantwortung, und Sie haben die Möglichkeit, die Konzepte zu optimieren.

Rot-Grün hat 2004 - ich war damals noch nicht dabei - einen Antrag zum Ausbau der U3-Betreuung vorgelegt. Dem haben Sie als CDU-Fraktion nicht zugestimmt. Konzepte für Familienzentren durchlaufen einen Prozess, entwickeln sich, es gibt bestimmte Abfolgen. Das Familienministerium der rot-grünen Bundesregierung hat Modellprojekte finanziert, evaluiert, das heißt wissenschaftlich untersucht. Die Evaluierungsergebnisse - das wissen Sie, Herr Laschet - wurden gerade erst vorgelegt. Und erst jetzt können wir umsetzen. Das heißt, uns vorzuwerfen, wir hätten es längst machen können, hätte bedeutet, einen Schritt vor dem anderen zu machen. Jetzt geht es an die Umsetzungsphase, und da gehen Sie einen Schritt zurück und sagen:

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen erst noch einmal Pilotprojekte entwickeln. Wir müssen erst noch einmal gucken, was überhaupt gebraucht wird. - Machen Sie Ihre Hausaufgaben!

Was ich ganz schön fand, war, dass es zumindest in Ihrem Beitrag schon einige Konkretisierungen gab, die in dem Antrag in der Form überhaupt nicht zu finden waren. Das zeigt, dass Sie im Ministerium da offenbar schon ein paar Schritte weiter sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. - Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/471 - Neudruck** - an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** - federführend -, den **Haushalts- und Finanzausschuss**, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie den **Ausschuss für Frauenpolitik**. Ergänzend habe ich die Mitteilung bekommen, dass der Antrag im Einvernehmen der Fraktionen ebenfalls mitberatend an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** überwiesen werden soll.

(Edgar Moron [SPD]: Sehr richtig!)

Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss, also dem Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich interpretiere das als einstimmiges Votum. Die Überweisungsempfehlung ist angenommen.

Ich könnte darauf hinweisen, dass nach der Geschäftsordnung die Stimmabgabe auch durch Erheben von den Plätzen erfolgen kann. Ich bin immer schon geneigt gewesen, das einmal auszuprobieren. Es gibt da ja noch Chancen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu:

#### **4 LKW-Mautausweichverkehr in NRW stoppen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/465

Ich eröffne die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt und gebe das Wort für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Becker von Bündnis 90/Die Grünen.

**Horst Becker (GRÜNE):** Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben seit Beginn des Jahres eine neue Situation: Wir haben die LKW-Maut auf den Bundesautobahnen. Das ist etwas, was jedenfalls wir Grüne uns sehr lange gewünscht haben. Wir sind der Auffassung, dass das dringend notwendig war, um den LKW-Verkehr wenigstens ansatzweise an den direkten, aber auch an den indirekten Kosten - zum Beispiel an den Kosten für die Behandlung von Gesundheitsschäden durch Lärm - zu beteiligen. Ich will nicht verhehlen, dass die Sätze nach unserer Auffassung dazu bis jetzt nicht ausreichend sind und dass es auf Sicht eigentlich höherer Sätze bedarf.

Tatsache ist aber, dass die Einführung der Maut, die zu spät gekommen ist und die trotzdem sehr positiv ist, dazu geführt hat, dass die Lastkraftwagenfahrer sie teilweise umgehen und auf das qualifizierte Straßennetz ausweichen. Wir haben das ganz deutlich zu sehen bekommen anlässlich einer Anfrage, die mein Kollege Keymis und ich gestellt haben, die zeigt, dass an den Dauerzählstellen eine Reihe von Straßen bereits jetzt mehr als 25 % zusätzlichen Verkehr aufweisen, in der Spitze bis zu 60, 65 %.

Meine Damen und Herren, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist maßgeblich der Meinung, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen den Weg gehen müssen, den andere Bundesländer in diesem Zusammenhang schon gegangen sind. Ich will darauf hinweisen, dass Rheinland-Pfalz bei der B 9, aber auch Hessen bei anderen Straßen wegen des Mautausweichverkehrs bereits Straßensperrungen vorgenommen haben. Das hat zum Beispiel in Rheinland-Pfalz dazu geführt, dass sich der Mautausweichverkehr drastisch reduziert hat, unter anderem auch deswegen, weil es dort scharfe Kontrollen gibt. Diese Kontrollen führen nicht nur dazu, dass jeweils 25 € bezahlt werden müssen - das ist ein eher lächerlicher Betrag -, sondern sie haben auch eine ökonomische Bestrafung zur Folge, weil die LKW nämlich umgeschickt werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Für das Wenden auf der Autobahn ist Herr Wolf zuständig!)

- Die werden in diesem Fall aber nicht auf der Autobahn, sondern auf Bundesstraßen umgeschickt.

In Rheinland-Pfalz hat Herr Wolf also noch keine Wirkung erzielt, Frau Kollegin.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN)

Tatsache ist aber, dass das Umschicken dazu führt, dass die LKW bedeutend länger brauchen. Die Folgen haben sich herumgesprochen: Auf diesen Straßen sind mittlerweile statt 1.500 nur noch bis zu 250 zusätzliche LKW gezählt worden. Ich muss ganz deutlich sagen: Bündnis 90/Die Grünen und ich erwarten von unserem Verkehrsminister, dass er diesen Weg auch geht. Wir haben bereits heute die Möglichkeit und werden sie in Zukunft verschärft bekommen.

Damit komme ich zum nächsten wichtigen Punkt, nämlich unserer Forderung, dass Nordrhein-Westfalen die Verschärfung des § 45 der Straßenverkehrsordnung im Bundesrat begrüßt, und unserer Bitte, dieser Verschärfung im Bundesrat zuzustimmen. Verkehrsminister Stolpe sieht vor, dass in § 45 ausdrücklich die Möglichkeit normiert wird, Bundesstraßen für den LKW-Durchgangsverkehr zu sperren, wenn dort Folgen des Mautausweichverkehrs zu spüren sind. Wir müssen dies in Zukunft also nicht mehr über den Umweg von Lärm- und Gesundheitsbelästigung, sondern können es allein mit dem tatsächlich stattfindenden Mautausweichverkehr begründen.

Meine Damen und Herren, neben dieser Forderung gibt es aber eine weitere. Auch hier kann ich auf das Beispiel Rheinland-Pfalz verweisen, das keine rot-grüne Regierung, auch keine große Koalition hat, sondern wo die Partei mitregiert, die hier rechts von mir sitzt, nämlich die FDP. In Rheinland-Pfalz hat das Verkehrsministerium den Landesbetrieb veranlasst, die Zwischenstände der Zählungen permanent zu veröffentlichen. Es wird zwar ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich um Zwischenstände handelt. Aber insgesamt ist das ein wichtiger Schritt, um der Bevölkerung zu zeigen, was das Land unternimmt, wie es perspektivisch damit umgehen will und wie alle gemeinsam dafür sorgen können, dass nicht stattfindet, was nicht sein soll: der Mautausweichverkehr auf Bundes- und Landstraßen.

Lassen Sie mich noch einige persönliche Bemerkungen machen.

Erstens. Ich habe durchaus Zweifel daran, dass es der richtige Weg ist, überall auf Bundesstraßen alleine darauf zu setzen, dass wir in absehbarer Zeit auch die Ausweichstrecken bemaute. Ich glaube, dass das nicht so unkompliziert ist, wie einige glauben, und noch länger dauern wird. Die Hoffnung, die einige haben, dass das Anfang 2006 erfolgen wird, habe ich überhaupt nicht.

Zweitens. Ich glaube, dass wir bei einer Bemaute von Ausweichstrecken sehr schnell in eine Debatte über die Benachteiligung von direkt an bemaute Bundesstraßen angesiedelten Unternehmen kommen, weil diese bei der An- und Abfahrt zum und vom Unternehmensgelände permanent in die Bemaute kommen würden.

Drittens. Ich erwarte, dass es, auch wenn sich alle dagegen wehren, langfristig irgendwann einmal auch zu einer PKW-Maut kommen wird. Das wäre mit einem deutlichen Nachteil für die Menschen verbunden, die an Straßen wohnen, die der Bemaute unterliegen.

Etwas anderes ist auch noch wichtig: Ich habe eben auf die Verschärfung des § 45 Straßenverkehrsordnung hingewiesen. Wir glauben, dass dieser Paragraph noch an einem weiteren Punkt verbesserbar ist, nämlich insofern, als nicht nur Bundesstraßen, sondern auch Landstraßen aufgenommen werden sollten. Ich bitte ausdrücklich darum, dass Nordrhein-Westfalen in dieser Richtung interveniert.

Ich bitte Sie also um Zustimmung zu unserem Antrag und vor allem darum, dass wir in Zukunft auch in Nordrhein-Westfalen Mautausweichstrecken für den LKW-Durchgangsverkehr sperren. - Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. - Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU die Kollegin Brüning das Wort.

**Hannelore Brüning<sup>1)</sup>** (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Mautgebühr und ihre Folgen: Ich denke, wir alle hier sind aufgerufen, eine Lösung zu finden, die vor allem die aktuelle Situation nicht zu einer unendlichen Geschichte werden lässt.

Ein Grundgedanke bei der Einführung der LKW-Maut war, die Wettbewerbsverzerrung zwischen den deutschen und ausländischen Transportunternehmen aufzulösen. Nach unserer heutigen Erkenntnis ist das allerdings noch nicht gelungen. Insbesondere im grenznahen Raum stellen wir fest, dass es die sogenannten Mautflüchtlinge gibt. Es stellt sich nun die Frage: Ist dieses nur eine subjektive Wahrnehmung, oder haben wir es mit einem tatsächlichen Mehraufkommen von LKW-Verkehr auf Land- und Bundesstraßen zu tun. Um dieses letztendlich beurteilen zu können, brauchen wir allerdings belastbarere Zahlen als die, die wir im Augenblick vorliegen haben. Der-

zeit werden diese Zahlen vom Ministerium erarbeitet.

Dabei ist es jedoch müßig, darüber nachzudenken, warum sich die Lage so darstellt, wie sie ist. Es stellt sich auch die Frage: Was ist zu tun? Es gilt, eine umfassende und auf Dauer ausgelegte Lösung zu finden, und dazu benötigen wir abgeschlossene Auswertungen.

Vorweg möchte ich gleich sagen, dass wir eine Sperrung der im Antrag genannten Straßen für den LKW-Durchgangsverkehr nicht für das Mittel der Wahl halten und dem auch nicht zustimmen.

(Beifall von der CDU - Horst Becker [GRÜNE]: Schadel!)

Die Begründung werde ich Ihnen vortragen und natürlich auch einen Vorschlag unterbreiten.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine eigene Erfahrung als Verkehrsteilnehmerin und meine Recherchen und Nachfragen bei den Kreispolizeibehörden ergeben in der Tendenz eine Bestätigung der im vorliegenden Antrag beschriebenen Situation.

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist es!)

Im nördlichen Münsterland beobachtet die Polizei so wie überall im grenznahen Raum eine starke Zunahme von Schwerlastverkehr mit niederländischen Kennzeichen.

Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen: Ich komme selber aus dem Kreis Steinfurt. Dort spielt sich dieser zunehmende Verkehr ganz besonders auf der B 70, der B 54, der B 219 und der B 499 ab. Es ist festzustellen: Die LKWs hängen in regelrechten Schlangen hintereinander und versuchen sich gegenseitig zu überholen. Dabei überschreiten sie vielfach die zulässigen Geschwindigkeiten, die teilweise auf 30 km/h festgelegt sind.

PKW-Fahrer versuchen wiederum, an den LKWs vorbeizukommen und sie mit hohen Geschwindigkeiten zu überholen. Das große Risiko brauche ich Ihnen nicht zu schildern. Man muss feststellen, dass sich unter der Voraussetzung des erhöhten LKW-Aufkommens auch das Verkehrsverhalten von PKW-Fahrern total verändert und auch ein Stück risikoreicher gefahren wird.

Also: Das Ausmaß der Verlagerung von Schwerlastverkehr, das durch die Einführung der LKW-Maut auf Bundesautobahnen verursacht wird, ist wohl unterschätzt worden. Die betroffenen Städte und Gemeinden - da sage ich Ihnen nichts Neues - haben inzwischen auf breiter Front Protest

gegen den zunehmenden Ausweichverkehr formuliert. Angesichts des immer drängender werdenden Problems bedarf es einer sofortigen Einleitung konkreter Maßnahmen in einem straffen Zeitplan.

Abzuwägen gilt nun allerdings die auf breiter Front geforderte Einführung einer Mautpflicht auf den betroffenen Bundesstraßen einerseits oder aber, wie auf der Verkehrsministerkonferenz im Oktober bereits diskutiert, eine Lösung über Verkehrszeichen. Das setzt allerdings eine Änderung der Straßenverkehrsordnung voraus.

Meine Damen und Herren, Fakt ist, dass es bei der Einführung einer Mautpflicht auf Bundes- und Landstraßen zu einer Benachteiligung des städtischen Lieferverkehrs, des regionalen Schwerlastverkehrs und insbesondere des regionalen Werkverkehrs kommen würde. Die gleiche Problematik ergibt sich wiederum für den Fall einer Einführung einer streckenbezogenen LKW-Maut auf Bundesstraßen, die schon bisher in gewissem Umfang für regionalen Schwerlastverkehr in Anspruch genommen wurden, auf denen aber zusätzliche Ausweichverkehre des Güterfernverkehrs hinzugekommen sind.

Durch die Einführung einer allgemeinen Mautpflicht könnte es hier zu schweren Standortnachteilen für Regionen kommen, in denen die Bundesstraßen mautpflichtig sind, im Gegensatz zu den Regionen, in denen eine solche Mautpflicht auf Bundesstraßen nicht existiert. Aus diesem Grund ist es erforderlich, die gesetzlichen und technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass regionale Schwerlastverkehre, insbesondere Werksverkehre, von einer solchen Mautpflicht ausgenommen werden.

Ziel muss es sein, dass die Mautpflicht zielgenau nur ausweichende Fernverkehre trifft. Auch muss es unser gemeinsames Ziel sein, den sogenannten Maut-Ausweichverkehr nicht einer gewissen Willkür zu überlassen. Das heißt, wir benötigen eine Regelung, die möglichst allen Interessen gerecht wird. Grundsätzlich - das wissen Sie - sieht das Autobahnmautgesetz die Möglichkeit vor, dass die Mautpflicht auch auf bestimmte Bundesstraßenabschnitte ausgedehnt werden kann. Voraussetzung ist eine Rechtfertigung aus Sicherheitsgründen.

In jedem Einzelfall setzt das dann die Erhebung und Auswertung verschiedener Informationen voraus. Dazu gehören unter anderem die Unfallentwicklung, die Straßenführung, der Ausbauzustand der Straße, die Betroffenheit der Anwohner und der regionalen Wirtschaft. Allein die zahlen-

mäßige Zunahme des Schwerlastverkehrs ist nicht ausreichend. Außerdem würde es sich dabei um ein sehr aufwendiges und langwieriges Verfahren handeln. Gerade deshalb und vor allem vor dem Hintergrund, dass zum Schutz der betroffenen Anwohner zügig etwas unternommen werden muss, sind straßenverkehrsrechtliche Regelungen zu überdenken.

Die Straßenverkehrsordnung bietet bereits in der jetzt vorliegenden Fassung die Möglichkeit, einzelne Straßenabschnitte im Einzelfall für schwere Nutzfahrzeuge zu sperren. Voraussetzung ist jedoch, dass die in der Straßenverkehrsordnung genannten Gründe auch vorliegen. Dafür ist jeder Einzelfall gesondert zu untersuchen. Unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel sind dabei alle Interessen abzuwägen.

Dazu gehören natürlich auf der einen Seite die berechtigten Belange der Bürger, auf der anderen Seite aber auch Interessen des Schwerlastverkehrs. Allein die Zunahme der schweren Nutzfahrzeuge durch den Mautausweichverkehr rechtfertigt keine Maßnahme. In einem langwierigen Verfahren muss zuvor festgestellt werden, ob eine Gefahr für die Verkehrssicherheit oder eine Beeinträchtigung der Verkehrsordnung besteht und ob zusätzlich eine unzumutbare Lärm- und Abgasbeeinträchtigung für die Anwohner entstanden ist.

Wie im Fall der Ausweitung der Mautgebührenpflicht über die Autobahnen hinaus handelt es sich hier um ein langwieriges und aufwendiges Verfahren, das wahrscheinlich noch viel zusätzliche Bürokratie nach sich ziehen würde. Falls dieser Nachweis dann erbracht würde, würde die Sperrung nach der jetzigen Fassung der Straßenverkehrsordnung auch den regionalen Schwerlastverkehr erfassen. Das jedoch ist nicht unser Ziel.

Wir wollen - ich denke, da besteht auch Konsens - nur den Mautausweichverkehr wieder auf die Autobahn zurückverlagern. Deshalb werden wir den Referentenentwurf der Verkehrsministerkonferenz unterstützen, der eine Änderung der Straßenverkehrsordnung, also eine erleichterte Sperrung von durch Mautausweichverkehr besonders belasteten Strecken, vorsieht.

Danach wird den Straßenverkehrsbehörden ermöglicht, den LKW-Mautausweichverkehr durch Verkehrszeichen zu unterbinden. Somit wird der Schwerlastverkehr, der versucht auszuweichen, wieder auf die Autobahn zurückgeführt.

Meine Damen und Herren, abschließend muss ich feststellen: Die Problematik ist viel umfangreicher, als man es eigentlich vermuten könnte. Deshalb werden wir uns im Fachausschuss, der schon in

der nächsten Woche tagt, nochmals mit den Argumenten auseinander setzen.

Wir stimmen der Überweisung an den Fachausschuss zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brüning. - Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Kollege Wißen das Wort.

**Bodo Wißen (SPD):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bekanntermaßen sind von der LKW-Maut die Fahrzeuge betroffen, die über zwölf Tonnen schwer sind und die die Autobahn nutzen. Dass sich diese der Maut entziehen, indem sie auf Bundes- und Landstraßen ausweichen, ist eine nicht erwünschte Nebenwirkung. Gleichwohl müssen wir diese Tatsache leider feststellen.

Nachdem der Start der Mauterhebung am 1. Januar 2005 erfolgreich verlaufen ist, ist es nunmehr erforderlich, eine Feinsteuerung dieses verkehrspolitischen Instruments durchzuführen. Nach einem Dreivierteljahr Erfahrung mit der Mauterhebung liegen uns hierfür nun ausreichende Erkenntnisse vor. Bereits mit der Mauteinführung sind auch schon die Möglichkeiten ihrer Feinsteuerung diskutiert worden.

Erstens besteht die Möglichkeit, die Mautpflicht auf Bundesstraßen auszudehnen.

Zweitens besteht die Möglichkeit - das ist verkehrspolitisch besonders interessant -, die Höhe der Maut nach bestimmten Streckenabschnitten und nach der Benutzungszeit zu differenzieren.

Hiermit ist eine differenzierte finanzielle Belastung zur Steuerung von Schwerverkehrsströmen gemeint. Erst durch dieses Instrument bekommt die LKW-Maut neben dem Finanzaspekt einen Verkehrslenkungsaspekt. Das heißt, ein- und derselbe Streckenabschnitt wird zu verschiedenen Tageszeiten differenziert bemautet, sodass zum Beispiel in sogenannten Rushhour-Zeiten LKW-Fahrten auf hoch belasteten Streckenabschnitten betriebswirtschaftlich unattraktiv werden, zu Nachtzeiten hingegen sehr günstig sein können.

Weitere Handlungsmöglichkeiten zur Feinsteuerung sind unter anderem Geschwindigkeitsbegrenzungen für LKW-Verkehre, Nachtfahrverbote und die Umleitung des Schwerlastverkehrs auf geeignete Ausweichstrecken.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie sehen, existiert bereits ein Blumenstrauß von Maßnah-

men, der Verlagerung des Schwerlastverkehrs von der Autobahn in das nachgelagerte Straßennetz entgegenzuwirken. Diese Maßnahmen gilt es nun sensibel und zielorientiert anzuwenden. Dies gilt vor allen Dingen in den Bereichen, bei denen die Erhöhung des LKW-Verkehrs zu einer außergewöhnlichen Gefahrenlage oder aber für die örtlich betroffene Bevölkerung zu einer unerträglichen Mehrbelastung durch Lärm und Abgase führt.

Mit Feinsteuerung meine ich aber nicht die Holzhammermethode, wie sie dem vorliegenden Grünen-Antrag ausschließlich zu entnehmen ist. Dieser Antrag ist ein wiederholtes Beispiel für die grüne Radikalität in der Verkehrspolitik, indem er ausschließlich auf Straßensperrungen zur Vermeidung von Mautausweichverkehren setzt. Dabei ist fraglich, ob Straßensperrungen für den Schwerlastverkehr tatsächlich Mautausweichverkehre verhindern oder ob sie nicht vielleicht zu einer weiteren Umfahrung Anreiz bieten. Straßensperrungen betreffen außerdem nicht nur die Transitverkehre, sondern auch Ziel- und Quellverkehre in der jeweiligen Region.

Ist dies der Fall, dann ist dieses Instrument fehl am Platz; denn man schießt mit Kanonen auf Spatzen. Daher ist viel differenzierter zu analysieren, an welcher Stelle eine Straßensperrung für den Schwerlastverkehr tatsächlich geboten ist - und insbesondere, wie diese vor Ort wirkt. Prozentuale Vorher-nachher-Zählergebnisse reichen hierzu nach unserer Meinung nicht aus. Erst die absoluten Werte sagen etwas über die tatsächliche Verkehrsbelastung vor Ort; denn eine Steigerung um 50 % kann zwei, 15 oder auch 100 zusätzliche LKWs bedeuten. Dort gibt es eine Riesenspanne.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass die Feinjustierung mit den eben genannten Instrumenten dazu führen muss, dass bei einer Mauterhebung die wirtschaftlichen Vorteile der Autobahnnutzung überwiegen. Dabei wissen wir aus der Verkehrslogistik, dass in vielen Fällen Zeitverluste durch den Transport auf dem nachgelagerten Straßennetz von den betroffenen Unternehmen eher in Kauf genommen werden als erhöhte Transportkosten. Dies liegt daran, dass viele Unternehmen ihre örtliche Lagerhaltung auf ein Minimum reduziert haben und diese nun im öffentlichen Straßennetz stattfindet. Auch der hohe Anteil von LKW-Leerfahrten zeugt von der zum Teil nachrangigen wirtschaftlichen Bedeutung der LKW-Maut.

Sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Antrag greift ein wichtiges verkehrspolitisches

Thema auf. Diesem Thema müssen wir uns auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mit dem Ziel annehmen, einzelfallbezogene Maßnahmen zu ergreifen.

Die alleinige Forderung der Grünen nach Straßensperrungen zeugt jedoch von mangelndem wirtschaftlichem und verkehrspolitischem Sachverstand.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Na, na, na!)

Da wir Sozialdemokraten aber seit Jahren daran arbeiten, das Feindbild Verkehr bei den Kolleginnen und Kollegen der Grünen zu korrigieren, werden wir dies auch im vorliegenden Fall tun und stimmen selbstverständlich der Überweisung des Antrags in den Fachausschuss zu. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. - Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Rasche das Wort.

**Christof Rasche<sup>1)</sup>** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wißen, das war eine inhaltlich begeisterte Rede.

(Zuruf von der SPD: Dann müssen Sie auch klatschen!)

Sie haben erneut die Verkehrspolitik der Grünen kritisiert. Und Sie in der SPD müssen es ja wissen; denn Sie mussten sich zehn Jahre mit Ihrem Koalitionspartner herumschlagen, vor allem in verkehrspolitischen Fragen.

Ich glaube, wir sind da einer Meinung und gehen in eine Richtung, die zielorientiert ist; denn wir wollen die Probleme lösen. Die Einführung der LKW-Maut hat natürlich zu erheblichen Ausweichverkehren geführt - auf Bundes- und auf Landesstraßen. Zweifellos hat dies dazu geführt, dass die Bürgerinnen und Bürger, die an diesen Straßen wohnen, erheblich mehr belastet sind. Das ist auch in meiner Heimatstadt Erwitte an der B 1 der Fall. Das ist völlig unbestritten, Herr Keymis.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Buderich!)

- Auch in Buderich, Herr Minister; vollkommen richtig.

Meine Damen und Herren, das Ziel der FDP ist es, die Transitverkehre wieder dorthin zu bekommen, wo sie hingehören, nämlich auf die Bundesfernstraßen und auf die Autobahnen.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Dann stimmen Sie zu, Herr Rasche!)

- Herr Keymis, dafür benötigen wir allerdings belastbare Daten und Zahlen. Zudem müssen wir bei jeder einzelnen Maßnahme immer die Folgewirkungen beachten. Auch das haben Frau Brüning und Herr Wißen Ihnen schon zu erklären versucht; es scheint aber noch nicht angekommen zu sein.

Meine Damen und Herren, ein Schnellschuss ohne belastbare Daten und ohne Beachtung der Folgewirkung ist der falsche Weg. Trotzdem wollen die Grünen diesen Weg gehen. Bei den Zahlen, die sie in ihrem Antrag zugrunde gelegt haben, handelt es sich um die Durchschnittswerte des ersten Halbjahres 2005. Wir wissen alle gemeinsam, dass die aktuellen Zahlen anders aussehen; denn die Werte haben sich hinterher reduziert. Am Anfang haben viele Unternehmen und viele LKW-Fahrer das versucht, vor allem im Januar/Februar/März. Dann haben sie aber gemerkt, dass es nichts bringt und dass es viel teurer ist, die Ausweichverkehre auf der Bundesstraße zu gestalten, als die Autobahn zu nutzen. Daher sind viele wieder zurückgekehrt. Ich bin mit dem Ergebnis noch nicht zufrieden; da gebe ich Ihnen Recht, Herr Becker. Es müssen noch mehr wieder zurück. Die Zahlen sehen heute aber anders aus als der Durchschnitt im ersten Halbjahr.

Zudem wurden alle LKWs über 3,5 t gezählt. Mautausweichverkehre betreffen aber nur die LKWs mit mehr als zwölf Tonnen. Von daher muss man die Zahlen ganz eindeutig differenziert betrachten. Uns gehen in dieser Frage die Zahlen über zwölf Tonnen an. Die Zahlen zwischen 3,5 und zwölf Tonnen müssen wir da schon herausrechnen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Die sind rausgerechnet!)

Meine Damen und Herren, um Lösungen zu bekommen, benötigen wir belastbare oder ausgewertete Daten; denn wir wollen doch dort mit Maßnahmen tätig werden, wo es sinnvoll und notwendig ist.

Zudem müssen wir dringend die Folgewirkungen beachten. Bei einer Sperrung, wie sie von den Grünen beantragt wurde, muss vermieden werden, dass es zu Ausweichverkehren auf das nachgeordnete Straßennetz kommt. Das führt nämlich zu noch mehr Belastungen und übrigens zu einem ganz erheblichen Gefährdungspotenzial. Natürlich müssen wir auch die Folgewirkungen mit ihren Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft beachten. Wir dürfen nicht nur das eine, den Ver-

kehr, sehen, sondern müssen auch die regionale Wirtschaft beachten.

**(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)**

Ich frage mich am Schluss: Wo liegt denn wirklich die Intention bei den Grünen? Ist es dieser Grundsatz, dort, wo es geht, LKW-Verkehr zu verhindern, zu vermeiden, zu verbieten? Ich glaube, das ist der Ansatz. Da sind sich alle drei Fraktionen einig.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Das ist Quatsch! Wir wollen die Bevölkerung schützen, Herr Rasche!)

- Na klar, indem man alle LKWs verhindert und alle Straßen sperrt, Herr Keymis. Logisch, so machen Sie das.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Lesen Sie den Antrag!)

Oder ist es tatsächliche Ihre Intention, das erhebliche Aufkommen von Transitverkehren wieder zurück auf die Autobahn zu bringen?

(Ralf Witzel [FDP]: Schützt die Grünen!)

Wenn das Ihre Intention ist, sind wir uns einig. Das sagen doch alle drei Fraktionen. Aber sie sagen Ihnen auch: Der Weg, den Sie einschlagen, ist nicht haltbar und nicht machbar.

(Beifall von der FDP und von Christian Weisbrich [CDU])

Vielleicht liegen wir ja beim Ziel mit allen vier Fraktionen auf einem Nenner.

Natürlich stimmt die FDP der Überweisung zu. Allerdings: Unüberlegte Schnellschüsse sind mit der FDP nicht zu machen. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Rasche. - Als nächster Redner hat Minister Wittke für die Landesregierung das Wort. Bitte schön.

**Oliver Wittke,** Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Seit Einführung der Lkw-Maut auf Autobahnen mit Beginn des Jahres 2005 wird das Thema „Maut-Ausweichverkehre von Lkw in Nordrhein-Westfalen“ von vielen Seiten immer wieder zu Recht thematisiert.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung die Besorgnis der Bürgerinnen und Bürger vor Ort über die von ihnen wahrgenommene Steigerung der Abgas- und Lärmbelastungen und

über die empfundenen Einschränkungen der Verkehrssicherheit durch Lkw-Verkehre verstehen kann.

Ich habe aber auch volles Verständnis für die Äußerungen der Güterkraftverkehrswirtschaft, die auf die wirtschaftlichen Folgen der Mauterhebung und die damit für sie verbundenen Dispositionsänderungen aufmerksam macht.

Gerade weil die Folgen der Mauterhebung ein solch sensibles Thema sind, kommt es für mich darauf an, dass die Maßnahmen, die für eine Rückverlagerung des Mautausweichverkehrs gegebenenfalls zu treffen sind, sorgfältig abgewogen werden. Vorschnelles Handeln ist dabei völlig fehl am Platze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bereits vor der Maut-Einführung war die mautbedingte Verdrängung des Verkehrs von den Autobahnen auf das nachgeordnete Netz der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen eine weit verbreitete Befürchtung. Deswegen wurde der Bund - im Übrigen von Anfang an - auf einen Handlungsbedarf hingewiesen. Um eine Entscheidungsgrundlage für geeignete Maßnahmen zur Rückverlagerung zu erhalten, wurden deshalb gemeinsam von Bund und Bundesländern Untersuchungen durchgeführt, auf welchen Straßenabschnitten gegebenenfalls mit Mautverdrängung zu rechnen ist.

Hierzu wird zweigleisig, miteinander verzahnt vorgegangen. Mit mathematischen Modellsimulationen werden Streckenabschnitte auf Bundes- und auf relevanten Landesstraßen identifiziert, auf denen Mautausweichverkehre zu erwarten sind. Gleichzeitig werden auf diesen Strecken Vorher- und Nachher-Zählungen an den dort installierten Dauerzählstellen vorgenommen. Die rechnerischen Ergebnisse werden mit den tatsächlichen Zählungen abgeglichen und justiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Bezug auf den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen weise ich darauf hin, dass die Ergebnisse der automatischen Dauerzählstellen in Nordrhein-Westfalen bereits seit Januar 2001, Herr Becker, im Internet verfügbar sind. Sie sind unter der einschlägigen Internetadresse mit dem Suchbegriff „Dauerzählungen“ zu finden. Für weitere Informationen und für weiteren Beratungsbedarf, Herr Becker, steht Ihnen mein Haus gerne zur Verfügung.

Zu den im Internet aufgeführten Zähldaten und den daraus abgeleiteten Lkw-Verkehrszunahmewerten, die in der Kleinen Anfrage 51 ausgewiesen sind, bemerke ich, dass die Dauerzählstellen technisch bedingt alle Lkw über 3,5 t zulässigen Gesamtgewichts herangezogen haben. Die Lkw

mit mehr als 12 t zulässigen Gesamtgewichts bilden in der Gesamtzahl der Lkw über 3,5 t eine Teilmenge. Deswegen muss zur Feststellung des mautverdrängten Verkehrs eine Umrechnung erfolgen. Sie wird zurzeit noch von der Bundesanstalt für Straßenwesen durchgeführt.

Insofern sind die im Antrag geforderten Maßnahmen auf der Basis der von Bündnis 90/Die Grünen genannten Zähldaten nicht zulässig. Hinzu kommt, dass es sich bei den angegebenen Werten in der Kleinen Anfrage 51 um Durchschnittsangaben des ersten Halbjahres 2005 handelt, die zwangsläufig Effekte von Suchverkehren zum Mautbeginn beinhalten und insofern nicht auf Dauer repräsentativ sein können.

Wir haben ganz im Gegenteil auf allen Strecken, auf denen gemessen wird, einen rapiden Rückgang des Lkw-Verkehrsaufkommens von Januar bis heute festgestellt. Im Januar wuchs der Lkw-Verkehr um über 80 % an. Mittlerweile - das ist immer noch schlimm genug - beträgt der Zuwachs nur noch 20 %. Das heißt, die Daten, die Sie als Horrormeldungen in die Welt hinausposaunt haben, müssen ganz genau untersucht werden. Dabei sind wir gerade.

Meine Damen und Herren, die aktuellen Daten weichen deshalb in der Regel deutlich nach unten ab. Die bundesweiten Untersuchungen, die sich wegen der Repräsentanz auf die Verkehrsdaten des zweiten Quartals 2005 beziehen, laufen derzeit und werden noch im Herbst abgeschlossen sein. Anschließend werden die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen ausgewertet. Gegebenenfalls wird danach über Maßnahmen zu entscheiden sein.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Dieses Vorgehen ist im Übrigen mit dem Bund und mit allen anderen Ländern abgestimmt. Es wird - wie bei der Verkehrsministerkonferenz in Rostock nochmals bekräftigt - auch von allen eingehalten.

An dieser Stelle will ich zwei Bemerkungen machen:

Zum einen hat der Bundesverkehrsminister angedeutet, dass nach seiner Ansicht etwa zehn bis 15 Strecken für die Einführung einer Lkw-Maut auf Bundes- oder auf Landesstraßen infrage kommen. Schon heute ist absehbar, dass unter diesen zehn bis 15 Strecken nach Ansicht des Bundesverkehrsministeriums keine einzige Strecke in Nordrhein-Westfalen sein wird, weil der mautverdrängte Verkehr in anderen Bundesländern deutlich höher ist als bei uns im Land.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf die Beispiele aus anderen Bundesländern, die im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen genannt worden sind. Herr Becker, in Sachsen gab es keine einzige Straßensperrung für schwere Lkw nach Einführung der Lkw-Maut.

(Heiterkeit von Christof Rasche [FDP])

In Hessen gibt es in der Tat zwei Fälle, in denen derzeit Klagen vor Gerichten anhängig sind. Ich wage die Prognose, dass die Antragsteller in beiden Fällen Recht bekommen werden. Nach unserem Dafürhalten lässt es die Datenlage einfach noch nicht zu, die Aufhebung der Sperrung zu verhängen.

Zu Ihrem dritten Beispiel aus Rheinland-Pfalz: Dabei handelt es sich um eine Straßensperrung, die es schon in der Vergangenheit gab, weil es dort eine zu hohe Belastung durch Lkw-Verkehr gab.

(Horst Becker [GRÜNE]: Die B 9!)

Sie ist zwischenzeitlich wieder aufgehoben worden.

(Horst Becker [GRÜNE]: Richtig!)

Jetzt ist sie wieder eingeführt worden. - Es ist an den Haaren herbeigezogen, davon zu sprechen, das sei eine Sperrung aufgrund von Mautausweichverkehren.

(Horst Becker [GRÜNE]: Schauen Sie in die Pressemitteilungen von Rheinland-Pfalz!)

Meine Damen und Herren, die im Antrag eingeforderten straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen auf Straßen, die mit einem Zuwachs an schwerem Güterverkehr in Höhe von 25 % oder mehr belastet werden, sind deshalb - so glauben wir - verfrüht, weil sie letztlich unbegründet und damit nicht gerichtsfest sind.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Auch die weitere Antragsforderung betreffend die Änderung des § 45 Straßenverkehrsordnung hat sich bereits erledigt. Der Verordnungsentwurf des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen zur erleichterten Sperrung von durch Mautausweichverkehren belasteten Straßen liegt dem Bundesrat derzeit noch nicht vor. Vielmehr findet zurzeit zwischen dem Bundesverkehrsministerium und den obersten Straßenverkehrsbehörden der Länder das Abstimmungsverfahren statt. Hierbei hat das Ministerium für Bauen und Verkehr als oberste Straßenverkehrsbehörde unseres Landes Nordrhein-Westfalen dem vom Bundesverkehrsminister unterbreiteten Vorschlag

zur erleichterten Sperrung von durch Mautausweichverkehren belasteten Straßenstrecken vorbehaltlos zugestimmt.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Na, also!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammenfassend stelle ich fest:

Erstens. Die genannten Zahlen geben keine Auskunft über den tatsächlichen mautverdrängten LKW-Verkehr in unserem Land.

Zweitens. Aktuelle Ergebnisse aller Dauerzählstellen werden im Internet bereits seit viereinhalb Jahren veröffentlicht.

Drittens. Alle angegebenen Beispiele aus anderen Bundesländern sind nicht einschlägig und können zu Vergleichen nicht herangezogen werden.

Viertens. Die Landesregierung hat allen Vorschlägen zur Änderung des § 45 Straßenverkehrsordnung zugestimmt.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Becker, der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen läuft deshalb in allen aufgeführten Punkten ins Leere. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Becker hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön.

**Horst Becker (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, einiges muss noch einmal richtig gestellt werden. Ich will mich jetzt nicht an pseudo-pädagogischen Maßnahmen von SPD-Kollegen abarbeiten, auf die wir gut verzichten können; aber ich will doch zu einigen Dingen Stellung nehmen, die hier fälschlicherweise behauptet worden sind:

Erstens. Das Land Rheinland-Pfalz hat die Sperrung der B 9 sehr wohl mit dem Mautausweichverkehr begründet, Herr Minister.

(Minister Oliver Wittke: Das bestreite ich auch nicht! Aber trotzdem ist es nicht richtig!)

- Sie haben aber den Eindruck erweckt, es hätte damit nichts zu tun.

Zweitens. Wenn Sie darauf hinweisen, dass es bei den Dauerzählstellen - die Sonderzählstellen sind nach meinem Kenntnisstand übrigens nicht im Internet veröffentlicht - um Verkehr ab 3,5 t geht, ist das zumindest, was die Basiswerte angeht, richtig. Laut Auskunft Ihres Hauses ist es aber in Bezug auf die veröffentlichten Zahlen, die

das erste Halbjahr und nicht nur ein Quartal ausweislich der Antwort auf Frage 4 umfassen, falsch. Denn es sei so - ich zitiere -, dass es sich um ein Umrechnungsverfahren handelt, dass die BASt, die Bundesanstalt für Straßenwesen, dort vornehmen würde und das sei herausgerechnet.

Jetzt nehme ich einmal an, das wäre nicht so. Dann richtet sich Ihr Argument gegen sich selber, weil es folgende Bedingung hat: Wenn es auch jetzt noch tatsächlich der Verkehr ab 3,5 t ist, der mit diesen Prozentzahlen in der Gesamtmenge behaftet ist, können Sie sich ausrechnen, dass es zwischen 3,5 und 12 t keinen Mautausweichverkehr gab und auch keine Maut bezahlt wird. Deswegen besteht da auch kein Bedürfnis nach Mautausweichverkehr.

Das heißt, dass der Zuwachs aus der Gesamtmenge, der hier beziffert worden ist, betrifft ausschließlich Fahrzeuge ab 12 t. Dann ist er in Wahrheit sogar noch höher. Ich wäre mit der Argumentation sehr vorsichtig; denn wenn sie stimmt, ist die genannte Prozentzahl zu niedrig, weil sie nämlich die Gesamtmenge umfasst. Es geht aber in Wahrheit um die Teilmenge ab 12 t.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich möchte des Weiteren darauf hinweisen, dass Sie behaupten, die Maßnahmen seien nicht zulässig. Die Maßnahmen sind zulässig.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: So ist es!)

Ausweislich Hessen und Rheinland-Pfalz - dabei zählt, wie Rheinland-Pfalz es selber begründet - geht dies.

Nun prognostizieren Sie uns den Ausgang vor Gericht. Dazu können alle immer viele Prognosen abgeben. Ich will auch eine abgeben: Sie haben gesagt, dass § 45 geändert wird und wir als Bundesland das unterstützen. Das begrüße ich. Das war so ziemlich die einzige Ihrer Aussagen, die ich ausdrücklich begrüße. Wenn das so ist, und selbst wenn Sie zu Recht annehmen, dass es rechtsfehlerhaft war, wie Hessen gehandelt hat, sage ich Ihnen: Bei der Zeitdauer, die Sie vor Verwaltungsgerichten einplanen müssen, liegt die Änderung des § 45 schon bis zu einer Entscheidung vor. Spätestens dann haben Sie die Ermächtigung für eine solche Maßnahme mit zusätzlichen Untersuchungen, von denen Sie eben gesagt haben, dass sie nötig sind.

Meine Damen und Herren, die FDP redet gerne von Tempo und Qualität. Ich stelle fest: Sie haben weder Tempo noch Qualität

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

noch haben Sie Mut oder den Sinn dafür, dass sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen dadurch sehr betroffen fühlen. Das ändert sich auch nicht, wenn Herr Stolpe für dieses Land nicht eine einzige Straße zur Bemaunung vorsieht.

Noch einmal: Wer als Lösung die Bundesstraßen irgendwo in ferner Zukunft bemaunten will, schafft ganz neue Probleme. Wenn Sie von wirtschaftlichen Standortbedingungen reden, sehe ich Sie heute schon demnächst sagen, dass das alles nicht geht wegen der Bedingungen für die Firmen vor Ort.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Becker. - Herr Minister Wittke hat sich noch einmal gemeldet.

**Oliver Wittke,** Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Becker, jetzt wird der Unterschied zwischen der Politik der Landesregierung und grüner Politik offenbar. Sie wollen auf der Basis von nicht feststehenden Zahlen - wie Sie gerade selbst zugegeben haben -, selbst noch nicht wissend, welche Zahlen tatsächlich relevant sind,

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie wissen es nicht! Wir wissen es!)

Entscheidungen treffen, die am Ende vielleicht nicht einmal gerichtsfest sind.

Das nenne ich ideologisch motivierte Verkehrspolitik, während wir zuerst die Fakten klären, so wie wir es in der Verkehrsministerkonferenz vereinbart haben, und danach politisch handeln. Dieses Land und insbesondere die Menschen in diesem Land haben ein Anrecht darauf, rechtssichere Fakten durch die Landesregierung geschaffen zu bekommen,

(Horst Becker [GRÜNE]: Stimmen Ihre Zahlen, oder stimmen sie nicht?)

damit nicht ideologisch motiviert aufgrund von unsicheren Zahlendaten irgendwelche Regelungen herbeigeführt werden.

(Beifall von der CDU)

Deshalb noch einmal, Herr Becker: Wir werden uns nicht ins Bockshorn jagen lassen, sondern werden - so wie es sich für eine ordentlich und rational handelnde Landesregierung gehört - erst dann handeln, wenn alle Zahlen auf dem Tisch liegen, wenn wir wissen, was im Lande tatsächlich

los ist. Dann werden wir da, wo es notwendig ist, die Initiative ergreifen und die Bürgerinnen und Bürger schützen, ohne aber mit der ideologischen Brille LKW-Verkehr an allen Stellen des Landes unmöglich zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Becker?

(Minister Oliver Wittke: Dann muss er noch einmal ans Mikrofon gehen! Ich bin fertig! - Horst Becker [GRÜNE]: Schade, aber wir haben ja im Ausschuss noch Zeit!)

- Sie haben die Rede beendet. Ich schlage vor, das miteinander zu klären.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/465** an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für die Empfehlung dieses Antrags? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist diese Überweisung einstimmig so angenommen.

Wir kommen zu:

## **5 Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/469

Es gibt dazu auch einen **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/541**, der Ihnen vorliegt.

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Biesenbach von der CDU-Fraktion das Wort.

**Peter Biesenbach** (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir legen Ihnen heute einen Antrag vor, bei dem wir einen weiteren Schritt in einem Schwerpunkt machen wollen, den sich die Koalition der Erneuerung hier in Nordrhein-Westfalen gesetzt hat, nämlich besonders die Kriminalität bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu bekämpfen, die straffällig geworden sind. Wir möchten damit eine Idee in den Landtag einbringen, die wir bereits in der letzten Legislaturperiode angesprochen haben und die aus meiner Sicht in sich bereits zwingend ist. Wir wollen die Regierung bitten, der besonderen Situ-

ation der jungen Erwachsenen im Strafvollzug dadurch Rechnung zu tragen, dass spezielle Vollzugsanstalten oder besondere Abteilungen in den Vollzugsanstalten mit einem auf diesen Personenkreis zugeschnittenen Behandlungsangebot eingerichtet werden.

Der Grund ist simpel. Kriminalität ist bei jungen Erwachsenen - ich nehme einmal die 5 % aus, die Mehrfachtäter sind - nach wie vor ein überwiegend episodenhaftes Phänomen. Oft ist sie auch Ausdruck eines Reifungsprozesses, in dem Grenzen ausgetestet werden und Normen gelernt werden müssen. Häufig - das zeigt leider die Praxis - ist das kriminelle Verhalten bei jungen Erwachsenen noch nicht Ausdruck einer verfestigten kriminellen Lebensweise, sondern oftmals noch Folge einer misslungenen Identitätsfindung und besonderer Problemlagen. Um diesen Problemlagen Rechnung zu tragen, halten wir den allgemeinen Strafvollzug, in dem Täter aller Altersgruppierungen aufeinander treffen, für weniger geeignet.

Junge straffällig gewordene Erwachsene sind häufig charakterlich noch formbar und oft auch eher bereit als ältere, ihr Verhalten zu reflektieren und zu überdenken, aber nur dann, wenn sie in einer ihrer Altersgruppe entsprechenden Art und Weise angesprochen und auch Angebote erhalten. Gerade in dieser Altersgruppe sind, glauben wir, besonders gute Resozialisierungschancen, wenn es sie denn noch gibt, vorhanden, und wir wollen speziell auf diese Altersgruppe zugeschnittene Behandlungs- und Betreuungsmaßnahmen.

Viel mehr muss man hierzu inhaltlich nicht begründen. Es war immer ein Anliegen, das sich aus unserer Sicht eindeutig erschließt. Ich hoffe deshalb, dass der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD allenfalls als ergänzende Maßnahme aufgefasst werden kann und nicht als konträre. Wenn Sie „ergänzend“ sagen, haben wir keine Bedenken. Dann streite ich heute nicht darum, was wir längst hätten umsetzen können. Wenn Sie sagen, das, was darin steht, tragen wir heute mit, ist das Konsens bei Überlegungen, die wir in der letzten Legislaturperiode ebenfalls angestellt haben. Dann muss man sich nicht darüber streiten, sondern dann gilt es, diesen Weg einfach zu gehen. Dann erwarten wir aber auch, dass Sie sagen: Wir gehen wirklich in die spezielle Situation hinein und tragen den Antrag der Koalitionsparteien mit. Denn er dient einem zweifellos guten Zweck. In diesem Sinne hoffe ich heute auf eine einstimmige Entscheidung in der Sache, auch wenn wir es nur übertragen. Aber die Voten werden deutlich machen, in welche Richtung wir gehen. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Biesenbach. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Orth das Wort.

**Dr. Robert Orth<sup>\*)</sup>** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! So langsam gewöhnt man sich an die Situation, dass man immer das Gleiche sagen muss, wenn man nach der CDU spricht. Das hatten wir in den letzten fünf Jahren nicht immer.

(Frank Sichau [SPD]: Warum auf einmal jetzt!)

Hier entspricht es aber auch ganz klar der eigenen Überzeugung. Denn vieles, was wir heute besprechen, ist auch Ausfluss der Arbeit, die Herr Söffing und ich in den letzten fünf Jahren vorangebracht haben. Uns geht es darum, dass wir die jugendlichen Straftäter, die in den Gefängnissen sind, unter dem Leitgedanken des KJHG besonders behandeln.

Wir haben das KJHG vor einigen Jahren verabschiedet und haben gesagt, dass die Heranwachsenden bis zum Alter von 27 Jahren in besonderer Weise formbar sind, auf entsprechende erzieherische Maßnahmen noch ansprechen, sodass man ihnen eine besondere Zuwendung zukommen lassen muss. Wenn man diesen Grundgedanken im gesamten Sozialbereich verfolgt, zum Beispiel entsprechende Programme für Jugendliche auflegt und dann bei denen, die die Hilfe besonders nötig haben, weil sie straffällig geworden sind, versagt, war das in den letzten Jahren ein falscher Weg.

Wir möchten erreichen, dass die Heranwachsenden im Vollzug von den sonstigen Straftätern getrennt sind, dass sie nicht mit den schweren Jungs, die ihre Zukunft innerlich abgeschlossen haben, in Berührung kommen, um gerade bei den Jugendlichen das nicht passieren zu lassen, was teilweise auch von den Grünen immer wieder behauptet wird: Wer in den Strafvollzug geht, kommt „verdorben“ wieder heraus. Wir möchten sie daher getrennt unterbringen und sehen darin eine besondere Resozialisierungschance.

(Beifall von der FDP - Frank Sichau [SPD]: Bei Jugendlichen?)

- Bei Heranwachsenden im Alter von 18 bis 27. - Wir glauben, dass die Persönlichkeitsentwicklung in dieser Gruppe noch nicht abgeschlossen ist, sodass wir mit altersgerechten Betreuungsmaßnahmen wie Schul- und Ausbildungsangeboten

sowie sozialen Angeboten positive Ergebnisse erzielen können.

Wir glauben nicht an das Zitat von Liszt aus dem Entschließungsantrag der SPD, das, mit dem Zweckgedanken des Strafrechts operierend, besagt, dass die Freiheitsstrafen nicht zur Abschreckung und nicht zur Resozialisierung beitragen würden. Wenn man überlegt, dass Liszt das vor 123 Jahren geschrieben hat, muss man sehen, dass die Realitäten im heutigen Strafvollzug ganz andere sind. Damals stand die Vergeltung im Mittelpunkt, während heute die Resozialisierung im Vordergrund steht. Die Angebote sind also ganz andere. Ich will gar nicht von Belegungszahlen, vom Zustand der Gebäude und Ähnlichem reden. Auch wenn wir vieles beklagen können, ist eines auch klar: Der Strafvollzug vor 123 Jahren ist nicht mehr mit dem von heute vergleichbar.

Von daher hoffe ich, dass wir zu einer einvernehmlichen Verabschiedung unseres Antrags kommen. Ich würde mich freuen, wenn die SPD und Grünen den Antrag mittragen würden. - Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Orth. - Für die SPD-Fraktion ist Herr Stotko an der Reihe.

**Thomas Stotko** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Einigkeit, die hier heraufbeschworen wird, kann ich nicht ganz halten, aber ich gebe mir zumindest Mühe, Kollegen Orth und Biesenbach, denn der heute vorliegende Antrag von CDU und FDP - wie soll ich es sagen - klingt mehr banal als logisch. Die Resozialisierung junger erwachsener Straftäter zu verbessern - wer wollte das nicht? Dass wir einhellig mit den Grünen und der SPD rufen: „Yippie ey yeah“; das machen wir gern“, kann ich mir gut vorstellen.

Vielleicht erst zur Begrifflichkeit, weil sich mancher mit dem Thema nicht häufig beschäftigt. Wir reden nicht über diejenigen Straftäter, die zwischen 14 und 21 sind und als Jugendliche oder Heranwachsende größtenteils nach dem Jugendgerichtsgesetz bestraft werden, sondern wir sprechen von einer Gruppe, von der wir offensichtlich gemeinsam meinen, dass man sie am besten noch nach Jugendstrafrecht behandeln würde, sie ist aber im Alter zwischen 21 und 26, bei der - wie Sie es gerade richtig formuliert haben - Hopfen und Malz noch nicht ganz verloren ist. Das muss man so klar sagen.

Wenn es um diese Forderung in Ihrem Antrag geht, für diese jungen Erwachsenen im Strafvollzug ein auf diese Gruppe genau zugeschnittenes Behandlungsangebot einzurichten, haben Sie die Unterstützung aus der SPD. Dessen bin ich mir sicher.

Man kann sich zwar semantisch mit dem Begriff Behandlungsangebot auseinander setzen - das können wir im Ausschuss machen -, denn ich weiß nicht genau, was das sein soll und komme mir dabei vor, als wäre ich beim Arzt. Ich denke, es ist eine Möglichkeit, dass wir diesen jungen Erwachsenen im Strafvollzug dann die größte Chance bieten, sodass dort die Rückfallquoten geringer werden. Dessen bin ich mir sicher.

Sie haben unsere Unterstützung aber leider dann nicht, wenn - deshalb ist unser Entschließungsantrag gestellt worden - man den Eindruck gewinnt, als verfolge die neue Landesregierung das Ziel, eine gesonderte Unterbringung im geschlossenen Vollzug - ich nenne es mal Wegsperrern - als das Hauptanliegen zu formulieren. In Ihrem Antrag kam leider zu den anderen Bereichen, die wir im Entschließungsantrag formuliert haben, nichts vor. Wenn man sich das anschaut, dann finden Sie in unserem Entschließungsantrag Ausführungen zum Thema der ehrenamtlichen Unterstützung im Strafvollzug und der Stützung des offenen Strafvollzuges, aber auch die erfolgreichen Projekte zur Haftvermeidung.

Insoweit, Kollege Biesenbach, gebe ich Ihnen natürlich Recht. Ich empfinde unseren Antrag nicht konträr zu dem Antrag von CDU und FDP, sondern als ein ergänzendes Angebot, das wir gemeinsam im Ausschuss zu einem großen Projekt formen können. Darüber würde ich mich freuen.

Aber wenn man den Antrag betrachtet, kommt man schnell auf die Idee, dass es eher um Symbolpolitik geht. Sie sehen mir bitte nach, dass ich wieder einmal den Eindruck gewinne, dass es nicht um eine abgestimmte systematische Linie geht, sondern - wie in so vielen Dingen - um eine Politik der Symbole wie der Ausfall von fünf Millionen Unterrichtsstunden, wie Windkrafträder, wie Reiterstaffeln, wie Grundschulschließungen oder wie Jugendkriminalität. Man mag damit eine Wahl gewinnen, aber man kann das Land natürlich nicht mit Symbolpolitik regieren.

(Beifall von der SPD)

Es genügt nicht, ein kleines Eckchen herauszuschneiden, und dann ist Glückseligkeit vollbracht.

(Ralf Witzel [FDP]: Man muss aber irgendwann einmal mit dem anfangen, was man für richtig hält!)

- Ja, wunderbar! Dazu haben Sie ja jetzt die besten Möglichkeiten. Wir freuen uns darüber, Kollege Witzel. Ich freue mich auch, wenn Sie mitarbeiten. Wir werden das jederzeit überprüfen. Ich werde mir das genau merken. Dessen können Sie sicher sein.

Sie dürfen - das ist mir noch wichtig - nicht verschweigen, dass mit einer Maßnahme, wie Sie sie hier formulieren, nicht die Jugendkriminalität zurückgedrängt wird. Das wird nicht der Fall sein. Sie gewinnen höchstens an den Stammtischen an Popularität, aber nicht bei dem Thema selbst.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, wie Jugendkriminalität entsteht. Jugendkriminalität wird begünstigt durch die Erfahrung innerfamiliärer Gewalt, durch gravierende soziale Benachteiligung, durch schlechte Zukunftschancen aufgrund eines niedrigen Bildungsniveaus, durch Integrationsprobleme - ein großes Problem in der Gruppe der 21- bis 26-Jährigen - und durch die Gewalt in den Medien.

Unser wichtigstes Ziel im Strafvollzug ist und bleibt aber die Resozialisierung. Wenn die Wiedereingliederung, vor allem der jungen erwachsenen Straftäter, in die Gesellschaft gelingt, dann wird ihnen eine Perspektive gegeben. Damit haben wir uns selbst, der Bevölkerung, den größten Dienst erwiesen, denn entscheidend ist doch, dass die nächste Straftat gerade nicht begangen wird.

Wenn wir also über die Bekämpfung der Jugendkriminalität sprechen, sollten wir uns vor ideologischen Überreaktionen schützen und einerseits durchaus formulieren, dass es darum geht, eine gerechte und angemessene Ahndung von Straftaten zu erreichen, aber wir sollten andererseits vermeiden, die Bedeutung der Jugendkriminalität reißerisch zu überhöhen.

Die Äußerungen der Justizministerin, getragen durch die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, heben sehr stark darauf ab, nicht den Grundgedanken des Jugendgerichtsgesetzes in den Mittelpunkt zu stellen. Der lautet: Erziehung statt Strafe. Man gewinnt bei dem Antrag von gestern, im Antrag von heute und in den Diskussionen, die im Rechtsausschuss entstehen, schnell den Eindruck, als wenn es hier aber um das Prinzip Erziehung durch Strafe geht.

Wenn das ernsthaft das Ziel der neuen Landesregierung ist, dann wird es nicht gelingen, dass wir übereinkommen. Dementsprechend haben wir diesen Entschließungsantrag formuliert.

Frau Kollegin Düker hat freundlicherweise gestern in der Debatte bereits auf die Statistik des Bundesministeriums für Justiz hingewiesen. Danach hatten Personen mit Verurteilungen zu freiheitsentziehenden Strafen ein höheres Rückfallrisiko als die mit Bewährungsstrafen. Bei denen, die zum Absitzen einer Strafe verurteilt wurden, liegt die Quote des Rückfalls bei 56 %, bei den Bewährungsstraf Tätern „nur“ bei 45 %. Das dass noch immer 45 % zuviel sind, ist mir auch klar. Aber es soll deutlich werden, dass es zwar bei Bewährungsstraf Tätern eine günstige Sozialprognose gibt, aber dass es manchmal eben auch Sinn macht, jemanden nicht aus seinen sozialen Verhältnissen herauszureißen und ihn eine Haftstrafe absitzen zu lassen.

Deswegen war es die Politik der alten Landesregierung - Herr Kollege Witzel, die war nämlich so schlecht nicht -, zum Beispiel Haftvermeidungsprojekte zu fördern oder aber das Programm der Straffälligenhilfe zu unterstützen, den offenen Vollzug beziehungsweise den Täter-Opfer-Ausgleich und das Diversionsverfahren zu stärken. Das sind Bereiche, in denen, wie wir glauben, Politik ansetzen muss. Dort kann es uns gelingen, die Rückfallquote zu verringern und dafür zu sorgen, dass junge erwachsene Straftäter resozialisiert werden können.

Dies geht insbesondere bei der Gruppe, die in dem Antrag von CDU und FDP benannt ist. Wir beziehen uns da auf die gleiche Studie, die ich schon benannt habe. Von 3.265 Tätern, die zu einer Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt wurden, sind immerhin 2.541 rückfällig geworden. Da man sich absolute Zahlen nicht so gut merken kann: Das sind gleich 77 %. Das ist erschreckend.

Dieser Zahl müssen wir uns als Politiker - egal, welcher Couleur - zuwenden und uns klar machen, dass da im Staat etwas nicht zu funktionieren scheint. Bei insbesondere zu Jugendstrafen verurteilten Tätern ist die Rückfallquote enorm hoch. Für uns als Rechtspolitiker in der SPD-Fraktion, aber auch für die Fachpolitiker in anderen Funktionen, gilt dies als Augenmerk. Wir müssen gerade im Vollzug auf diese jungen Erwachsenen einwirken und dazu beitragen, dass sie wieder in die Gesellschaft integriert werden können.

Die beste Möglichkeit zu Resozialisierung - deshalb unterstützen wir unseren Entschließungsan-

trag - ist der offene Vollzug, der qua Gesetz der Regelvollzug ist. Der Inhaftierte vergisst sicherlich nicht, dass er, während er im offenen Vollzug ist, eine Strafe absitzen muss. Er wird aber dabei nicht aus seinen sozialen Bindungen herausgerissen. Er kommuniziert mit sozialen Kreisen, die sich nicht gerade im Knast befinden, sondern er kann sich mit Menschen unterhalten, die ihr Leben anders gestalten. Letztendlich - das ist ja für die heutige Haushaltslage und für Herrn Linssen auch nicht ganz so schlecht - kostet der offene Vollzug den Staat wesentlich weniger Geld. Deshalb muss man das unterstützen.

Das hat der letzte Jugendgerichtstag auch getan. Auch er hat gesagt, im Jugendstrafvollzug brauchen wir einen besonderen Umgang insbesondere mit den Adoleszenzkonflikten bei jüngeren und bei jungen Erwachsenen. Deshalb müssen wir, wenn wir über diesen Antrag und den Entschließungsantrag sprechen und es im Ausschuss weiter diskutieren, uns auch über die Frage unterhalten, wie Ausbildung und Arbeit der Mitarbeiter im Vollzug gestärkt werden können.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Stotko, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Orth?

**Thomas Stotko (SPD):** Ich möchte meine Rede zunächst zu Ende vortragen, Herr Dr. Orth.

Deshalb ist es für uns wichtig, dass wir uns bei der Diskussion im Ausschuss auch die Frage stellen, wie die Mitarbeiter im Vollzug für diese Aufgabe, die sie übernehmen sollen, geschult werden können. Wir werden also davon ausgehen und werden das auch im Ausschuss geeignet begleiten, dass in den in Ihrem Antrag genannten speziellen Anstalten oder besonderen Abteilungen zumindest langjähriges, erfahrenes, in Jugendfragen besonders geschultes Vollzugspersonal tätig ist, denn sonst kann Ihr Behandlungsangebot nicht geeignet unterbreitet werden.

Meine Damen und Herren, das beste Mittel, die Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten zu schützen, ist die Kriminalprävention. Dazu gehört, Täterin und Täter vor einem Rückfall in die Kriminalität zu bewahren. Auf dem Weg zurück in ein strafrechtes Leben müssen wir sie unterstützen.

Bei der Resozialisierung leisten jedoch neben dem offenen Vollzug insbesondere die sozialen Dienste der Justiz und insbesondere dort die freien Träger eine wichtige Unterstützung. Vor kurzem habe ich den Arbeitskreis der Straffälligenhilfe in Aachen kennen gelernt. Er leistet eine ganz hervorragende Arbeit auf diesem Gebiet. Ich fin-

de, das dortige ehrenamtliche Engagement im Rahmen von Alphabetisierungskampagnen, die dort durchgeführt werden, kann nicht positiv genug bewertet werden. Wir werden daher auch genau beobachten, ob im Rahmen der Haushaltsplanberatungen des Jahres 2006 die Mittel für Beratungsstellen und Projekte der freien Straffälligenhilfe Bestand haben.

Der Strafvollzug im Gefängnis ist nicht immer das beste Umfeld, um insbesondere Täter, die Straftaten von kleiner und mittlerer Kriminalität begangen haben, zu resozialisieren. Die SPD-Fraktion wird daher den Vorstoß von CDU und FDP kritisch begleiten, inwieweit die Schaffung von abgeschotteten Bereichen im Strafvollzug vielleicht auch dazu führen kann, die Resozialisierung dieses Gefangenentypus, nämlich der 21- bis 26-jährigen, und zwar auch mit Migrationshintergrund, eher zu verhindern. Wie hat es der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker richtig formuliert?:

Entlassene Straftäter dürfen durch Chancenlosigkeit nicht noch einmal bestraft werden.

Deshalb müssen wir uns den jungen erwachsenen Gefangenen während des Vollzuges der Jugendstrafe widmen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung so fördern, dass sie in Zukunft ein selbst verantwortetes und gemeinschaftsfähiges Leben führen können, denn wir wollen die Menschen doch zur Freiheit erziehen. Das erreichen wir nicht am besten dadurch, dass wir ihnen die Freiheit entziehen.

Deshalb muss der Strafvollzug ganzheitlich erfolgen unter Berücksichtigung der Diskussionspunkte von CDU und FDP, aber auch unseres Entschließungsantrages, damit dies nicht zu kurz kommt. Die Politik ist dazu aufgerufen, dort, wo dies nötig und möglich ist, aber auch nur da, in aller Besonnenheit mit Maßnahmen zu reagieren, welche die Resozialisierung verbessern. Nicht notwendige und geradezu kontraproduktive Verschärfungen des Jugendstrafrechts wie der von Ihnen schon mehrfach angesprochene Warnschussarrest, aber auch die in Ihrer Fraktion mir bekannte Diskussion um die Erhöhung der Jugendhöchststrafe oder die Abkehr vom Jugendstrafrecht für Heranwachsende sieht die SPD-Fraktion mehr als kritisch.

Wir freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss. Ich bin guter Hoffnung, dass es uns gelingt, eine gemeinsam abgestimmte Auffassung der Fraktionen zu erreichen. Dazu bieten wir unsere Mitarbeit an, wie es Herr Witzel vorhin auch getan hat. - Besten Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Stotko. - Frau Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort.

**Monika Düker (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollegen von der CDU und von der FDP, gestern haben wir über Arrest für Jugendliche geredet, heute reden wir über eine Sonderabteilung für junge Erwachsene im Strafvollzug. Sie stellen immer wieder Resozialisierung und Erziehung in den Vordergrund, aber Sie reden eigentlich nur über das Wegsperrn, Herr Orth und Herr Biesenbach. Das halte ich für konzept- und phantasielos. Wenn wir darüber reden, wie wir junge Leute wieder in die Gesellschaft hineinbringen, dann ist das, was Sie vorschlagen, relativ konzept- und phantasielos. Herr Biesenbach, mit der Koalition der Erneuerung haben diese alten Konzepte weiß Gott nichts zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie erheben den Anspruch - der Kollege Stotko hat das richtig gesagt -, den Erziehungs- und Resozialisierungsgedanken in den Vordergrund zu stellen. Aber womit denn? Gestern ging es, wie gesagt, um Arrest oder Warnschussarrest, wie auch immer, Hauptsache die Tür ist zu, und heute geht es um eine Sonderabteilung für die Zielgruppe der 21- bis 26-Jährigen.

Meine Damen und Herren, junge Menschen werden nicht zu einem bestimmten Stichtag erwachsen. Im KJHG ist das ja auch berücksichtigt, das ja zum Teil bis 27 Jahre gilt. Aber auch das Jugendgerichtsgesetz kennt eine flexible Grenze. Danach können junge erwachsene Straftäter zwischen 18 und bis zur Vollendung ihres 24. Lebensjahres im Jugendstrafvollzug untergebracht werden. Entscheidend ist hier der Reifegrad des Täters. Verfügt der Täter nicht über die entsprechende Reife, dann soll ihm eine erzieherische - hier kommt dann der Erziehungsgedanke ins Spiel - Chance eingeräumt werden. Das ist ja das, was Sie mit Ihrem Antrag wollen. Dann ist er aber im Erwachsenenstrafvollzug fehl am Platze, denn dafür haben wir doch den Jugendstrafvollzug. Somit brauchen wir auch keine besondere Abteilung im Erwachsenenstrafvollzug. Dann sollen wir den Jugendstrafvollzug anwenden, denn dort ist ja auch der Erziehungsgedanke verankert. Im Übrigen sind dort die Rückfallquoten auch deutlich niedriger als im Erwachsenenstrafvollzug.

Worüber reden wir dann eigentlich noch? - Dann reden wir über die erwachsenen Straftäter, die das 24. Lebensjahr vollendet haben und bis 26 Jahre alt sind, also über die um 25. Meine Damen und Herren, macht das Sinn, für so eine relativ

überschaubare Tätergruppe irgendwelche Sonderabteilungen einzurichten? Ein Konzept kann ich darin nicht erkennen.

Statt solcher Sonderregelungen schlagen wir vor, besser den eingeleiteten Weg, der ja über Jahre durch die rot-grüne Regierung beschritten wurde, weiterzugehen, denn der ist erfolgreicher, also Ausbau der Prävention, Maßnahmen und Intensivierung von Haftvermeidungsprojekten. Dass diese Maßnahmen greifen, zeigen auch die Belegungszahlen. Waren 1999 noch 18.205 Menschen in NRW in Haft, waren es 2004 nur noch 17.498 Gefangene.

Das ist ausbaufähig; das sehe ich auch. Deswegen findet der Antrag der SPD, hier auf Haftvermeidung zu setzen, weiterhin unsere volle Unterstützung. Das ist schließlich die Linie, die wir immer gemeinsam vertreten haben.

Es bleibt auch offen, wie die neuen Abteilungen finanziert werden sollen. Sie wollen dort ja eine besondere Förderung einrichten. Ich weiß nicht, was Ihre Haushaltsexpertenkommission dazu sagt, wenn Sie hier Anträge auf den Weg bringen, die eigentlich nur Kosten verursachen, aber überhaupt keinen Vorschlag enthalten, wie das finanziert werden soll.

Ein Haftplatz in NRW kostet 25 € am Tag. Die Aufwendungen für gemeinnützige Arbeit sind mit 11 € pro Tag deutlich geringer. Nehmen wir uns die Zahlen einmal vor, und sehen wir uns an, wo die Haftvermeidung noch ausbaufähig ist.

Beispielsweise sind in den Haftanstalten von NRW täglich 600 bis 650 Haftplätze von Menschen belegt, die eine Geldstrafe nicht bezahlt haben. Das heißt, zwei Justizvollzugsanstalten mittlerer Größe könnten morgen geschlossen oder für andere Dinge genutzt werden, wenn die Menschen beispielsweise gemeinnützige Arbeit leisteten, statt wegen der nicht einbringbaren Geldstrafen in Strafanstalten zu sitzen. Die Kosteneinsparungen wären erheblich.

Nach vorsichtiger Schätzung könnte man von einem Bedarf von ca. 500 zusätzlichen Plätzen für gemeinnützige Arbeit pro Tag ausgehen. Legt man Kosten in Höhe von 11 € am Tag zugrunde, sind das pro Jahr 2 Millionen €. 500 Haftplätze in einer Strafanstalt, für die pro Tag ca. 75 € aufgebracht werden müssen, kosten - über den Daumen gepeilt - 13,7 Millionen € im Jahr. Wir hätten also erhebliche Einsparungen in diesem Bereich.

Ein weiteres Beispiel für die Forderung, ein bisschen mehr Intelligenz in diese Debatte zu bringen, sind die in den letzten Jahren eingeleiteten Maß-

nahmen, wie zum Beispiel der Täter-Opfer-Ausgleich, die aus unserer Sicht weiterverfolgt werden sollen. Der Täter-Opfer-Ausgleich wird auch nach dem Jugendgerichtsgesetz durchgeführt. Ein konkretes Beispiel dafür findet sich in Dortmund.

Dort wurde im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs in 156 Fällen Schmerzensgeld vereinbart, insgesamt immerhin ein Betrag von 31.786 €. In 101 Fällen wurde das Schmerzensgeld erarbeitet, in 55 Fällen ging es um Schadenwiedergutmachung. Die jungen Straftäter leisteten im Jahr 2004 allein in Dortmund 5.297 Stunden gemeinnützige Arbeit.

Diese Maßnahmen tragen nicht nur zur Haftvermeidung bei, sondern sie sind nach allem, was uns die Wissenschaft dazu sagt, nachgewiesenermaßen auch wirksamer, was die Rückfallquoten betrifft. Angefangen hat das in Dortmund 1991 mit 25 Fällen. Heute sind wir bei 156 Fällen.

Diesen Weg müssen wir weitergehen. Dies sind wirksamere Maßnahmen. Sie sind wirksamer, weil sie auf das System der Wiedergutmachung setzen. Herr Biesenbach, bei jungen Menschen kann es wirklich wirksamer sein, wenn eine Sanktion über sie verhängt wird, die einen Bezug zur Tat hat. Der Wiedergutmachung liegt die Idee zugrunde, einen Bezug zur Tat herzustellen und damit auch eine Erziehung herbeizuführen.

Wir alle wissen, dass die Konfrontation des Täters mit der Tat tatsächlich die Rückfallquoten senkt und den erzieherischen Gedanken stärkt. Aus unserer Sicht ist das für alle Beteiligten besser. Das Opfer bekommt den Schaden ersetzt. Befindet sich der Täter in Haft, ist er ja häufig gar nicht zahlungsfähig. Für den Täter ist es eine echte Chance, sich mit der Tat auseinander zu setzen. Er wird weder stigmatisiert noch ausgegrenzt, und das Ganze ist auch kostengünstiger.

Das heißt, wir erwarten von der neuen Regierung durchaus ein paar interessantere und phantasievollere Vorschläge, die letztendlich wirksamere Maßnahmen enthalten, als die Menschen in Strafanstalten wegzusperren. Das gilt gerade für die jungen Straftäter.

Wenn es hier ernsthaft um die bis zu 26-Jährigen geht - es mag ja sein, dass man bei den 25-Jährigen Lücken oder Defizite sieht, wie auch immer -, dann lassen Sie uns über ein Jugendtäter-Strafrecht sprechen. Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe fordert dies seit Jahren.

Starten Sie eine Bundesratsinitiative für ein effizientes Jugendtäter-Strafrecht, das genau diese Zielgruppe ins Auge fasst, andere Gedanken als das Wegsperrn beinhaltet und gerade im Zusammenhang mit den jungen Erwachsenen den Erziehungsgedanken stärkt. Einer solchen Bundesratsinitiative gegenüber wird sich meine Fraktion offen zeigen.

Ich halte diesen Antrag eher für einen, der ins Nirwana führt, nicht aber unbedingt für einen, der uns in dieser Debatte weiterbringt. - Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Vielen Dank, Frau Düker. - Als nächste Rednerin hat Frau Ministerin Müller-Piepenkötter für die Landesregierung das Wort. Bitte schön.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass junge Menschen ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Das ist der Hintergrund dieses Antrags.

Bei den jungen Leuten, über die wir heute sprechen, ist das offenkundig aus unterschiedlichen Gründen nicht gelungen. Es geht um die jungen Erwachsenen im Alter von 21 bis 26 Jahren, die sich in den Justizvollzugsanstalten des Landes befinden und nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt worden sind. Wir dürfen sie nicht abschreiben, sondern müssen alles tun, um sie für die Gesellschaft zurückzugewinnen. Natürlich gilt das Resozialisierungsgebot für alle Straftäter ohne Rücksicht auf ihr Alter. Doch bei jungen erwachsenen Straftätern liegt eine besonders günstige Ausgangssituation vor, die es zu nutzen gilt.

Ich wiederhole hier, was Herr Biesenbach schon gesagt hat: Bei den jungen Erwachsenen ist die Entwicklung der Persönlichkeit oft noch nicht abgeschlossen. Kriminelles Verhalten ist bei ihnen deshalb oft noch nicht Ausdruck einer verfestigten kriminellen Lebensweise, sondern Folge einer misslungenen Identitätsfindung und besonderer Problemlagen.

Deshalb ist es beabsichtigt, in Nordrhein-Westfalen einen sogenannten Jungtäter-Vollzug ins Leben zu rufen, der es ermöglicht, gezielt auf die alterstypischen Besonderheiten dieser Gruppe einzugehen und die Gefangenen bei der Entwicklung einer gesellschaftlich anerkannten Identität im Sinne einer Nacherziehung zu unterstützen. Es geht nicht um das Wegsperrn. Im Vollzug befinden sie sich schon.

Während bei älteren Gefangenen einzelne Defizite, die es zu beheben gilt, im Vordergrund stehen, ist bei dieser Altersgruppe, ähnlich wie im Jugendvollzug, eine Förderung der Gesamtpersönlichkeit vonnöten. Das kann in speziellen Abteilungen besonders gut erreicht werden. Dann haben die dort tätigen Bediensteten die Möglichkeit, besonders intensiv auf die Stärken und Schwächen eines jeden Gefangenen einzugehen und diese bei der Förderung der Gefangenen zu berücksichtigen.

Wir werden daher spezielle Jungtäter-Abteilungen in dafür besonders geeigneten Justizvollzugsanstalten einrichten. Die dort gezielt auf die Altersstruktur und den Reifegrad abgestimmte Behandlung der Gefangenen wird zum einen durch eine diagnosegestützte Ein- und Zuweisungspraxis und zum anderen durch eine am Behandlungsfortschritt orientierte Überführung in schulische und berufsausbildende Maßnahmen flankiert werden. Deshalb haben wir ein Dreistufenmodell entwickelt.

Die erste Stufe bildet das Einweisungsverfahren. Die Einweisungsanstalt Hagen wird Gefangene im Alter von 21 bis 26 Jahren aufgrund individueller Diagnosen gezielt in die neuen Jungtäterabteilungen einweisen, damit sie dort besonders gefördert werden können.

Die zweite Stufe bilden diese Jungtäterabteilungen. Wir werden in einem ersten Schritt in drei Justizvollzugsanstalten, nämlich in Aachen mit 21 Plätzen, in Geldern mit 30 Plätzen und in Schwerte mit 54 Plätzen, solche Jungtäterabteilungen einrichten.

(Frank Sichau [SPD]: Alles geschlossener Vollzug!)

- Lassen Sie mich doch bitte erst zu Ende reden, Herr Sichau. Dann werden Sie auch dazu etwas hören.

Ziel dieser Abteilungen sind speziell auf diese Altersgruppe zugeschnittene Behandlungsangebote. Sie sollen den Gefangenen helfen, sozial adäquates Verhalten zu erlernen, Konflikte angemessen zu lösen und Fähigkeiten für ein eigenverantwortliches und gemeinschaftsfähiges Leben zu entwickeln.

Durch gezielte Motivationsarbeit sollen sie befähigt werden, eigene Potenziale zu erkennen und berufliche, schulische und therapeutische Angebote innerhalb und außerhalb des Vollzugs anzunehmen und wirksam zu verarbeiten.

Es ist der Wohngruppenvollzug vorgesehen, da das Leben in der Wohngruppe mit seiner Bezie-

hungsdichte die besten Möglichkeiten bietet, die Fähigkeiten zu erwerben, die man für ein gesetzestreuendes Leben braucht. Flankierend werden die hier Untergebrachten im Anstaltsbereich zur Arbeit angehalten.

Die dritte Stufe sind Aufbaumaßnahmen. Ist in den Jungtäterabteilungen die Befähigung und Motivation für berufliche und schulische Maßnahmen aufgebaut, werden sie in die Justizvollzugsanstalten Geldern und Bochum-Langendreer - beides Anstalten mit dem Schwerpunkt berufliche Bildung - oder Münster mit seinem pädagogischen Zentrum verlegt. Dort werden gezielt auf sie zugeschnittene Bildungsmaßnahmen beruflicher und schulischer Art bereitgehalten.

Diese vorgenannten Anstalten bilden einen Verbund Jungtätervollzug. Sie arbeiten vernetzt zusammen und stimmen ihre Angebote aufeinander ab.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses, des Landesjustizvollzugsamtes und der genannten Anstalten dieses Projekt der Landesregierung und das Konzept des Verbunds Jungtätervollzug so bereitwillig und zügig aufgegriffen und die konzeptionelle Planung bereits in die Wege geleitet haben. Ich bin stolz darauf.

Diese konkreten Maßnahmen legen ganz klar, dass es um Symbolpolitik nun wirklich nicht geht. Ich bin überzeugt, der Jungtätervollzug als Behandlungsschwerpunkt ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, den Gesetzesauftrag des Strafvollzugsgesetzes zu erfüllen. Ich bin sicher, von ihm werden wertvolle Impulse auch für andere Behandlungsbereiche ausgehen.

Meine Damen und Herren, der Entschließungsantrag der SPD und die Darlegungen von Frau Düker ändern daran nichts. Ich möchte hier nicht auf alle Einzelheiten eingehen, da der Antrag - wie gestern der Antrag zum Jugendarrest - Themen zum Gegenstand hat, die mit dem Antrag von CDU und FDP und den darin angesprochenen Facetten des Strafvollzuges nichts zu tun haben.

Nur so viel: Die im Entschließungsantrag enthaltene Aussage, der Ausbau des offenen Strafvollzugs könne für die Resozialisierung junger Straftäter mehr bewirken als eine gesonderte Unterbringung im geschlossenen Vollzug, ist in dieser pauschalen Form nicht zutreffend. Richtig ist, dass der offene Vollzug durch seine Öffnung nach außen besonders geeignet ist, die Strafgefangenen stufenweise in die Gesellschaft zu integrieren. Richtig ist auch, dass im offenen Vollzug den

schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs in besonderer Weise entgegengewirkt werden kann.

Im offenen Vollzug sollen Gefangene jedoch nur dann untergebracht sein, wenn sie den besonderen Anforderungen des offenen Vollzugs genügen und weder Flucht- noch Missbrauchsgefahr besteht. Dies trifft nicht auf alle Strafgefangenen und auch nicht auf alle jungen Erwachsenen ohne Weiteres zu.

Der hier erarbeitete dreistufige Jungtätervollzug sieht deshalb vor, dass im Rahmen des Einweisungsverfahrens entschieden wird, ob für die Jungtäter das in den Jungtäterabteilungen vorgehaltene Behandlungs- und Betreuungsprogramm zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung geeignet und ob es notwendig ist. Ist dies nicht der Fall, sind die betreffenden Gefangenen für den offenen Vollzug geeignet, dann werden sie auch dort eingewiesen. Hinzu kommt, dass Jungtäter in der dritten Stufe des Jungtätervollzuges, nämlich der Stufe der Aufbaumaßnahmen, durchaus in den offenen Vollzug der Justizvollzugsanstalt Bochum-Langendreer gelangen können.

Soweit die SPD-Fraktion in ihrem Antrag außerdem die Forderung aufstellt, das Ehrenamt und unterstützende Angebote im Strafvollzug weiter zu stärken, laufen Sie wirklich offene Türen bei uns ein. Ich freue mich feststellen zu können, dass die Zahl der Ehrenamtlichen - derzeit sind es 1.800 in Nordrhein-Westfalen - in den letzten Jahren sogar noch aufsteigende Tendenz hat. Der Vollzug ist bemüht, diese Tendenz noch zu stärken, indem er zum Beispiel Verbindungsleute in vielen Anstalten des Landes eingesetzt hat, die als Ansprechpartner für die Ehrenamtlichen dienen.

Der Entschließungsantrag der SPD und ebenso der Beitrag von Frau Düker erheben Forderungen, die zum großen Teil schon erfüllt sind, Haftvermeidung, Täter-Opfer-Ausgleich usw., die aber das heutige Thema verfehlen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Antrag ist damit nicht geeignet, das von mir entwickelte Modell des dreistufigen Jungtätervollzugs für den Personenkreis, um den es hier geht, infrage zu stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Ministerin. - Herr Biesenbach hat sich noch einmal gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Peter Biesenbach (CDU):** Frau Präsidentin! Ich hatte mir ja eigentlich vorgenommen, zum Ab-

schluss dieses Plenartages verbindlich und ruhig vorzutragen. Aber, Herr Stotko und Frau Düker, ich frage mich ernsthaft, wie Sie mit Anspruch hier in die Bütt gehen, zu einem Antrag etwas zu sagen, wenn Sie doch erkennen lassen, dass Sie sich damit entweder nur sehr oberflächlich beschäftigt haben oder sogar in der Materie überhaupt nicht drin stecken.

Ich fange mit Frau Düker an. Frau Düker, als Sie in den Ausschuss kamen und sagten, Sie übernehmen auch die Rechtspolitik, hatten wir die Hoffnung, jemanden zu haben, der mit der gleichen Qualität, wie Sie sie im Innenausschuss der letzten Periode zeigten, an die Arbeit geht.

Wenn Sie aber heute bei diesem Antrag und bei dieser Tätergruppe über einen großen Teil Ihrer Rede hinweg über Haftvermeidung sprechen, die Ersatzfreiheitsstrafe ansprechen und den Täter-Opfer-Ausgleich hier so toll prognostizieren, dann kann ich nur sagen, dass Sie auf dem besten Wege sind, eine hervorragende Nachfolgerin der Kollegin zu werden, die als Sozialarbeiterin Rechtspolitik betreiben wollte und damit an den Problemen, die sich hier stellen, komplett vorbei ging.

(Beifall von der CDU - Monika Düker [GRÜNE]: Das ist unverschämt!)

Sie sind ganz schnell dabei, das Ansehen, das Sie sich im Innenausschuss erworben haben, hier in der Rechtspolitik zu verlieren.

Herr Stotko, das Gleiche kann ich nur zu den Situationen sagen, mit denen Sie sich beschäftigen. Sie haben gerade gehört, von welchen Tätern wir sprechen. Das sind verurteilte Erwachsene, die nach Erwachsenenstrafrecht in Vollzugsanstalten sitzen und 21 bis 26 Jahre alt sind. Wenn Sie in diesem Zusammenhang von Jugendstrafrecht reden, dann kennen Sie weder die Tätergruppe noch die Tatdelikte noch die Gründe, warum das Jugendstrafrecht möglicherweise nicht mehr angewendet werden konnte.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

- Bevor sie hier so dazwischenquaken - anders kann ich es nicht sagen -,

(Zuruf von der SPD: Oberlehrer!)

sollten Sie sich mit der Problematik beschäftigen.

(Zurufe von der SPD)

Sie wissen ganz genau, dass wir in dieser Tätergruppe etwa 1.500 junge Erwachsene haben, die einsitzen. Diesen wollen wir mit diesem Angebot eine Chance eines besseren, sinnvolleren, tatbe-

zogeneren und personenbezogeneren Behandlungsvollzugs geben.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie diesen Gedanken im Keim ersticken, indem Sie sagen, diese sollten ihre Haftstrafe vielleicht gar nicht absitzen oder wir würden sie nur wegschließen wollen, dann machen Sie wirklich deutlich, dass Sie sich mit der Problematik dieser Gruppe, mit der Problematik des Vollzugs im Ganzen nicht beschäftigen. Das ärgert nicht nur uns, denn Sie stehlen uns damit die Zeit. Wenn Sie bereit sind, mit uns in der Sache tatsächlich ernsthaft zu diskutieren, dann machen wir es - aber auch nur dann.

Zum Programm hat die Ministerin ausdrücklich gesagt, was wir meinen. Ich will gerne noch einen anderen Irrtum hier ausräumen: Offener Vollzug heißt nicht, dass die draußen rumlaufen.

(Zuruf von der SPD)

Das haben Sie doch deutlich gesagt; Sie sprachen von keinem Verlust der sozialen Bindungen. Offener Vollzug findet abgesperrt statt, allerdings sind sie nicht so massiv gesichert. Wenn sie rauskommen, handelt es sich um Lockerungen, aber diese Lockerungen, Herr Stotko, müssen verdient werden. Dazu müssen sich die Typen eignen. Sie schütteln so entsetzt den Kopf. Hier sitzen die Experten. Fragen Sie doch einfach nach, ehe Sie Thesen vertreten, die nicht stimmen.

Bitte machen Sie deutlich, dass Sie ernsthafte Gesprächspartner sind. Dann werden wir uns Ihnen ernsthaft widmen. Soweit Sie das nicht sind, erwarten Sie bitte nicht von uns, dass wir Ihnen anders entgegentreten.

(Beifall von der CDU - Zuruf von der SPD: Wie arrogant!)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Sichau von der SPD hat sich noch gemeldet. Bitte schön.

**Frank Sichau (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, das Recht zu reden wird hier nicht bestritten, obwohl ich hier gerade etwas gehört habe, was in die andere Richtung ging.

Herr Biesenbach, ich verteile hier keine Noten, aber es gehört meiner Meinung nach nicht zum parlamentarischen Brauch - wenn ich es hier mal so sagen darf -, eine frühere Kollegin, die Rechtspolitik gemacht hat, als „Sozialarbeiterin“ abzuqualifizieren.

(Beifall von der SPD)

Wir sind keine Technokratie - ich habe das von diesem Pult schon einmal gesagt -, sondern eine Demokratie, und da ist es gut, wenn viele aus unterschiedlichen Professionen auch Strafvollzug und Rechtspolitik diskutieren.

(Beifall von der SPD)

Ich will hier gar nicht Ludwig Uhland mit „Das Recht ist ein gemeines Gut“ aus „Nachruf an die Volksvertreter“ zitieren.

Jetzt zu dem Konzept von Frau Müller-Piepenkötter. Das war wie gestern wieder ein ausgesprochen dürrer Antrag. Dann kommt der Zylinder, der wird aufgemacht, und ein Konzept entwickelt sich, das aus dem Antrag überhaupt nicht zu ersehen war. Die Arbeitsteilung, die hier stattfindet, ist bemerkenswert: Man macht ein Grobkonzept, und dann kommt das Ministerium und legt etwas Erarbeitetes vor. - Wir sind der Auffassung, dass das eigentlich umgekehrt zu passieren hat, dass man also das Parlament darüber informiert, was man vorhat, und zwar von sich aus. Aber gut.

(Lachen von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

- Da können Sie gerne lachen, Frau Ministerin. Ich verweise auf Ihren Staatssekretär, der vom Informationsrecht des Parlaments gesprochen hat, als er noch Abgeordneter war.

Dann kommt natürlich die Fragestellung, ob hier nicht ein Paradigmenwechsel eingeleitet wird. Das werden wir im Ausschuss näher zu beleuchten haben.

Stichwort „Einweisungsanstalt“. Wir konstatieren: Die Einweisungsanstalt in Hagen ist überfüllt. Die brauchen drei Monate. Wie soll das laufen?

Im Jugendbereich wird Einweisung in der U-Haft vorgenommen, wenn U-Haft vollzogen wird. Wie verhält sich das im Bereich der jungen Täter? - Denn da könnte man schon Zeit nutzen.

Zur zweiten Stufe. Frau Müller-Piepenkötter, Sie haben völlig Recht: Es müssen die Voraussetzungen für den offenen Vollzug gegeben sein. Gleichwohl ist der offene Vollzug der Regelvollzug. Als Sie Ihr Konzept vorstellten, habe ich dazwischengerufen, und Sie sagten: Warten Sie einmal!

Jetzt fange ich bei der dritten Stufe an: zwei Drittel geschlossener Vollzug, ein Drittel offener Vollzug. Das Prinzip Regel/Ausnahme ist hier in der Praxis umgekehrt. Von daher hätte ich gerne gewusst, von welchen Schätzungen - denn anders kann man hier nicht verfahren - Sie ausgegangen sind.

In der zweiten Stufe gilt das ganz besonders: Es gibt nur Strafanstalten des geschlossenen Vollzuges.

Wir werden das näher zu beleuchten haben. Aber wir haben die Vermutung: Hier wird sozusagen ein Trojanisches Pferd in den Landtag hineingetragen, und am Ende kommen nicht Erziehung und Nachreifeung, sondern Wegsperrungen heraus, was dann auch noch pädagogisch verbrämt verkauft wird. Das ist mit uns nicht zu machen. - Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Sichau. - Herr Dr. Orth noch einmal.

**Dr. Robert Orth<sup>7)</sup>** (FDP): Manchmal ist es gut, wenn man sich noch ein paar Minuten aufhebt. - Ich will den Wortbeitrag von Herrn Biesenbach zu unserer ehemaligen Kollegin differenzieren. Es geht nicht darum, welcher Berufsgruppe man angehört. Aber es war schon ein Ausdruck einer politischen Haltung der Kollegin Haussmann, die früher immer sagte: Wir brauchen nicht mehr Gefängnisse. Wir müssen die Leute einfach rauslassen. - Diese Banalität im weitesten Sinne ...

(Frank Sichau [SPD]: Das hat sie nie gesagt!)

- Ich habe jetzt nicht wörtlich zitiert, aber ihre politische Aussage war so.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

- Nein, die war so. Ich kann Ihnen auch die Ausschussprotokolle herausuchen, Frau Düker, aufgrund derer wir anschließend Diskussionen von einer halben Stunde geführt haben. Diese Geisteshaltung finden wir falsch.

(Beifall von FDP und CDU - Monika Düker [GRÜNE]: Es geht um Haftvermeidung! Das ist nicht Rauslassen! Das ist Quatsch!)

Natürlich hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Es geht hier nicht um die Frage des offenen Vollzugs, sondern es geht um die Täter, die auch heute schon nach der Politik von Rot-Grün der letzten zehn Jahre in den Strafanstalten eingesperrt und ein bestimmtes Alter haben. Um die geht es, und um die haben Sie sich in den letzten zehn Jahren eben nicht so gekümmert, wie wir es für nötig erachten, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU - Frank Sichau [SPD]: Wir werden das diskutieren!)

Wir wollen uns um diese jungen Täter kümmern, sie nicht mehr mit dem 60-jährigen Berufsverbrecher zusammenstecken, von dem sie erst noch genau lernen, wie man es denn richtig macht, der ihnen sagt: Es hat doch eh alles keinen Zweck, lass den ganzen Quatsch doch, du kannst viel besser leben, wenn du raus und wieder rein gehst. - Wir wollen die Probleme lösen, die Sie in den letzten zehn Jahren einfach ignoriert haben. Ich würde mich freuen, wenn Sie jetzt wenigstens bei der Reparatur mitmachen würden. - Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Dr. Orth. - Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Beratung.

Ich komme zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/469** einschließlich des **Entschließungsantrages Drucksache 14/541** an den **Rechtsausschuss** - federführend -, den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Rechtsausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Wer stimmt mit Nein? - Dieser Antrag ist damit einstimmig überwiesen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung.

Ich bedanke mich für die gute Mitwirkung am heutigen Tag und wünsche Ihnen noch einen schönen Feierabend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 15:01 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.